

1. Quartal 1991, 21. Jg., Nr. 1

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

# wut

was uns betrifft



**Stoppt den  
Krieg  
am Golf.**

**»WER ÜBER LEICHEN GEHT,  
VERLÄSST DEN WEG JESU«**

Liebe Leser/innen,

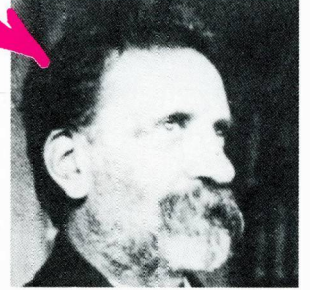
Stuttgart, 5.2.91



„Wo man hinhört, man ist nicht der einzige, der sich in diesen Tagen wie ein armseliger Käfer vorkommt, von einer großen und scheinbar mutwilligen Hand zurückgeworfen, wo man sich eben, nach jahrelangem Mühen, endlich einem Ausweg naht.“  
*Worte von Max Frisch, 1939, in den ersten Tagen des 2. Weltkrieges in seine „Blätter aus dem Brotsack“ geschrieben, die mir heute aus der Seele sprechen. Einmal mehr machen sie deutlich: Über den Krieg ist wahrhaftig längst alles gesagt. Von Troja bis Stalingrad, von Rom bis My Lai, Generationen von Dichtern und Denkern haben sich die Finger wund geschrieben, Kriegsgegner aller Berufsarten und Nationen sich den Mund fusselig geredet. Und jetzt? Wieder ein Krieg – und wieder die alte Leier. Von „unvermeidbar“ bis „heilig“ reichen die Rechtfertigungsversuche, heute wie gestern. Neu allenfalls die modernen Waffen, der „neue Tod für das alte Leben“ (Wolfgang Borchert), den unsere Herren Wissenschaftler erfunden und mit unseren Steuergeldern entwickelt haben. Der Rest ist „déjà-vu“. Und wie immer zählt die Wahrheit zu den ersten Opfern des Krieges (Dorothee Sölle). Es wird zensiert, beschönigt und gelogen – nicht nur in der Berichterstattung aus dem Kriegsgebiet. Auch hierzulande werden die Tatsachen skrupellos verbogen und Opfer zu neuen Tätern gemacht: Da werden Kriegsgegner als egoistische Feiglinge hingestellt, zur KDV anstachelnde „militante Gruppen“ vom Verteidigungsminister erfunden, oder aufrechte Demokraten, die christliche Nächstenliebe und geschichtliche Verantwortung ernst nehmen und etwa geflohene GIs verstecken, von der Staatsanwaltschaft verfolgt (s. S. 3-5). In Kriegszeiten sind Pazifisten besonders lästig. Vor dem 1. Weltkrieg wurde der Stuttgarter Pfarrer Otto Umfrid wegen seines radikal christlichen Glaubens als „Friedenshetzer“ beschimpft, „Antiamerikanist“ wäre die zeitgemäße Übersetzung (s. S. 24). Neu allerdings ist – und das macht Hoffnung – die breite Antikriegsbewegung, gerade in Deutschland: Demos, Mahnwachen, Schweigekreise, Friedensgebete ... Allen anderslautenden Ergebnissen der Meinungsumfragen zum Trotz: Es war in Deutschland nie schwerer, die Menschen für einen Krieg zu begeistern. In den KDV-Beratungsstellen laufen in diesen Tagen die Telefone heiß, Info-Abende mit 200 potentiellen Verweigerern sind keine Seltenheit. Allein im Januar, nach zwei Wochen Golf-Krieg, stellten nach Angaben des Verteidigungsministers 9256 Reservisten der Bundeswehr einen Antrag auf KDV (1990: insges. 14 000 Reservisten; 1989: insges. 7665 Reservisten und Soldaten), Vorboten eines Trends, der erst in den kommenden Monaten voll erfaßbar sein wird. Und wo hat es das je gegeben, um nur ein Beispiel zu nennen, daß eine ganze Stadt zum „Schutzgebiet für KDVer“ erklärt wird? So geschehen Ende Januar in Halle, durch einen Beschluß des Stadtparlaments. Ein Symbol, das Schule machen sollte, meinen die InitiatorInnen der Gruppe „Frieden am Golf“. Ein Symbol auch, das Mut macht – und den werden wir weiterhin brauchen. Zum Schluß noch ein Wort in eigener Sache: Viele LeserInnen werden sich wundern, daß wir uns in diesen Zeiten mit dem Thema „Tourismus“ an die Öffentlichkeit trauen. Es gibt wichtigeres jetzt, das muß uns niemand sagen. Allerdings: Ein Großteil dieses Heftes war bereits vor Beginn des Golf-Krieges produziert und konnte nicht mehr verändert werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Tatsächlich werden ja trotz des Golf-Krieges viele in diesen Tagen an ihre nächsten Ferien denken, vom Ausspannen und Erholen träumen, vielleicht aber dabei ganz ähnlich empfinden wie Max Frisch als junger Soldat auf Urlaub: „Es gibt doch keinen Urlaub von der Zeit!“  
 Herzlich Euer*

*Werner Schulz*

IM BLICKPUNKT	3
Stoppt den Krieg am Golf! „Die Zeche bezahlen die Unschuldigen“ wub-Interview mit Walter Jens	3
Wenn die NATO den Spannungsfall ausruft	6
45 Jahre Remilitarisierung – 30 Jahre Wehrpflicht	7
LESERBERICHT	8
Rüstzeit in Auschwitz	
PREISRÄTSEL	9
KONTROVERS	10
Brauchen wir soziale Grundrechte?	
RECHT	12
Die Arten des Sonderurlaubs	
WUB-THEMA: TOURISMUS	13
Vom Urlaubskolonialismus zum sanften Tourismus?	14
Sport mit Einsicht	16
Sextourismus	17
Aufstand der Bereisten	18
Urlaub mal ganz anders	19
Fakten	20
WUB-GRAFFITI	21
UNTERWEGS	22
„Mit Gebeten gegen Atombomben“ – Der Kampf der Indianer in Nevada gegen die Radioaktivität	
PORTRAIT	24
Otto Umfrid, der „Friedenshetzer“	
BUCHTIPS	25
INFOS	26
BRIEFE	28
an die wub-Redaktion	
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
von Wolf-Udo Smidt	
WUB-ART	32
Felix Nussbaum, „Selbstbildnis mit Skabiose“	
Titel: A. Emmerling	



Das Zitat „Wer über Leichen geht, verläßt den Weg Jesu“ entstammt einem FR-Interview zum Golfkrieg mit dem katholischen Bischof Franz Kamphaus, Limburg.

**wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.**

## IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Gerd Fiess, Stuttgart; Günter Knebel, Bremen; Holger Gilhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10.-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 30. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertriebsmitarbeiter mit alter und neuer Adresse. / Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (0 71 81) 6 10 76 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 53 000 / ISSN 0936-6520

# Stoppt den Krieg am Golf!

IM BLICKPUNKT

wub-Interview mit Prof. Walter Jens

„Wer über Leichen geht, verläßt den Weg Jesu“, dieses Zitat, das wir auf unseren Titel gesetzt haben, stammt von Franz Kamphaus, dem katholischen Bischof von Limburg. Dieselbe Überzeugung, in anderen Worten, bringt Walter Jens in unserem Interview zum Ausdruck: „Die Kirche muß auf seiten der Gewaltlosen stehen!“

Mit Walter Jens, emeritierter Rhetorik-Professor in Tübingen und engagierter christlicher Pazifist, sprach Werner Schulz.

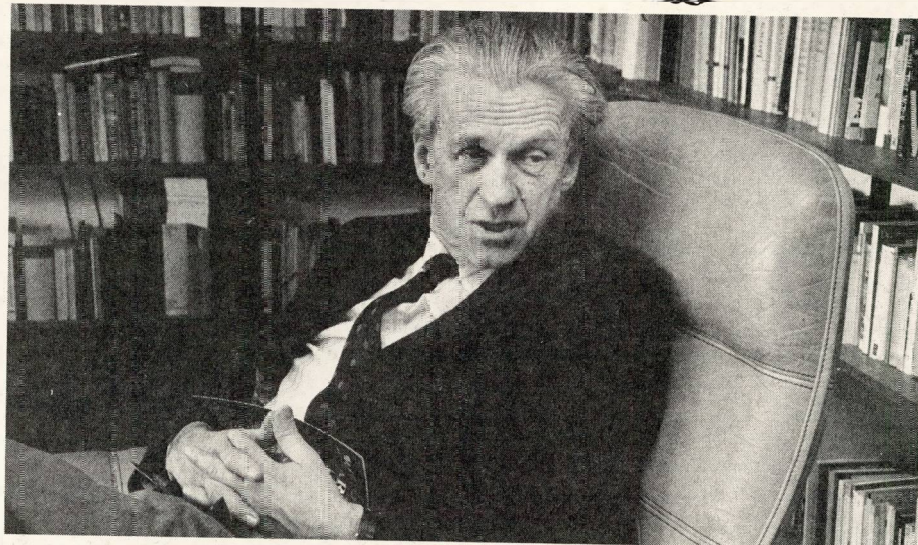


Foto: A. Emmerling

## Krieg am Golf: „Die Zeche bezahlen die Unschuldigen“

wub: Die Kirchen der Welt haben nach dem 2. Weltkrieg gemeinsam den klaren Satz formuliert: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!“ Muß man jetzt, knapp 14 Tage nach Beginn des Golfkrieges, ernüchert bis resigniert sagen: Krieg muß in Gottes Namen eben doch sein?

W.J.: Nein, das wäre eine wahre Kapitulation. „Wohl denen, die Frieden stiften“, das ist eine Aussage der Bergpredigt – und wenn Jesus Christus etwas gelehrt hat, dann die Feindesliebe und die Gewaltlosigkeit. Und wir wissen wirklich, mittlerweile bitter belehrt, daß Krieg kein Mittel der Politik sein kann, denn: Wer zahlt die Zeche? Wieder einmal die Unschuldigen – im Irak, in Israel, in Kuwait. Ich fürchte, auch die Deutschen werden es dank der Tricks des Kerkermeisters Özal noch tun müssen, aber die großen Meister bleiben in Sicherheit. Und insofern kann meines Erachtens ein Christ nur den Satz von Wolfgang Borchert unterstreichen, „Sag nein!“.

In den ersten Jahrhunderten nach Christi Tod bis zur konstantinischen Wende war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Christ ein Soldat seines Herrn, ein Friedenskämpfer und nicht Soldat der großen Meister war.

wub: Die Frage, ob es gegen das Unrecht Saddam Husseins einen Krieg geben darf, stellt sich nicht mehr, der Krieg ist seit zwei Wochen Realität. Inzwischen wird Israel angegriffen, die Menschen dort sind massiv bedroht. Die Israelis haben ja jetzt deutlich signalisiert, daß sie der Meinung sind, die Deutschen tun zu wenig.

W.J.: Ich würde sagen, die Deutschen haben schon zu viel getan. Die Deutschen haben Waffen exportiert. Und ich denke jetzt an den alten Jäckel in Israel, der dem Gas der Nazis entgangen ist, und nun dem Gas skrupelloser Geschäftemacher ausgesetzt ist. An den denk'ich natürlich.

Ich bin Pazifist, aber natürlich gibt es auch für einen Pazifisten Grenzen, und ich meine nicht, daß wir Israel eine strikte Verteidigung, am Ende gegen unsere eigenen Waffen, noch erschweren sollten. D. h., ich wäre schon dafür, daß wir Israel bei dem jetzt laufenden Verteidigungskrieg unterstützen müßten, z. B. durch

Abwehrakten etc., die Angriffswaffen zerstören. Also strikteste und strengste Verteidigung gegen unsere eigenen Waffen, das muß man nun einmal akzeptieren.

wub: Auch mit Hilfe deutsche Soldaten?

W.J.: Nein, überhaupt nicht. Ich wehre mich dagegen, daß arme Jungs für die Rüstungsexporture oder für die Interessen des hochgepöpelten Saddam Hussein, für die Interessen der Ölmultis oder für die Interessen des Herrn Özal, der die Meinungsfreiheit in seinem Lande außer Kraft gesetzt hat, am Ende verrecken müssen. An deren Gräbern möchte ich nicht stehen.

### „Israel soll leben – aber die Palästinenser auch.“

wub: Diese Haltung scheint sich ja gerade bei den Betroffenen, den Wehrpflichtigen, Reservisten und Soldaten sehr stark durchzusetzen. Tausende von Reservisten stellen in diesen Tagen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Aber auch denen hält man entgegen: Jetzt seid ihr gegen den Krieg und ruft es laut hinaus, aber wo wart ihr denn am 2. August, warum habt ihr damals, als Kuwait überfallen wurde, nicht so reagiert?

W.J.: Zunächst einmal: Es haben sehr viele laut gerufen, gerade in Kreisen der Friedensbewegung. Wir haben etwas zum Überfall auf Kuwait gesagt. Wir haben etwas gesagt zu der gnadenlosen Ermordung der Kurden. Es gibt also sehr viele Menschen, die beide Augen weit offen haben. Daß viele erst jetzt erwachen, das ist ebenso beklagenswert wie verständlich. Wenn es heißt, „Auf Hans! Auf Fritz – jetzt wird gestorben!“, dann sieht die Sache anders aus als wenn irgendwo im Vorderen Orient etwas geschieht, was nur die Menschen dort betrifft.

Man kann nicht von jedem Menschen jenes Maß an Sensibilität und Reflektiertheit verlangen, das den Älteren, Besonnenen sehr wohl abzuverlangen ist. Im übrigen: Auch wir haben nicht zu jedem Ereignis mit der Schärfe Stellung genommen, die erforderlich gewesen wäre. Täte man das, man müßte, so wie die Welt

beschaffen ist, jeden Tag eine Resolution unterschreiben.

Wir hätten demonstrieren müssen im Fall Südafrika, wir hätten demonstrieren müssen im Fall Chile, und – auch ein sehr heikles Thema – demonstrieren müssen im Fall von Verletzungen der Menschlichkeit, die von israelischen Extremisten an Palästinensern begangen worden sind. Hier, denke ich, ist zweierlei zu betonen: 1. Recht ist unteilbar. 2. Den Angehörigen eines Volkes, das sechs Millionen Juden ermordet hat, ziemt gerade in diesem Fall ein Höchstmaß an Zurückhaltung und Besonnenheit. Aber ich will nicht leugnen, daß ich nicht nur Freunde habe, die sagen: „Jetzt solltest du entschiedener gegen die Bedrohung Israels protestieren“, sondern daß ich auch Freude habe, in der israelischen Friedensbewegung, sie sagen: „Du solltest auch an die durch inhumane Polizeiaktionen bedrohten Kinder der Palästinenser denken.“ Israel soll leben – das ist das erste, was wir Deutschen immer wieder einklagen müssen. Aber die Palästinenser auch.

### „Wir wissen, was Krieg bedeutet“

wub: Glauben Sie denn, daß sich die christlichen Kirchen zum drohenden und schließlich grausamen Realität gewordenen Krieg deutlich genug zu Wort gemeldet haben?

W.J.: Sie könnten sich immer noch deutlicher äußern, entschiedener und entschlossener. Im allgemeinen finde ich, daß in Deutschland die Stimme der Kirche alles in allem würdig, leise, besonnen war. Ausdruck derer, die wissen, was Krieg bedeutet – das war in anderen Ländern nicht so, etwa in Amerika. Gottlob schwillt die Stimme der Opposition auch dort an. Von einigen wenigen Scharfmachern abgesehen, die es immer gibt und die sich dann über die Springer-Presse zu Wort melden, haben sich die Kirchen, so glaube ich, in dieser Situation eher besonnen und jesuanisch verhalten.

Ich kenne keine Stimme, die da etwa von einem „gerechten Krieg“ gesprochen hätte.

wub: Vielen christlichen Pazifisten ist diese

# Stoppt den Krieg am Golf!

„besonnene“ Haltung der Kirche nicht deutlich genug. Sie fordern, die Kirchen sollten – um diesem und allen weiteren Kriegen ein Ende zu machen – zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

**W.J.:** Ich rufe als evangelischer Christ sehr wohl zur Kriegsdienstverweigerung auf, aber ich bin kein Amtsträger. Ich glaube, daß die Kirche einiges wiedergutzumachen hat, um den Satz von Tscholksky endgültig aus der Welt zu schaffen, „Gewehre rechts, Gewehre links, das Christkind in der Mitte“, das meine ich schon. Und daß die Kirche auf seiten der Gewaltlosen zu stehen hat, daß sie die Bergpredigt wirklich einmal so, wie es das Urchristentum in den ersten Jahrhunderten der Urgeschichte getan hat, ganz ernst nehmen sollte. Aber ich bin nicht so sehr für markige Sprüche, sondern eher für eine konkrete Unterstützung der Bedrohten.

## „Eine selbstverständliche Pflicht“

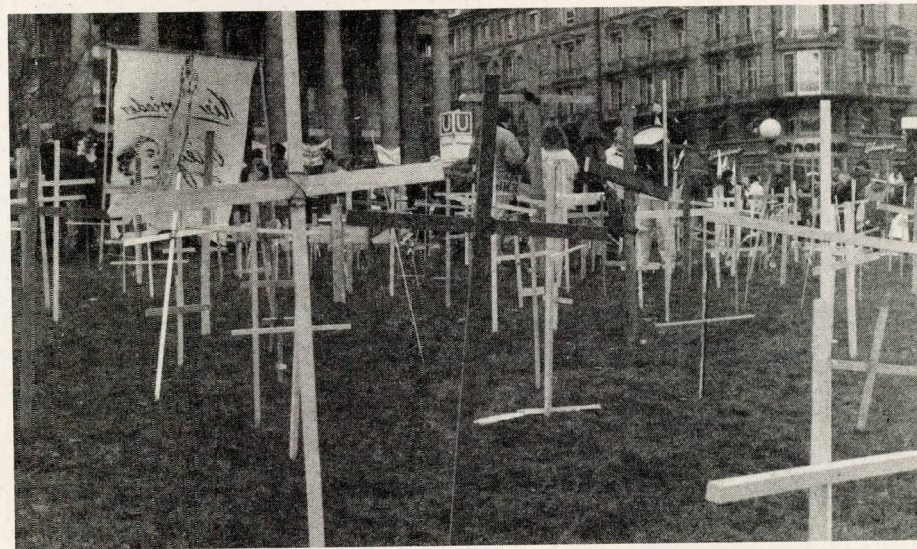
**wub:** Sie haben zwei amerikanische GI's, die sich von der Army abgesetzt haben, in Ihrer Wohnung aufgenommen. Warum haben Sie das getan?

**W.J.:** Das ist eine selbstverständliche Pflicht. Meine Frau und ich haben damals im Krieg am meisten jene bewundert, die unter ungeheuren Gefahren Juden aufgenommen und versteckt haben. Leute, die jeden Tag den möglichen eigenen Tod auf sich nahmen, weil sie Juden versteckt haben, das sind diejenigen, denen der Dank von meiner Frau und mir und unser größter Respekt galt. Und als wir nach dem Krieg neu zu denken, erleben, fühlen, hoffen und glauben begannen, da sagten wir als erstes: Eins ist sicher, wenn irgendwann einmal Menschen vor unserer Tür stehen, die in Not sind, die zumal keine Gewalt ausüben wollen und die deshalb gefährdet sind, dann werden wir sie nicht von unserer Schwelle weisen, sondern aufnehmen.

Unser Freund Heinrich Böll sagte oft: „Wenn ich einen Menschen kennenlerne, frage ich zuerst: Würde er dich wohl verstecken? Das ist das wichtigste. Und erst wenn er das bejahte, bin ich mit ihm in engeren Kontakt getreten.“ Und Böll hat keinen von der Tür gewiesen, er hat sie alle aufgenommen. Und das ist auch unsere Aufgabe.

Jetzt standen wir also vor der konkreten Situation. Es rief einer aus der „Friedensgruppe Gustav-Heinemann“ an. Wir hatten damals zusammen in Mutlangen gesessen und wurden rechtskräftig verurteilt. Wir standen nun vor der Frage, einen Aufruf unter der Überschrift „Helft den absent soldiers“ zu unterschreiben. Nun haben wir immer gesagt, meine Frau und ich, wir unterschreiben nur das, was wir auch tun werden oder jedenfalls tun könnten. Also nicht zu irgendwelchen Blockaden auffordern und dann selbst im Hintergrund bleiben. So hatten wir uns entschieden, den Aufruf erst dann zu unterschreiben, nachdem wir zwei Amerikaner, eine Farbige und einen Weißen, bei uns aufgenommen hatten. Die beiden waren 14 Tage hier.

Es war für uns am Anfang nicht ganz leicht, es gibt da ja immer auf beiden Seiten gewisse Schwellenängste. Nun fragt man: Warum nehmt ihr Berufssoldaten auf? Die müßten doch wirklich ihr Risiko kennen. Aber es waren eben Menschen, die den untersten Schichten an-



gehören und die in den USA überhaupt keinen anderen Job bekommen hätten, die wären arbeitslos geworden. Der Mann wäre gerne Straßenarbeiter geworden. Die Frau gehörte einmal zu einer Gang, hatte sich dann von der Gang gelöst, war auch Soldatin, bekam in ganz jungen Jahren ein Baby – ein schauerliches Leben. Und diese beiden, mit denen wir lange gesprochen haben, die am Anfang sehr schüchtern gewesen sind, die haben wir dann doch langsam zum Sprechen gebracht. Dabei kam heraus, daß sie als erstes große Angst vor der Gnadenlosigkeit des Militärs hatten.

Der Unterschied zwischen Zivilleben und Militär ist ungeheuerlich, das war das eine. Und das zweite: Sie konnten sich nicht vorstellen, daß sie in eine Situation kämen, in der sie auf Menschen schießen müßten, die sie – wie sie immer wieder sagten – doch gar nicht kennen. Und dann – sie hörten den ganzen Tag Radio – waren sie entsetzt über die amerikanische Berichterstattung. „Just like a football game“, sagten sie, so wurde das übertragen.

Wir haben also nur das Selbstverständliche getan, im Hinblick auf das, was andere im Krieg taten, ja geradezu eine Bagatelle. Das Problem war dann: Wie kommen die beiden weiter? Eines Tages werden sie sich stellen müssen, und sie sind ja kein Stückgut. Und ich glaube, daß wir jetzt, weit weg von Tübingen, eine gute Wohngelegenheit für sie gefunden haben. Die amerikanischen Freunde, die diese Hilfsorganisation „Military Counseling Network“ für sie aufgebaut haben, diese Freunde genießen unseren großen Respekt. Wir haben immer gesagt: An die Öffentlichkeit gehen wir erst, wenn unsere Leute weg sind. Aber jetzt kann man darüber sprechen, und ich tue das, auch um andere zu ermutigen, etwas Vergleichbares zu tun. Es ist einem in Mitten des Grauens ein ganz klein bißchen wohler, mit dem Gedanken: Diese zwei Leute sind bei dir aufs erste in Sicherheit.

**wub:** Mittlerweile ist es ja so, daß hierzulande nahezu alles, was irgendwie gegen die amerikanische Kriegsstrategie gesagt oder getan wird, automatisch als Antiamerikanismus interpretiert wird.

**W.J.:** Das sind sehr törichte Meinungen. In Amerika selbst hat es immer zwei Strömungen gegeben, eine kriegerische und eine sehr zivile. Und Amerika ist keineswegs identisch mit der

Administration. Selbst innerhalb der Administration gibt es wieder so viele Stellungnahmen. Also die nahtlose Übereinstimmung mit der jeweilig herrschenden Politik in Amerika scheint mir außerordentlich fatal zu sein. Im Vietnamkrieg haben wir gesehen, wie gespalten die Nation ist. Und dies ist auch heute so. Es gibt Stellungnahmen, die sagen: Wir haben den Krieg so nicht gewollt! Die Kritik der Zivilbevölkerung wächst, und deshalb sage ich, weil wir gegen den Krieg sind, sind wir gegen Rüstungsexporteure, und wenn wir die Rechte des Volkes verteidigen, sind wir nicht gegen Amerika, sondern kritisch gegen eine gewisse in Amerika vorherrschende Militärpolitik. Das waren wir aber auch schon im Fall Grenada und im Fall Panama.

Ich glaube, daß man in der Friedensbewegung immer weitäugig gewesen ist. Ich weiß, daß wir seit eh und je betont haben, daß der Hauptlieferant für die Waffen des Saddam Hussein eben die Sowjetunion gewesen ist. Das wollen wir auch nicht vergessen.

## „Mit uns findet ein Krieg nicht statt“

wub: Viele wollen in diesen Tagen etwas gegen das Töten am Persischen Golf tun, aber man steht vor der Frage: Was kann ich gegen diesen Krieg tun, der so weit weg ist? Hunderttausende gehen auf die Straße und dann wird ihnen, wie gesagt, Antiamerikanismus vorgeworfen. Wie könnte man die Kräfte gegen diesen Krieg, die ja da sind, nutzvoll einsetzen?

W.J.: Das kann man nur durch massenhafte Aufklärung, durch massenhafte Demonstration. Eine andere Möglichkeit haben wir nicht. Wir sitzen nicht in der Schaltzentrale im Weißen Haus. Aber wir können in diesem Lande verdeutlichen: Mit uns findet ein Krieg, der armen Zivilisten das Leben kostet, nicht statt! Wir werden alles nur Erdenkliche tun, um so rasch wie möglich den Kuwaitis wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Ganz neue Probleme kommen ja erst nach dem Krieg. Und ich befürchte, daß es zu einer gewaltigen antiwestlichen Großkampagne der Araber kommen wird. Das ist ja selbstverständlich. Der stellvertretende Vorsitzende der „Ärzte gegen den Atomkrieg“, Prof. Gottstein, hat zu Recht gefragt: Was würden wir bei einer mitteleuropäischen Streitigkeit sagen, wenn die große Wertschiedsmacht plötzlich Jordanien oder Ägypten wäre?

Und wir können die Sache vielleicht noch reflektierter betrachten als die Massen im Jemen oder in Tunesien. Man muß dieses Problem, das ist unsere Aufgabe, von allen Seiten her betrachten, und ich denke, daß zumal die Älteren, die noch den Krieg miterlebt haben, sagen soll-

### US-KDVer

Etwa 30 - 40 US-SoldatInnen in Deutschland haben sich nach Angaben des „Military Counseling Network“ (MCN) im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg von der Army abgesetzt. Die Dunkelziffer dürfte nach Einschätzung der BeraterInnen bei etwa 100 KriegsdienstverweigerInnen liegen. (In den letzten drei Jahren waren es insgesamt nur acht.) Rechtlich steht zwar auch den BerufssoldatInnen in der Army die Möglichkeit der KDVer offen, die Praxis zeigt aber, daß dieses Recht durch Erlasse eingeschränkt ist und oft willkürlich verweigert wird. Wer aus der Army desertiert, wird unter Androhung mehrjähriger Gefängnisstrafen verfolgt und kann faktisch nie mehr in die USA zurückkehren.

Wer den Weg der „absence without leave“ (Abwesenheit vom Dienst) wählt, muß dies seiner Einheit mitteilen und nach einigen Tagen zurückkehren. Er gilt dann strafrechtlich nicht als Deserteur, muß gleichwohl aber mit Strafen – je nach Dauer der Abwesenheit – rechnen.

Die BeraterInnen von MCN versuchen, zusammen mit Anwälten, in solchen Fällen über verschiedene gesetzliche Wege das Strafmaß so weit wie möglich zu drücken.

Die Konsequenzen für diejenigen, die „absent soldiers“ verstecken, dürften vergleichsweise harmlos sein. Aber immerhin: Aufgrund der Anzeige eines Tübinger Rechtsanwalts prüft die Staatsanwaltschaft jetzt, ob sich Walter Jens durch das Verstecken der GI's schuldig gemacht hat. W. Sch.

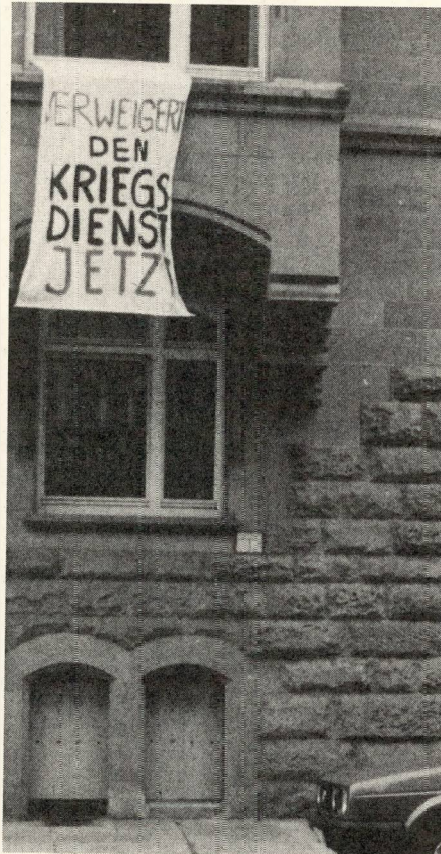


Anti-Kriegsaktionen und -demos in Stuttgart

Fotos: A. Emmerling

ten: Er zahlt sich auf keinen Fall aus! Abgesehen davon, daß einige Aktien vielleicht steigen oder daß einige Rüstungslobbyisten wieder Oberwasser bekommen, es war ja schon sehr schlecht um ihre Geschäftsaussichten bestellt. Aber, wenn ich da so an meine Frau und mich denke, dann kann ich nur sagen: Wir wissen was das heißt, Krieg. Und deshalb, um auch das zu sagen, sind wir glücklich, daß unsere beiden Söhne als Kriegsdienstverweigerer nicht Gewehre zusammenlegen mußten, sondern Rollstühle zusammenlegen durften.

wub: Herr Jens, herzlichen Dank!



Gesehen in Stuttgart (Fenster der wub-Redaktion)

### „... ausgenommen im Krieg“

Du, meine Kirche, sagtest mir,  
es sei falsch zu töten ...  
ausgenommen im Krieg.  
Ihr, meine Lehrer, sagtet mir,  
es sei falsch zu töten ...  
ausgenommen im Krieg.  
Ihr, mein Vater und meine Mutter,  
sagtet mir,  
es sei falsch zu töten ...  
ausgenommen im Krieg.  
Ihr, meine Freunde, sagtet mir,  
es sei falsch zu töten ...  
ausgenommen im Krieg.  
Du, mein Land, sagtest mir,  
es sei falsch zu töten ...  
ausgenommen im Krieg.

Ihr schicktet mich in den Krieg,  
um zu töten,  
und als ich keine Wahl hatte,  
sagtet ihr mir,  
ich sei im Unrecht,

weil ich das getan habe,  
was ihr mir gesagt habt.

Aber jetzt weiß ich,  
daß ihr Unrecht hattet ...

Und jetzt werde ich euch sagen ...

meine Kirche,  
meine Lehrer,  
mein Vater, meine Mutter,  
meine Freunde,  
mein Land ...

Es ist nicht falsch zu töten,  
ausgenommen im Krieg ...

Es ist falsch zu töten ... Punkt.

Und das müßt ihr lernen  
geradeso wie ich es lernen mußte.

George Mizo  
Vietnam Veteran for Peace

Fotos: Emmerling/Schulz



## Wenn die NATO den Spannungsfall ausruft

### Konsequenzen aus dem „Bündnisfall“

Von Günter Werner \*

Im Zusammenhang mit der Stationierung von Einheiten der Bundeswehr in der Türkei ist in den Medien häufig vom sogenannten Bündnisfall die Rede gewesen. Verfolgt man diese Berichterstattung, so kann der Eindruck entstehen, daß es sich hier ausschließlich um die Frage handelt, inwieweit bei einer Einbeziehung der Türkei in den Golfkrieg auch Einheiten der Bundeswehr in Kämpfe eingreifen dürfen.

Was in der Öffentlichkeit bisher überhaupt nicht beachtet wurde, ist die Tatsache, daß es sich bei dem „Bündnisfall“ um den im Grundgesetz vorgesehenen „Spannungsfall“ handelt, der weitreichende Konsequenzen für die innerstaatliche Situation der Bundesrepublik mit sich bringt.

Nach den im Jahre 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzen ist der Spannungsfall die Vorstufe des sogenannten Verteidigungsfalls, d. h. also des Kriegsfalls. Bereits die Feststellung des Spannungsfalls eröffnet der Bundesregierung weitreichende und einschneidende Möglichkeiten der Anwendung von Notstandsmaßnahmen, die mit großen Einschränkungen von Grundrechten verbunden sind. Im Prinzip läßt sich sagen, daß fast alle Maßnahmen, die für den Verteidigungsfall vorgesehen sind, ansatzweise oder jedenfalls vorbereitend auch schon für den Spannungsfall gelten können.

#### Wer stellt den Spannungsfall fest?

Normalerweise sieht der Artikel 80 a des Grundgesetzes vor, daß der Spannungsfall durch einen Beschluß des Bundestages mit 2/3 Mehrheit festgestellt wird. Hierauf beziehen sich wohl die Äußerungen verschiedener SPD-Politiker aus jüngster Zeit.

In Art. 80 a Abs. 3 des GG ist jedoch außerdem die Möglichkeit vorgesehen, daß der Spannungsfall „auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig (ist), der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird.“

Dies bedeutet konkret, daß durch einen Beschluß der zuständigen Gremien der NATO,

d. h. vor allem des NATO-Rates, mit Zustimmung der Bundesregierung der Zustand herbeigeführt werden kann, der ansonsten nur durch eine 2/3 Mehrheitsentscheidung des Bundestages herbeigeführt werden kann. Es ist offensichtlich, daß der Bundesregierung hier die Möglichkeit eröffnet ist, am Bundestag vorbei Maßnahmen aufgrund von Notstandsbestimmungen anzuordnen.

Damit hat die derzeit geführte Diskussion um den sogenannten Bündnisfall eine bisher kaum erkannte Dimension für die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik. Zum ersten Mal seit Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968 und zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik überhaupt, ist die Anwendung dieser Notstandsmaßnahmen in greifbare Nähe gerückt.

#### Welche Notstandsmaßnahmen sind möglich?

Zunächst enthält das Grundgesetz selber eine Reihe von einschneidenden Bestimmungen, die bei Feststellung des Spannungsfalles in Kraft treten:

– gem. Art. 81 a Abs. 3 GG haben die Streitkräfte im Spannungsfall „die Befugnis, Zivilobjekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies



Stuttgart, Demos gegen den Golf-Krieg.

zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfall und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden.“

– Nach Art. 12 a Abs. 5 GG sind für den Spannungsfall Dienstverpflichtungen für alle Wehrpflichtigen vorgesehen, die nicht zur Bundeswehr selber oder zum Zivildienst einberufen werden. Zwar sollen solche Dienstverpflichtungen gem. Art. 12 a Abs. 3 GG nur für den Fall möglich sein, daß der Spannungsfall durch eine 2/3 Mehrheitsentscheidung des Bundestages festgestellt worden ist. Man muß aber sicherlich auch bei einer Feststellung des Spannungsfalles mittels eines NATO-Beschlusses davon ausgehen, daß zumindest Vorbereitungen für solche Dienstverpflichtungen getroffen werden.

Eine Reihe von Notstandsmaßnahmen ergibt sich aus den sog. Sicherstellungsgesetzen. Diese enthalten eine Vielzahl von Bestimmungen, durch die die Regierung in die Freiheitsphäre und die Lebensbedingungen des einzelnen eingreifen kann.

So erlaubt das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes den Behörden die Anordnung von Aufenthaltsregelungen, d. h., daß der jeweilige Aufenthaltsort nur mit Erlaubnis verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht betreten werden darf. (wub berichtete ausführlich in Heft 1/90, Thema: Zivilschutz.)

Das Arbeitssicherstellungsgesetz sieht die Dienstverpflichtung praktisch der gesamten erwachsenen Bevölkerung für Zwecke der Verteidigung vor. Die anderen Sicherstellungsgesetze sehen etwa Möglichkeiten der Lebensmittelrationierung, den Einsatz von Verkehrsmitteln für Verteidigungszwecke und ähnliches vor.

#### Konsequenzen für KDVer

Schwerwiegende Folgen hat die Feststellung des Spannungsfalles für diejenigen Wehrpflichtigen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern.

Nach § 8 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes fällt im Spannungsfall zum einen das erleichterte schriftliche Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer vor dem Bundesausschuss für den Zivildienst weg. Im Spannungsfall ist vielmehr ausschließlich wieder das mündliche Ausschußverfahren vorgeschrieben.

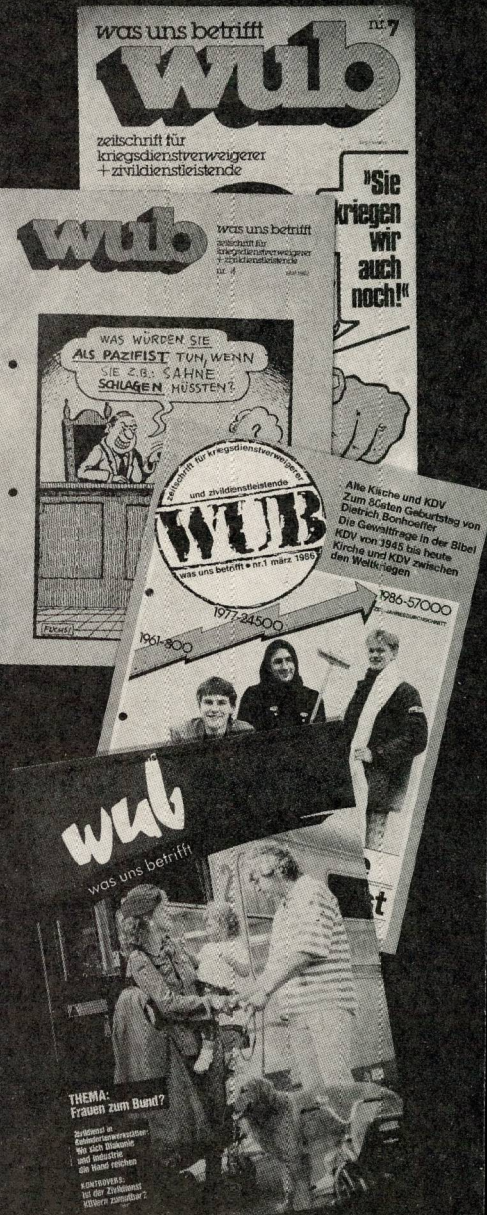
Noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß für den Spannungsfall die aufschiebende Wirkung von Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer entfällt. Das bedeutet, daß eine Einberufung zum Dienst in der Bundeswehr auch dann möglich ist, wenn ein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt worden ist.

Dieser kurze Überblick zeigt, daß durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und die daher möglichen Verwicklungen in den Golf-Krieg schwerste Konsequenzen für die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik und damit für jeden einzelnen möglich sind. Die hier aufgezählten Maßnahmen werden für den Fall, daß der sogenannte Bündnisfall festgestellt wird, nicht automatisch eingreifen. Die Bundesregierung hat aber über die Notstandsgesetze dann praktisch freie Hand zu entscheiden, was sie für notwendig hält.

Bremen, 28.1.1991

\* Günter Werner ist Rechtsanwalt in Bremen

Die erste wub – das waren 16 „abgenudelte“ Schreibmaschinenseiten – erschien im November 1971. Die „Nachrichten für EDL“ wurden von KDVer in Eigenregie erstellt und gingen in geringer Stückzahl von Hand zu Hand. Inzwischen hat wub eine kleine 1 1/2 Frau/Mann-Redaktion, wird im Auftrag der Evangelischen Zivildienstseelsorge herausgegeben, von der evangelischen Kirche finanziert und mit einer Auflage von ca. 50 000 Exemplaren 4 x jährlich im ganzen Bundesgebiet an evangelische ZDL und Abonnenten verschickt.



## 40 Jahre Remilitarisierung – 35 Jahre Wehrpflicht und KDV-Verfahren – 30 Jahre Ersatzdienst

Ein kommentierter Rückblick von Ulrich Finckh \*

- Ende 1950 Adenauer richtet das Amt Blank ein; Innenminister Heinenmann tritt zurück; die Remilitarisierung beginnt.
- 1952 Europäische Verteidigungsgemeinschaft – aber Frankreich lehnt ab.
- 1954/55 Die Bundesrepublik tritt der NATO bei.
- 7.6.1955 Blank wird der erste Verteidigungsminister.
- 12.11.1955 Die ersten Generale werden ernannt.
- 21.7.1956 Das Wehrpflichtgesetz regelt auch die Kriegsdienstverweigerung.
- 1.4.1957 Die ersten wehrpflichtigen Soldaten treten den Dienst an.
- 13.1.1960 Gesetz über den zivilen Ersatzdienst.
- 10.4.1961 Die ersten Ersatzdienstleistenden treten ihren Dienst an.

Wer gegen die Remilitarisierung war, wurde diffamiert, die CDU sprach vom „Ohne-Michel“ und den verantwortungslosen „Drückebergern“. Wer verweigerte, mußte sich einer üblen Inquisition stellen und statt 12 Monaten Grundwehrdienst (und evtl. einigen Tagen Reserveübungen) 21(!) Monate Ersatzdienst leisten. Die Inquisition führte zu vielfachem Unrecht mit schlimmsten Folgen. Hunderttausende wurden zu Unrecht nicht anerkannt, Zigttausende mußten ein 2. Mal verweigern, Tausende sind emigriert oder haben Freiheitsstrafen auf sich genommen.

Die Militärpolitiker kämpften gegen Kriegsdienstverweigerer mit allen Mitteln, selbst mit Lug und Trug vor dem Bundesverfassungsgericht, das sie mit falschen Statistiken in die Irre führten (1977 mit falschen KDV-Statistiken, 1984 mit falschen Dienstzeitberechnungen) oder mit unwahren Angaben über Planungen und Bedarf (vor allem 1984 bei den Reserveübungen.) Trotzdem haben sie immer mehr Boden verloren.

Die Inquisition wurde entschärft. Die Zusatzdienstzeit von anfangs 9 Monaten wurde über verschiedene Zwischenschritte (1973: theoretisch 1-3 Monate, praktisch 1 Monat; 1977: 3 Monate, 1978: theoretisch 1-3 Monate, faktisch 1 Monat; 1984: 1/3 Grundwehrdienstzeit = 5 Monate) auf heute 3 Monate verkürzt. Aus dem „bösen“ Verweigerer ist der „gute“ hilfsbereite Zivi geworden. Nur noch CDU und CSU fordern die Zusatzdienstzeiten; SPD, FDP, PDS und Bündnis 90 fordern gleiche Dienstzeiten wie für Wehrpflichtige; die Grünen fordern die Abschaffung der Wehrpflicht.

Der Ersatzdienst der Kriegsdienstverweigerer hat entscheidenden Anteil an der Zunahme der Kriegsdienstverweigerung. Wer Zivis ken-

nenlernte, durchschaute die militaristischen und CDU-Diffamierungen. Das zeigen die Zahlen, die ab 1964 registriert wurden (was etwa den tatsächlichen Anträgen ab 1963 entspricht, weil die Registrierung damals erst nach Abschluß der Musterungen bei den Prüfungsausschüssen erfolgte):

Registrierte KDV-Anträge:

1964:	2777
1965:	3437
1966:	4431
1967:	5963
1968:	11952
1969:	14420
1970:	19363
1971:	27657

- Was sich seit 1960 im Ersatzdienst alles änderte, kann ich nur in Stichworten andeuten:
- 1970 wurde ein Bundesbeauftragter eingesetzt als eine Art Regierungssprecher.
- 1973 Umbenennung in Zivildienst, eigenes Bundesamt für den Zivildienst (BAZ), 18-köpfiger Beirat für den Zivildienst mit 6 Vertretern der KDV-Seite (darunter 3 Zivildienstleistenden).
- 1977 „Postkartengesetz“ und zugleich „Verbesserung“ des Zivildienstes.
- 1983 Das KDV-Neuordnungsgesetz schreibt die Verböserungen fest und bringt für viele Kriegsdienstverweigerer ein schriftliches Prüfungsverfahren.

Obwohl einige Erleichterungen erreicht und viele Verschlechterungen verhindert wurden (Arbeitsdienstlager etc.), bleiben die Hauptbeschwerden über die Mißachtung des Grundgesetzes an vielen Stellen:

- Die Antragstellung mit intimen persönlichen Angaben, auch über die Personen der Umgebung des Kriegsdienstverweigerers;
- die Prüfung der Anträge, so daß das Grundrecht nur nach staatlicher Überprüfung verliehen wird – eine Karikatur der Menschenrechte;
- die längere Dienstzeit entgegen Art. 12 a, Absatz 2 Grundgesetz;
- die Ausrichtung des Zivildienstes auf kriegswichtige Dienste wie Pflege, Krankentransport, Behindertenbetreuung, Umweltschutz;
- die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht durch den Ersatzdienst;
- die Dienstpflicht im Kriege nach § 79 Zivildienstgesetz;
- die unvermeidbare Belastung der Zivildienstleistenden in der ständigen Konfrontation mit schwerer Krankheit, Dauerleiden, Sterben ohne zureichende Ausbildung und Praxisbegleitung.

Was bleibt zu tun? Alles! Wir bleiben aufgerufen zum Einsatz für den Frieden, zum Einsatz für die Menschenrechte (Gewissensfreiheit, Gleichheit, Würde des Menschen) und zum Kampf gegen Wehrpflicht, Rüstung und jede Kriegsvorbereitung. Wie leicht es zum Kriege kommt, solange Regierungen über Militär verfügen können, zeigt der Konflikt am Persischen Golf, wo aus dem Verbündeten gegen Khomeini plötzlich ein Verbrecher wie Hitler geworden ist. Und Kanzler Kohl bedauert, daß deutsche Soldaten (noch) nicht mit schießen können!

(Bremen, den 8. Januar 1991)

\* Ulrich Finckh ist Gemeindepastor in Bremen und Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer.

## Rüstzeit in Auschwitz Arbeitseinsatz im Sonderurlaub

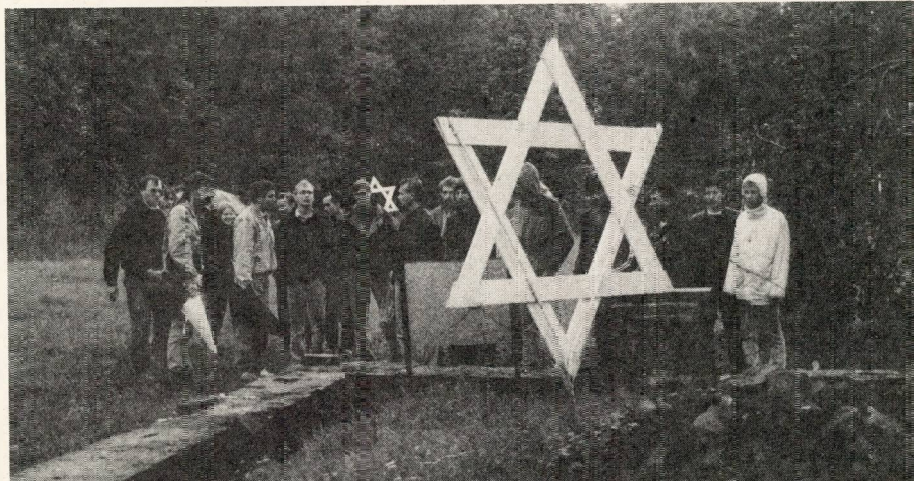
Auslandseinsätze als Zivildienstersatz nach § 14 a (Entwicklungsdienst) oder 14 b („Andere Dienste im Ausland“) des Zivildienstgesetzes sind beliebt. Die Nachfrage übersteigt bei weitem das Angebot. Ähnliches gilt für Rüstzeiten, die zumindest für eine Woche des Zivildienstes ins Ausland führen. Dabei handelt es sich keineswegs um ruhiges sight seeing. Bei der hier beschriebenen Polenfahrt von Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Leiter des Pfarramtes für Zivildienst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, blieb die Gruppe 5 von 10 Tagen in Auschwitz. Intensive Besichtigung und symbolische, zugleich handfeste Arbeit beim Erhalt der Gedenkstätte sind mehr als Ferien oder (Sonder-)urlaub.

Michael gräbt Beete um, Tibor und Carsten jäten Unkraut, Christoph und David kehren Laub: keine völlig ungewöhnlichen Aufgaben für ZDL, aber in Auschwitz wirkt alles anders.

Der Stacheldraht rund um das Konzentrationslager ist immer in Sichtweite. Davor die Warnung: Vorsicht Hochspannung, Lebensgefahr! Geladen ist der Zaun nicht mehr, aber die äußeren Gegebenheiten werden im KZ, das jetzt Gedenkstätte ist, bewußt erhalten. Verwachsene deutsche Inschriften werden erneuert, zerfallene Betonpfeiler werden frisch verputzt. „Auschwitz darf nicht zuwachsen“, sagt Pfarrer Rojahn. Das ist das Ziel der Gedenkstätte und zugleich auch Ziel der Rüstzeit. Dabei ist die symbolisch übernommene Arbeit nur ein äußerlich sichtbarer Schritt in diese Richtung: Auch in unserem Innern, in unserem Bewußtsein, darf Auschwitz nicht zuwachsen.

Wenn um neun Uhr die ersten Gruppen zur Besichtigung des Lagers kommen, haben wir einen Teil der Arbeit schon getan. Die Gruppen beachten uns kaum. Viele polnische Schulklassen, für die ein Besuch in den Unterrichtsrichtlinien vorgesehen ist, ziehen vorüber. Kaum eine Gruppe läßt sich so viel Zeit zur Besichtigung wie wir am Tag nach unserer Ankunft. Einen ganzen Vormittag führt uns der 29jährige Lehrer Janosch durch das Stammlager Auschwitz I und am folgenden Nachmittag durch das riesige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Hinter den dort gebauten Krematorien laufen wir im Regen über eine große Wiese, die beim Gehen nachgibt, weil der Untergrund aus Menschenasche und Knochenresten besteht. Thomas zeigt Uli eine Pflanze, die nur auf kalkhaltigem Boden wächst. Fassungslos stehen wir dann um einen Berg Besteck: Messer, Löffel, Gabeln, die den Häftlingen vor dem Tod abgenommen wurden.

Die heutige Stadt Auschwitz, Oswiecim genannt, wird uns nicht ohne Hinweis auf kleinere Konzentrations- und Arbeitslager gezeigt. Wie



Regen bei der Führung durch das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Große Davidsterne erinnern an den hohen Anteil der Juden unter den Opfern.



ZDL Thomas während der täglichen Arbeitszeit am äußeren Zaun des Konzentrationslagers Auschwitz.



Wege säubern vor der zynischen Aufschrift „Arbeit macht frei“. Fotos: Christoph Gocke

weit das Umfeld des Lagers in die Arbeit einbezogen war, zeigt sich bei der Recherche im Archiv. Dort kann jeweils ein kleinerer Teil der Gruppe studieren, während die anderen draußen arbeiten. Über banale Freizeitbeschäftigungen der Aufseher in der Umgebung ist da zu lesen oder über Einzelschicksale von Häftlingen.

Wolfgang läßt sich die Akte von Heinz Galinski, dem heutigen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, aus den Magazinen herausuchen. Dann blättert er eine Stunde in den Daten und Unterlagen. Bei der allabendlichen Gesprächsrunde erzählt er der Gruppe von seinen Privatforschungen. Peter schildert, wie abstrus ihm Alltägliches hier vorkommt: „Essen und Fasten – beides paßt hier nicht, weil es in keinem Verhältnis zum Leben im Lager steht. Auschwitz hat alle Maßstäbe gesprengt.“

Alle stehen unter den unmittelbaren Eindrücken der Grausamkeit des Ortes. Pfarrer Rojahn gelingt es kaum, die Gedanken der Teilnehmer auf Ursachen und Gründe für „Auschwitz“ weiterzuführen. Geradezu notwendig ist auch ein gewisser Abstand. „Gut“, meint einer, „daß die Unterkunft in der Internationalen Jugend-Begegnungsstätte eine knappe Stunde Fußweg vom Konzentrationslager entfernt ist.“ Von Aktion Sühnezeichen wurde sie vor vier Jahren mit Landes- und Bundesmitteln gebaut und dann der Stadt Oswiecim geschenkt. Sie soll Jugendgruppen aus aller Welt einen längeren Aufenthalt hier ermöglichen.

Die meisten Gruppen kommen aus Deutschland. Für sie ist Katja da, eine deutsche Freiwillige, die im Auftrag von Aktion Sühnezeichen auch die ZDL begleitet. Da sie länger im Ort wohnt, kann sie den Gruppen mehr vom heutigen Polen vermitteln. Das gehört mit zur Fahrt. Schon der eintägige Aufenthalt in Breslau, am Anfang der Woche, war ein Einstieg in die akuten Probleme Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen. Ein Einkaufsbummel im nahe Auschwitz gelegenen Krakau zeigt Stefan: „Sehr billig für uns hier, aber die Polen müssen auf jeden Zloty achten.“

Abschluß ist in Warschau. Ein Gespräch mit dem Direktor des Polnischen Ökumenischen Rates schildert eindringlich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme Polens, und immer wieder wird der Zusammenhang mit der historischen Entwicklung deutlich. Letztere hat auch Auswirkungen auf Wehrdienst und Verweigerung. In Polen, das seit Jahrhunderten keinen Angriffskrieg mehr führte, sei Wehrdienst für die Mehrzahl der Menschen selbstverständlich, sagt er. Ein letzter von vielen Denkanstößen für uns. Für die meisten war die Fahrt zugleich der Abschluß des Zivildienstes – und der allerdings bleibt ein Kapitel, das noch lange nicht abgeschlossen ist.

ZDL Christoph Gocke



Teil eines Baumes	Reiseart im Trend	Bergschnitt	Sternzeichen	ägypt. Stadtl. Rabenvogel			3		älthop. Provinz i. Unabhängigkeitskampf	Teil d. Gesichts	Großmacht (Abk.)
thail. Sextourismuszentrum		30	chem. Symbol Strontium		fläm. Maler um 1600					26	
Ex-Hit				33	geometr. Form				21		Heiratsymbol
Knorpelfische	2	Teil d. Fußes			13	Herbstblume				32	
Ort d. Widerstands ggü. Tourismus		prof. Urlaubs-muntermacher				Janoschs kl. Hauptakteur				Instrument	
14		7	<b>wub</b> was uns betrifft <b>Rätsel</b> Gesucht: Eine christliche Erklärung zum Krieg (formuliert von der Ersten Vollversammlung des Weltkirchenrates in Amsterdam, 1948)				Tierfett		18		
schweiz. Kanton								erste Frau Jakobs	Tür Eingang		ital. Gericht
brasil. Tanz	27									15	
Behörde					Vorname e. Krimiautorin	Himmelsrichtung (Abk.)	Sohn d. Zeus + Hera				
			brachte Geiseln a. d. Irak	Körperteil	29			Lanzelots Suche galt dem	ägypt. Sonnengott		
das macht den Meister		24				Wohnform (Abk.)		5	Donauzufluß		kriegen ZDL z. Kirchentag
franz.: auf noch kein Grundrecht	19			weib. Schwein Boxerbe-griff							25
			oft todbringender Flugkörper			16		Planet.		22	
polit. Zuflucht			bibl. Retter d. Lebewesen				Wirklichkeitssinn				Dauerbeziehung
			amerik. Soldat (Abk.)	engl.: alt	Papageienart Behältnis				Gauner-gehilfe	4	
					3. Person				Waldtier		
			Evangelist					31	Lurch	Segelbe-griff	8
			Wunschbild Kitz-Kz. Peru						Straußen-vogel		ehem. Kaiserer-erb
Name d. US-Golf-Einsatzes bis 17.1.	für Wahlzettel + Asche		jedes Jahr z. Urlaubszeit	Meeres-bucht				Kultgrup-pe	28		
20								12			
Hausvergrößerung			Beschäftigungs-therapie (Abk.)	Science Fiction-Autor				Bibelteil (Abk.)			
11					altgerm. Schrift-zeichen			34	© wub	United Kingdom (Abk.)	
Brillenfut-teral					Windrich-tung			17		Kloster-vorste-her	

Die Lösung des wub-Preisrätsels 4/90 lautet: „Das Geschäft mit dem Tod“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind: Frank Radzioch, Martin Joerg, Alexander Schmechel

Alle GewinnerInnen, auch die der wub-Freiabos (11.-20. Preis), werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen. Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbarem Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz  
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1  
schicken.

Einsendeschluß ist der 31.3.1991 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1.-3. Preis: je eine Reise zum Evangelischen Kirchentag vom 5.-9. Juni 1991 im Ruhrgebiet, einschließlich Fahrtkosten, Dauerteilnehmerausweis, Unterkunft und Netzkarte. (Für den Sonderurlaub müßt ihr selber sorgen – wie das geht, steht in diesem Heft auf S. 12.) Wer nicht zum Kirchentag will, sich also nur für die Preise 4-20 interessiert, sollte dies unbedingt auf der Einsendekarte vermerken!

4.-10. Preis: Friedrich Dürrenmatt, „Der Tunnel, Der Hund, Die Panne“

11.-20. Preis: je ein wub-Freiabo für ein Jahr.

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1	2	3	4	5	6	7	8	9							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	31	32	33	34							

Betr. wub:  
Anregung/Kritik/Lob: \_\_\_\_\_

# Kon tro vers

## Brauchen wir soziale Grundrechte? Recht auf Arbeit/Wohnung ins Grundgesetz?

**Nein – Nichts  
versprechen, was  
man nicht einhalten  
kann**

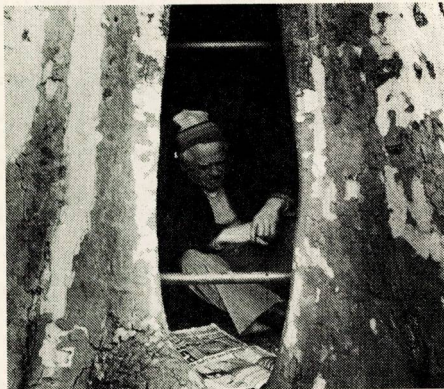
Ernst Benda \*

**Wohnungsnot - die Spitze des Eisbergs in Zahlen:**

**Knapp eine halbe Million Menschen mußten 1989 in öffentlichen Ein-  
fachunterkünften, Billigpensionen,  
gemeinnützigen Einrichtungen, Hei-  
men, Frauenhäusern oder Asylen un-  
tergebracht werden; weitere 150 000  
Menschen leben ohne jedes Obdach  
auf der Straße. Wird Wohnungssuche  
auch weiterhin Glücksache bleiben,  
oder: Brauchen wir ein Recht auf  
Wohnung im Grundgesetz?**

**Arbeitslosigkeit – gemeldete Zahlen  
der Bundesanstalt für Arbeit:  
1 784 150 Menschen in der alten Bun-  
desrepublik waren Weihnachten '90  
arbeitslos gemeldet; hinzu kommen  
642 180 Arbeitslose aus den fünf neu-  
en Bundesländern. Tendenz in beiden  
Fällen: steigend! Müssen sich Ar-  
beitslose auf absehbare Zeit weiter-  
hin mit ihrem Schicksal einfach ab-  
finden, oder: Brauchen wir ein Recht  
auf Arbeit in einer neuen deutschen  
Verfassung? wub-KONTROVERS dies-  
mal mit einem Beitrag zur Verfäs-  
sungsdiskussion: Helmut Simon und  
Ernst Benda, beide ehemals Richter  
am Bundesverfassungsgericht, im  
pro- und contra-Streit. Wir danken  
beiden Autoren sehr herzlich für ihre  
Statements.**

W. Sch.



Wohnsitzloser in Stuttgart  
Foto: Manfred E. Neumann

Daß ein gesicherter Arbeitsplatz mit ausrei-  
chender Entlohnung sowie eine Wohnung,  
die nach Ausstattung, Lage und Miete den  
Bedürfnissen des einzelnen und seiner Fa-  
milie entspricht, von größter Bedeutung  
für jeden sind, braucht nicht begründet zu  
werden. Eine Politik, die den Anspruch er-  
hebt, sozial zu sein, muß sich darum be-  
mühen, daß beides erreicht werden kann.  
Dabei kann nicht vom Staat alles erwartet  
werden. In einer freien Wirtschaft besteht  
die größte Chance darin, die privaten und  
gesellschaftlichen Kräfte zu ermutigen und  
sie von Staats wegen nicht zu behindern,  
es sei denn, daß sie unsoziale Wirkungen  
hervorrufen.

Die Verpflichtung des Staates, die Freiheit  
des einzelnen zu schützen, gilt auch ge-  
genüber privater Macht.

Dieser Aufgabe entspricht unser Verständ-  
nis der in der Verfassung enthaltenen  
Grundrechte. Sie sollen Freiheit sichern  
und sind daher vor allem Abwehrrechte,  
die dem Staat und auch gesellschaftlich  
mächtigen Kräften Grenzen setzen. And-  
ers als diese Aufgabenstellung der  
Grundrechte, die sich in der bisherigen Ge-  
schichte der Bundesrepublik Deutschland  
bewährt hat, wollen „soziale Grundrechte“  
den Anspruch des einzelnen auf sozial  
wichtige Positionen, so vor allem auf Ar-  
beit und Wohnung, begründen.

Würde ein Grundrecht auf Arbeit oder ein  
Grundrecht auf Wohnung eingeführt wer-  
den, so wie es besonders in den sozialisti-  
schen Verfassungen enthalten ist, würde  
die Verfassung ein Versprechen abgeben,  
das sie nicht einlösen kann. In der Plan-  
wirtschaft kann man von Staats wegen Ar-  
beitsplätze schaffen und sie mit in Wirklich-  
keit nicht benötigten Arbeitnehmern beset-  
zen. Was dies zur Folge hat, sobald sich  
das Unternehmen dem Wettbewerb stellen  
muß, haben wir gerade erst in der frü-  
heren DDR erfahren.

Und was das „Recht auf Wohnung“ in der  
Praxis bedeutet, zeigt ein Blick auf die her-  
untergekommenen und verfallenen Städte  
der früheren DDR.

In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung  
schafft nicht der Staat die Arbeitsplätze.  
Der Unternehmer muß selbst darüber ent-  
scheiden, wieviele Arbeitskräfte er benö-  
tigt, und wer für seine Zwecke am geeig-  
netsten ist. Der Wettbewerb auch am Ar-  
beitsmarkt führt bei denen, die sich um  
attraktive Tätigkeiten bewerben, zu mög-  
lichst guter beruflicher Qualifizierung und  
damit zu einem Zuwachs an Produktivität,

der der Wirtschaft insgesamt und damit  
auch der Bevölkerung zugute kommt.

Dabei ist der Staat nicht unbeteiligt, und er  
soll es auch nicht sein. Durch eine gute  
Wirtschaftspolitik und durch vernünftige  
Steuerregelungen kann er Anstöße für die  
Entwicklung der Wirtschaft geben, ebenso  
auch für einen die Bedürfnisse befriedigen-  
den Wohnungsmarkt.

Der Ausnutzung der sozial schwächeren  
Lage des Arbeitnehmers und des Woh-  
nungsmieters wirken Gesetze entgegen,  
die unsoziale Kündigungen in beiden Be-  
reichen verhindern. Welches die geeig-  
neten Maßnahmen sind, ist von der Politik  
stets neu zu beantworten. Ob der Arbeits-  
losigkeit durch staatliche Arbeitsbeschaf-  
fungsmaßnahmen oder etwa durch steuer-  
liche Entlastung der Wirtschaft zu bege-  
gen ist, sollte nicht von der Verfassung,  
sondern durch die Politik nach den jewei-  
ligen Mehrheitsauffassungen entschieden  
werden.

Eine Verfassung sollte keine Versprechun-  
gen enthalten, die sie nicht einlösen kann.  
Enthielte das Grundgesetz ein „Recht auf  
Arbeit“ oder ein „Recht auf Wohnung“, so  
würde hierdurch kein einziger Arbeitsplatz  
geschaffen und keine einzige Wohnung  
mehr gebaut werden. Grundrechte, die  
nicht einklagbar sind, enthält das Grundge-  
setz aus gutem Grunde nicht.

Was die Verfassung ihren Bürgern zusagt,  
darauf sollen sie sich verlassen dürfen,  
und wenn es ihnen verweigert wird, sollen  
sie es vor den Gerichten einfordern dür-  
fen. Nur eine Zwangswirtschaft, wie sie in  
der früheren DDR und anderen Ländern  
des Ostblocks bestanden hat und die dem  
Staat die Verfügung über die Arbeitsplätze  
und die Wohnungen gibt, könnte den  
Staat in die Lage versetzen, beides zu ver-  
geben. Die Folgen einer solchen Wirt-  
schaftsordnung sind heute für jedermann  
zu deutlich, als daß man an eine Wieder-  
holung des gescheiterten sozialistischen  
Experiments denken könnte. Mit einer frei-  
heitlichen Wirtschaftsordnung, die sich je-  
der Planwirtschaft als überlegen erwiesen  
hat, ist eine Zwangsbewirtschaftung unver-  
einbar.

Dies bedeutet keineswegs, daß sich die  
Verfassung nur auf das freie Spiel der Kräfte  
verläßt oder verlassen dürfte. Die Erfah-  
rungen der Industrialisierung haben auch  
gelehrt, daß sich das allgemeine Beste  
nicht von selbst ergibt, wenn nicht der  
Staat auf eine Politik verpflichtet wird, die  
vor allem die sozial Schwächeren vor Aus-  
beutung schützt und zu ihren Gunsten ein-  
greift, wo dies notwendig ist. Dies ist keine  
neue Erkenntnis, und zu ihrer Durchset-  
zung bedarf es keiner sozialen Grundrech-  
te.

Seit 1949 ist im Grundgesetz die als So-  
zialstaatsklausel bezeichnete, alle Staats-  
organe verpflichtende Vorschrift enthalten,  
die die Herstellung einer gerechten Sozial-  
ordnung als eines der obersten Staatsziele  
bezeichnet. Das ist nicht nur eine schön-



Öffentlicher Protest gegen Wohnungsnot.

Foto: Graffiti

ne Redensart. Die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes berechtigt und verpflichtet den Staat zum beständigen Bemühen um eine sozial verträgliche Ordnung, in der auch die elementaren Bedürfnisse beachtet werden müssen, und es besteht kein Zweifel daran, daß ein gesicherter Arbeitsplatz und eine angemessene Wohnung hierzu gehören.

Wiederum kann man darüber streiten, auf welchem Wege diese Ziele am ehesten erreicht werden. Es ist daher die beständige Aufgabe der Politik, hierauf ihre Anstrengungen zu richten. Genügt die Politik der jeweiligen Mehrheit dieser Forderung nicht, kann das Volk eine Änderung der Politik herbeiführen, indem es in den Wahlen andere Mehrheiten bildet. Dies ist der bessere Weg als ein vages, in der Wirklichkeit nicht einlösbares Versprechen.

Würden „Soziale Grundrechte“ in die Verfassung eingeführt, so würden sie allenfalls die Wirkung haben, die bestehenden Besitzstände gegenüber denen abzusichern, die Arbeit oder Wohnung suchen. Ein verstärkter Kündigungsschutz mag in beiden Bereichen politisch wünschenswert erscheinen; hierüber soll das Parlament entscheiden. Wird aber ein Arbeitgeber durch solche Vorschriften gezwungen, auch nicht mehr benötigte Arbeitnehmer zu beschäftigen, so kann am Ende der Zusammenbruch des Unternehmens stehen, das nicht mehr wirtschaftlich arbeiten kann. Im Ergebnis gehen dann auch die Arbeitsplätze verloren, die ohne solchen Zwang erhalten werden könnten.

Die Wohnungswirtschaft hängt ganz wesentlich von der Bereitschaft privater Geldgeber ab, in wirtschaftlichen Ertrag versprechende Wohngebäude zu investieren. Werden sie durch staatliche Vorschriften zu stark reguliert, sinkt die Bereitschaft zur Beteiligung, und am Ende steht auch hier nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an verfügbaren Wohnungen.

Auch die beste Verfassung ersetzt niemals die richtige Politik, und es bleibt die beständige Aufgabe der Politik, den richtigen Weg zu finden. Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß die Einführung sozialer Grundrechte hierfür ein ausreichender Ersatz wäre.

\* Prof. Dr. jur. h.c. Ernst Benda war 1968/69 Bundesinnenminister und von 1971 bis 1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Heute lehrt er Öffentliches Recht an der Uni Freiburg.

## Ja – Zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens

Helmut Simon \*

Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was wir von unserer Verfassung erwarten. Soll sie sich auf ein Organisationsstatut für die Staatsorgane beschränken sowie auf einige einklagbare Rechte, die es dem Bürger ermöglichen, staatliche Eingriffe in seinen Freiheits- und Interessenbereich unter Anrufung der Gerichte abzuwehren? Das ist gewiß ein unverzichtbares Kernstück jeder lebendigen Verfassung. Aber soll sie nicht darüber hinaus auch Auskunft über das Selbstverständnis unseres Staates geben und den Staatsorganen durch Staatszielbestimmungen vorschreiben, wie sie sich den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen haben?

### Das Sozialstaatsgebot durch Staatszielbestimmungen konkretisieren

Unser Grundgesetz bezeichnet die Bundesrepublik in den Artikeln 20 und 28 als „sozialen“ Bundes- und Rechtsstaat. Daraus haben Rechtsprechung und Wissenschaft ein verfassungsrechtliches Sozialstaatsgebot hergeleitet. Es ist an der Zeit, dieses Gebot durch die Aufnahme von Staatszielbestimmungen in Gestalt konkreter sozialer Rechte zu aktivieren. Nach dem weltweiten Sieg der Marktwirtschaft und dem Zusammenbruch sozialistischer Korrekture besteht ein vermehrtes Bedürfnis, die soziale Ausrichtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung auf diese Weise unzweideutig zum Ausdruck zu bringen.

Unter Juristen ist die Verankerung solcher Staatszielbestimmungen in der Verfassung immer noch umstritten.

Zur Vermeidung von Enttäuschungen sollten Staatszielbestimmungen klar von den andersartigen klassischen Freiheits- und Abwehrrechten unterschieden werden. Auch ist die Warnung ernstzunehmen, die Verfassung nicht mit uneinlösbaren und wirklichkeitsfremden Versprechungen zu überfordern. Diese Warnung fällt freilich je-

nen leichter, deren eigener Lebensschnitt nichts zu wünschen übrig läßt und für welche die Garantie der erwähnten Abwehrrechte genügt, um ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Selbstbestimmung abzusichern. Die Masse der Staatsbürger ist aber davon abhängig, wie weit staatliche Maßnahmen auf Vollbeschäftigung, erschwinglichen Wohnraum, Ausbildungsangebote und Altersvorsorge hinwirken. Das ist der Hintergrund für die Forderung, die Verfassung durch soziale Rechte auf Arbeitsförderung, auf Wohnraumvorsorge, auf soziale Sicherheit und auf gleiche Bildungschancen zu ergänzen.

### Auch soziale Rechte können effektiv sein

Diese Forderung kommt verstärkt aus dem Bereich der früheren DDR. Schon deshalb verdient sie endlich eine sorgfältige Prüfung. Immerhin sind die genannten Rechte bereits in internationalen Vereinbarungen (Europäische Sozialcharta und Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) als geltendes Recht verbürgt. Es geht also nur darum, diese Verbürgungen auf die höhere Ebene des Verfassungsrechts anzuheben. Die dagegen erhobenen Einwände wiegen nicht schwer genug.

Richtig ist zwar, daß die sozialen Rechte nicht in gleicher Weise einklagbar sind wie die im Grundgesetz bereits enthaltenen klassischen Freiheits- und Abwehrrechte. Auch sie lassen sich aber für flankierende Maßnahmen weitgehend als erzwingbar ausgestalten, so z.B. das Recht auf Arbeit durch Ansprüche auf Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, auf berufliche Weiterbildung und Umschulung und insbesondere durch Gewährleistung des Unterhalts bei Arbeitslosigkeit.

Davon abgesehen ist die Verfassung mehr als ein bloßes Kompendium des Einklagbaren. Für die Verwirklichung der Verfassungspostulate sind nicht nur die Gerichte, sondern in erster Linie der Gesetzgeber und die Exekutive verantwortlich. Es ist durchaus sinnvoll, diese Staatsorgane durch Staatszielbestimmungen von Verfassung wegen in Pflicht zu nehmen. Schon jetzt enthält das Grundgesetz ähnliche Postulate, wie z.B. die Sozialbindung des Eigentums oder die Pflicht, den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes Rechnung zu tragen.

Auch diese sind nicht ohne weiteres einklagbar, spielen aber für die Gesetzesauslegung und auch für die Gesetzgebung vor allem dann eine praktisch wichtige Rolle, wenn der Gesetzgeber für Eingriffe in andere entgegenstehende Grundrechtspositionen etwa das Eigentum – eine Legitimation auf der Ebene des Verfassungsrechts braucht. Die verfassungsgerichtliche Mietrechtsprechung wäre mieterfreundlicher ausgefallen, gäbe es bereits eine verfassungsrechtliche Anerkennung des Rechts auf Wohnraumvorsorge!

Wir sollten nicht länger an der Geringschätzung der sozialen Rechte festhalten, an die sich die Juristen in der Vergangenheit allzu unreflektiert gewöhnt haben.

\* Dr. Dr. theol. h.c. Helmut Simon war 18 Jahre lang (bis 1988) Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

## Sonderurlaub – Oasen in der Wüste des ZD –

Von Reinhard Becker

Ein ZDL, der den Sonderurlaub des Begriffes wegen als etwas besonderes betrachtet, das für ihn kaum in betracht komme, der tut sich selber keinen Gefallen.

Die verschiedenen Formen des Sonderurlaubs sind kleine Freiräume, die es dem ZDL gestatten, einige Inhalte normalen zivilen Lebens auch im ZD festzuhalten, und nicht gänzlich im Zwangsdasein zu versinken.

Darum: Zugreifen! Die Tabelle (hier nur Sonderurlaub „unter Belassung der Geld- und Sachbezüge“) zeigt, was wann und wie zu machen ist:

### 1. Hinweise zur Tabelle

Die Auflistung der verschiedenen Formen des Sonderurlaubs mit Geld- und Sachbezügen dient der allgemeinen Übersicht und Orientierung. In jedem Einzelfall empfiehlt es sich, im „Leitfaden für den ZD“ unter Abschnitt E5 und den in der Tabelle genannten Ziffern nachzulesen. Die Ziffer 6. dabei nicht vergessen! Hier steht, wann und wie der genehmigte Urlaub auch widerrufen werden kann.

### 2. Die 3 Arten des Sonderurlaubs

#### Die Kann-Bestimmung:

Sonderurlaub kann gewährt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen. D. h.: Wenn die Beschäftigungsstelle nicht will, geht wenig.

#### Die Soll-Bestimmung:

Sonderurlaub soll – und das ist fast so gut wie immer: muß – gewährt werden. Nur wenn es aus dienstlichen Gründen absolut und nachweislich gar nicht geht, darf der Urlaub zum beantragten Zeitpunkt versagt werden. Also ein eingeschränkter Anspruch.

#### Die Muß-Bestimmung:

Da geht kein Weg dran vorbei. Hier besteht ein uneingeschränkter Anspruch.

### 3. Die Höhe des Sonderurlaubsanspruchs

Unter der Ziffer E 5,3. des Leitfadens wird beschrieben, in welcher Höhe jeweils Urlaub beansprucht werden kann. Insgesamt sollen im „1. Urlaubsjahr“ – das sind die ersten 12 Dienstmonate – nicht mehr als 6, in Ausnahmefällen 12 Werktage gewährt werden. Danach je Monat 1 Tag Sonderurlaub.

### 4. Tips

- wird Sonderurlaub einmal versagt, nicht gleich aufgeben. Dann mehrere neue Termine zugleich vorschlagen, denn nicht immer können dienstliche Belange im Weg stehen. Sollte trotzdem abgelehnt werden, sich direkt ans BAZ mit ausführlicher Begründung wenden.
- kann Sonderurlaub wegen eines plötzlich eintretenden Ereignisses oder Termins nicht rechtzeitig beantragt werden, dann hilfsweise Erholungsurlaub nehmen, mit der Maßgabe, daß nach Genehmigung des Sonderurlaubs der Erholungsurlaub umgewandelt wird.
- wer den Kirchentag vom 5.-9. Juni 1991 im Ruhrgebiet besuchen will, der sollte bei seiner Kirchengemeinde einen Zuschuß zu den Kosten beantragen.

## Die Arten des Sonderurlaubs

### Nach Leitfaden Abschnitt E5

Art oder Anlaß für den Sonderurlaub (Leitfaden E5, Ziffer)	Dauer/ Werk-tage	Bedingungen	Antrag an/über	Genehmigung durch	
				Beschäft. Stelle	Verwalt. Stelle
<b>Rüstzeiten</b> (2.2.2.2. u. 5.2.1 - 3)	5	<b>Soll-Bestimmung</b> ; wenigstens einmal im Laufe der Dienstzeit	Beschäft. Stelle	1. Rüstzeit	2. Rüstz. (3. u. m.: BAZ)
<b>Kirchentag</b> (2.1.10. u. 5.3.)	3	<b>Kann-Bestimmung</b>	wie oben	X	
<b>Amtliche Termine/ Ehrenämter</b> (2.2.1.2.; 3.; 5.1.)	3	<b>Muß-Bestimmung</b> ; polizeil. u. gerichtl. Termine; öffentl. Ehrenamt; gesetzl. Verpflichtung	über B. Stelle an V. St.		X
<b>Bildungsveranstaltungen</b> , (staatspol.) (2.1.2.; 3.; 5.)	3	<b>Kann-Bestimmung</b> ; nur als Teilnehmer; Veranstaltung muß förderungswürdig sein.	wie oben		X
<b>Entlassung aus ZD</b> (2.2.1.4.)	3	<b>Muß-Bestimmung</b> ; Heimreise 3 Werktage vor dem Entlassungstag. Nicht bei Urlaub.	B. Stelle muß dafür sorgen	entbehrlich	
<b>Familiäre Ereignisse, persönl. Anlaß</b> (2.1.11. u. 5.1.)	1 - 3	<b>Kann-Bestimmung</b> ; festl. oder unvorherseh. famil. Ereignisse: Hochzeit, Geburt, Sterbefall, o. ä.	über B. Stelle an V. St.		X
<b>Gewerkschafts-/Berufsverbandssitzung, Tagungen</b> (2.2.2.1.; 5.1.)	1 - 6	<b>Soll-Bestimmung</b> ; nur für Mitglieder und als Delegierter überörtl. Verantst.	wie oben		X
<b>Jugendgruppenleiter-Lehrgänge</b> , ehrenamtlich	3	<b>Kann-Bestimmung</b> ; nur bei Ausbildung zum ehrenamtlichen Gruppenleiter.	wie oben		X
<b>Kriegsgräbereinsatz</b> (2.1.9.; 5.1.)	1 - 10	<b>Kann-Bestimmung</b> ; Sonderurlaub nur als Hälfte d. erforderl. Gesamturlaubs.	wie oben		X
<b>Sportveranstaltungen</b> , internat., Vorbereitungen (2.1.7.; 3.; 5.1.)	3	<b>Kann-Bestimmung</b> ; nur bei aktiver Teilnahme, auch als Trainer o. ä.	wie oben (2 Monate vorher)		X
<b>Umzug/Wohnungswechsel</b> - innerh. gleichem Ort	1 - 3	<b>Kann-Bestimmung</b>	wie oben		X
- zu anderem Ort	1 - 4				
<b>Vorbereitung auf den Beruf, Prüfungen</b> (2.1.13.; 5.1.)	1 - 12	<b>Kann-Bestimmung</b> , gilt auch für Berufswettbewerbe, nicht berufsvorbereit. Lehrgänge.	wie oben		X
<b>Vorbildliche Pflichterfüllung</b> (2.1.14.)	1 - 2	<b>Kann-Bestimmung</b> ; hervorragende Leistung; Ausnahme: 5 T.	wie oben		X
<b>Wettbewerbe</b> (2.1.16.; 5.1.)	wie notwendig	<b>Kann-Bestimmung</b> ; nur von Bundesreg. geförd., wie „Jugend forscht“, (musiziert) u. ä.	wie oben		X
<b>Wissenschaftl. Tagungen, Aus- und Fortbildung</b> (2.1.1.; 3.; 5.1.)	1 - 3	<b>Kann-Bestimmung</b> ; von kommunalen od. staatl. Stellen, wenn für den ZD von Nutzen.	wie oben		X



### Kirchentag

„Gottes Geist befreit zum Leben“  
– unter diesem Motto steht der 24. Evangelischen Kirchentag vom 5.-9.6.91 im Ruhrgebiet. ZDL können zur Teilnahme auf Antrag Sonderurlaub erhalten. (s. oben) wub verlost im Preisrästel diesmal 3 Reisen zum Kirchentag. Näheres Seite 9.

# T O U R I S M U S



Nichts kann man mehr genießen, langsam aber sicher wird hier alles vermiest: das Autofahren, das Essen, der Fortschritt, die Kirche – und jetzt wohl auch noch der Urlaub?

So viel als „Entwarnung“ gleich vorweg: Auch die wub-Redaktion freut sich auf den nächsten Urlaub und natürlich verreisen wir gern. Schon allein deshalb haben wir mit „Miesmache“ absolut nichts am Hut. Auch die Tourismus-KritikerInnen, die auf den folgenden Seiten zu Wort kommen, sind nicht die „ewigen Nörgler“, die aus allem ein Problem machen müssen.

Probleme mit dem Tourismus gab's lange vor der Kritik. Im Grunde sprechen die KritikerInnen ja ohnehin nur aus, was wir alle schon längst wissen: Die heile Urlaubswelt, die findet sich allenfalls noch in den Katalogen der Reisebüros.

Schon 1988 hatten laut einer Umfrage des Starnberger Studienkreises für Touristik mehr als die Hälfte der deutschen Urlaubsrückkehrer z.B. Umweltschäden an ihrem Ferienort bemerkt – oder vielleicht treffender: nicht mehr länger ignorieren können. Den meisten fiel das Waldsterben auf, dann die unsauberen Strände, die verbaute Landschaft, der Lärm. Ein Großteil dieser Schäden – da täuscht uns keine Sonnenbrille drüber weg – geht ziemlich direkt auf das Konto des Fremdenverkehrs selbst. „Der Tourismus vernichtet seine Ziele, indem er sie findet“, so hatte Hans-Magnus Enzensberger schon 1962 in seiner „Theorie des Tourismus“ die problematische Entwicklung charakterisiert.

Ob als „Rucksack-Tourist“ oder als „Neckermänner“, wir alle haben irgendwo unseren persönlichen Beitrag schon geleistet. „Den unschuldigen Touristen gibt es nicht“, so eine Tourismuskritikerin aus Hawaii. Oder, wie es ein Graffiti-Spruch an der Autobahn ausdrückt: „Sie stehen nicht im Stau, Sie sind der Stau“.

Klar ist: So wie bisher kann die Entwicklung nicht einfach weitergehen. Augen zu und durch, immer neue Ziele suchen, immer fernere Orte ansteuern, das kann auf Dauer kein Ausweg sein. Und die Hoffnung auf Enthaltbarkeit ist wohl gerade beim Reisen pure Illusion.

Was also tun? Einfache Lösungen gibt es nicht. So vielschichtig die Probleme sind, die unser Reisefieber mit sich bringt, so vielfältig sind auch die Wege, die uns vielleicht zu einem sozial- und umweltverträglichen „sanften“ Tourismus führen können. Tatsächlich geschehen große Veränderungen ja oft durch die kleinen Schritte. Durch unser Verhalten und – noch einen Schritt vorher – dadurch, daß wir uns über Zusammenhänge und Alternativen informieren.

W. Sch.

Duane Hanson, Skulpturen „Tourist II“, 1989.  
Foto: A. Emmerling

Noch war die Welt nicht ganz verteilt!  
 Noch manche Flur auf Erden  
 Harrt gleich der Braut: Die Hochzeit eilt!  
 Des Starken will sie werden.  
 Noch manches Eiland lockt und lauscht  
 Aus Palmen und Bananen:  
 Der Seewind braust, die Woge rauscht,  
 Auf, Freudige Germanen!  
 („Lied der Deutschen jenseits der Mee-  
 re“, Kolonialpolitische Korrespondenz,  
 1886)



## Vom Urlaubs- Kolonialismus zum sanften Tourismus? Von Werner Schulz

Die Reisefreiheit zählt zu den elementaren Rechten einer liberalen Gesellschaftsordnung. Nirgendwo, das haben die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa überdeutlich gezeigt, werden sich die Menschen dieses Recht auf Dauer vor-enthalten lassen.

„Jeder Mensch hat Anspruch auf Erholung und Freizeit sowie auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und periodischen, bezahlten Urlaub“. So steht's seit 1948 im Art. 24 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Für uns ist das längst pure Selbstverständlichkeit. Für den größten Teil der Menschheit aber werden diese Rechte auch in absehbarer Zukunft nicht mehr als ein schöner Traum und der Begriff „Urlaub“ ein Fremdwort bleiben. Insbesondere in den Ländern der Dritten Welt beschränkt sich die arbeitsfreie Zeit nicht selten ausschließlich auf die – oft recht zahlreichen – religiösen Feiertage.

Auch in unseren Breiten waren die Ferientage des einfachen Volkes jahrhundertlang ausschließlich den Kirchen zu verdanken. Um 1300 z.B. kam ein Handwerker am Niederrhein dank der kirchlichen Feste auf 110 Sonn- und Feiertage, an denen nicht gearbeitet wurde. Den Ausdruck „Urlaub“ (der vom Wortstamm her mit „erlauben“ verwandt ist) kannten zu jener Zeit allenfalls Landsknechte und Soldaten, die sich „mit Verlaub“ einige Zeit von der Truppe entfernen durften. Der mittelhochdeutsche Ausdruck „Reisen“ übrigens, bedeutete noch bis zum 16. Jahrhundert nichts anderes als „Aufbruch zum Kriege“.

Erst die rasante Industrialisierung mit ihren un menschlichen und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen löste den Kampf der Arbeiterbewegung um kürzere Arbeitszeiten (1918: 48-Stunden-Woche), freie Tage und schließlich zusammenhängenden Urlaub aus.

Aber immerhin noch 1906 ließ beispielsweise die Handwerkskammer in Chemnitz verlauten: „Es geht viel zu weit, einen Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesundheit nicht schädigenden Verhältnissen arbeiten. Für Beamte, die geistig tätig sind und häufig Überstunden arbeiten müssen, die auch keine körperliche Ausarbeitung bei ihrer Tätigkeit haben, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt.“

Während in einigen europäischen Nachbarländern der Urlaub bereits nach dem Ersten Weltkrieg gesetzlich geregelt wurde, gab es in Deutschland erst 1938 mit dem Jugendschutzgesetz der Nazis gesetzlich zugesicherten Urlaub, wenigstens für Kinder und Jugendliche (bis 16

Jahre = 15 Werkstage, ab 16 Jahre = 12 Tage). Damit sie allerdings während der vom Führer geschenkten neuen Musezeit nicht auf dumme Gedanken kamen, wurden die deutschen Mädels und Jungen im Urlaub auf die Fahrten der Hitlerjugend geschickt, die, wie es H.-M. Enzensberger formulierte, „schon unter dem Gesetz jener Fahrten standen, die ihre Teilnehmer später nach Stalingrad und Sibirien führen sollten.“

### „Demokratisierung des Reisens“

Urlaub für alle nichtselbständigen Arbeitnehmer garantierte erst das Bundesurlaubsgesetz von 1963. Drei Wochen waren damals das gesetzliche Minimum. Inzwischen haben sich nicht nur die bezahlten Erholungstage beträchtlich vermehrt, auch die durchschnittlichen Einkommen sind deutlich gestiegen. In der Folge des deutschen Wirtschaftswunders konnte schließlich das entstehen, was die Neckermann-Werbung in den 60er Jahren „Demokratisierung des Reisens“ nannte: der Massentourismus oder die „weiße Industrie“.

Heute ist der Tourismus ein Wirtschaftsfaktor mit stetig ansteigender Wachstumskurve. 400 Mio. grenzüberschreitende Ankünfte errechnete die World Tourism Organisation (WTO) für 1990. Zum Vergleich: 1950 waren es bescheidene 25 Mio. Bis zum Jahr 2000, so die interne Prognose, soll der Tourismus zum Wirtschaftszweig Nummer eins angewachsen sein, eine Entwicklung, an der wir Deutschen maßgeblich beteiligt sein werden. Schon 1988 gaben die BundesbürgerInnen 24,9 Milliarden Dollar (43,8 Milliarden DM) für ihren Auslandsurlaub aus, mehr als die US-Amerikaner (23,1 Mrd. Dollar) oder die Japaner (18,7 Mrd. Dollar). Auf je Hundert unserer Landsleute kamen im vergangenen Jahr 70 Urlaubsreisen.

Wer in den Ferien verreist, der gehört hierzu-lande somit zur Mehrheit. Das knappe Drittel, das zu Hause bleiben muß, sind Rentner, Arbeitslose, Alleinerziehende. Weltweit betrachtet sehen die Relationen dagegen völlig anders aus, denn: Über 80 % der gesamten Urlaubsreisenden werden von Angehörigen der westlichen Industriestaaten unternommen. Insbesondere in den bevölkerungsreichen Ländern der 3. Welt bleibt Reisen nur der hauchdünnen Schicht der Reichen und Superreichen vorbehalten. Schon in Portugal können sich nur 22 % der Bevölkerung einen Auslandsurlaub leisten.

Im Klartext: Allein die Tatsache, daß wir verreisen können, hebt uns – global gesehen – in den Stand der Überprivilegierten. Langfristig gedacht schließt sich hier eine nicht uninteressante Frage an: Was bedeutet denn die von uns allen gewünschte Entwicklung der armen Länder (höheres Wirtschaftswachstum, verbesserter Lebensstandard) im Blick auf den weltweiten Tourismus? Kann man sich die beliebten Urlaubsziele Venedig, Heidelberg oder die ägyptischen Pyramiden vorstellen, wenn dort nicht nur Urlauber aus dem Westen „einfallen“, sondern entsprechend dem Bevölkerungsanteil in gleichem Maße auch Afrikaner, Asiaten oder – was sich heute schon leichter denken läßt – Millionen Reiselustiger aus den Ländern Osteuropas?

### Im Trend: Dritte-Welt-Tourismus

Noch ist die Realität sehr weit von solchen Gedankenspielen entfernt, noch sind die Rollen auf der internationalen Touristikbühne traditionell besetzt, die Spielregeln einfach und klar: Gezogen wird von Nord nach Süd, wer Geld hat reist und gibt Geld aus, wer keines hat wird „be-reist“ und darf darauf hoffen, daß aus der dicken Touristenbörse ein paar Brocken abfallen. Wo industriell verwertbare Exportgüter fehlen, verspricht zumindest der Tourismus Entwicklung und Wohlstand. So tauchen immer mehr Regionen aus der 3. Welt in unseren Reisekatalogen auf, Fern-tourismus erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

Allein im Zeitraum zwischen November 89 und Oktober 90 nahmen die Fernreise-Buchungen in der Bundesrepublik um 20 % zu. Weltweit reisen Jahr für Jahr rund 40 Mio. Menschen in Länder der Dritten Welt und viele der Reisenden sind überzeugt, daß sie mit ihrem Urlaub in Südost-Asien, Afrika oder der Karibik nicht nur sich selbst etwas besonders Gutes tun, sondern auch dem Gastland Gewinn bringen. Immerhin, so wird argumentiert, schafft die Tourismusindustrie Arbeitsplätze und bringt wertvolle Devisen ins Land. Was letztere anbelangt, so haben die Vereinten Nationen dazu 1989 Zahlen vorgelegt. Demnach sei der Tourismus mit 55 Milliarden Dollar nach dem Erdöl der zweitgrößte Devisenlieferant für die Dritte Welt.

Auf den ersten Blick eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Beim näheren Hinschauen entstehen aber schon bald erhebliche Zweifel,



„Die Gänse mögen bis zum Meer fliegen,  
sie werden trotzdem nicht  
als Schwäne zurückkehren“

(Russ. Sprichwort)

denn die Frage ist: Was bleibt von diesen Devisen tatsächlich im Land? Wer den effektiven Netto-Devisenertrag bemessen wollte, der müßte von den Brutto-Einnahmen auch all jene Aufwendung abziehen, die notwendig sind, damit die Touristen überhaupt erst kommen: Flugplätze, Straßen, Wasserversorgung, Stromnetze, Telefon. . . . Insbesondere Inselregionen sind in fast allen Bereichen sehr stark vom Import abhängig. So geben die karibischen Inseln z.B. für fremdenverkehrsbedingte Importe – Konsumgüter, Geräte, Ausstattungen – immerhin 60 % ihrer Deviseneinnahmen gleich wieder aus, die Seychellen sogar 80 %. Und der geringe Rest, so Georg Friedrich Pfäfflin vom Stuttgarter Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB), „versickert in den Taschen der örtlichen Reichen, statt der Entwicklung des eigenen Landes zu dienen“.

Die Kirchen der Dritten Welt kamen auf ihrem Tourismus-Workshop in Manila 1980 zu folgendem Schluß: „Die wirtschaftlichen Nutznießer sind nicht die armen Empfängerländer der Dritten Welt, sondern die reichen, industrialisierenden Touristen produzierten Länder, in deren Hand die Kontrolle der gesamten Industrie liegt, Hotelkartelle, Fluglinien, Reiseveranstalter und Reisebüros.“

## Arbeitsplätze durch Tourismus?

Ohne Zweifel werden durch den Tourismus in der Dritten Welt Arbeitsplätze geschaffen: 50 Mio. Menschen aus den Entwicklungsländern, so eine Schätzung der Vereinten Nationen, finden Beschäftigung in den verschiedenen Bereichen des Fremdenverkehrs und der Gastronomie. Aber oft ist der Preis hoch, zu hoch vielleicht, langfristig gesehen, den die Einheimischen bezahlen, damit ein paar von ihnen in ihren neuen Jobs den weißen Urlaubern zu Diensten stehen. Wie viele es wohl sind, die vergeblich auf Arbeit in den Urlaubsregionen hoffen?

Beispielsweise für Kenia hat der Schweizer Soziologe Ueli Mäder Zahlen aus einer Studie gefunden: Nur 25 % der erwerbstätigen Bevölkerung, die vom Land in touristische Zentren ziehen, finden dort auch tatsächlich eine regelmäßige Beschäftigung. Der Rest schlägt sich durch, mit Schuhputzen, Wahrsagen, Massagen, verkauft Erdnüsse, Zigaretten, Muscheln

Beispielhaft und überaus eindrücklich beschreibt der tunesische Filmemacher Ridha Behi diese Entwicklung in seinem preisgekrönten Film „Sonne der Hyänen“: Ein einfaches aber unverfremdetes nordafrikanisches Fischerdorf wird von deutschen Geschäftsleuten als

folkloristische Kulisse für einen riesigen Ferienpark auserkoren. Einheimische Politiker, machtgerig und korrupt, unterstützen das Projekt und verkünden ihren Landsleuten den Einzug des Fortschritts. Die Fischer, die bislang das ganze Jahr über immerhin ihr Auskommen hatten, werden als Saison-Arbeiter für den Bau angeheuert. Später, so verspricht man ihnen, werden sie nicht nur ihre Fische an das große Hotel und die reichen Fremden verkaufen können. Doch als die ersten Touristen die Ferienanlage beziehen, werden die Fische, wie alle anderen Konsumgüter auch, vom Großhändler aus der Stadt geliefert. Für die Menschen aus dem Dorf fallen ein paar Hilfsjobs im Hotel ab. Am Ende bearbeiten oder verkaufen die ehemaligen Fischer Souvenirs oder bieten Kamelritte an, und ihre Töchter und Frauen führen im Hotel Bauchtänze vor. Das soziale Gefüge des Dorfes zerbricht völlig. Ridha Behis filmische Anklage an den Urlaubskolonialismus moderner Industriestaaten verdeutlicht beispielhaft, weshalb Tourismuskritiker zur Überzeugung gelangen, daß auch das Arbeitsplatzargument mehr als zweifelhaft ist und daß die Touristikindustrie insgesamt in der Dritten Welt mehr Schaden anrichtet als sie Vorteile bringt.

## Völkerverständigung durch Ferntourismus?

Unter den heutigen Bedingungen gilt obiges Urteil nach Einschätzung der Experten auch für die weit verbreitete Vorstellung, Fernreisen förderten die Völkerfreundschaft und Völkerverständigung. Tatsache ist: Viele Urlaubszentren und namentlich die beliebten Clubanlagen sind nach außen hin nahezu hermetisch abgeschottet. Persönliche und nicht organisierte Begegnungen sind somit äußerst selten überhaupt möglich – und von vielen Urlaubern auch gar nicht erst gewünscht. Es könnte schließlich passieren, daß es abseits der Swimming-Poolen zur Konfrontation mit einer Realität kommt, von der im Reiseprospekt nichts steht und die manchem Urlauber den „Reisegenuß erheblich mindert“. (1) Armut und Elend beginnen nicht selten gleich hinter den Hotels.

Grundsätzlich stellen sich zum Thema „Völkerverständigung durch Ferntourismus“ eine Reihe von Fragen: In welcher Rolle erlebt denn der Urlauber den einheimischen Menschen – und umgekehrt? Welche nachhaltigen Spuren hinterläßt die vorherrschende Rollenverteilung von Dienern und Bedienten, Geldgebern und -empfängern? Entstehen nicht auf beiden Seiten irreführende Vorstellungen? Und die Bilder von bettelnden Kindern, aufdringlichen Stra-

ßenhändlern usw., die wir als Urlauber mit nach Hause nehmen, sind sie nicht erst durch unsere Anwesenheit Realität geworden?

Dazu Jost Krippendorf, Schweizer Tourismusforscher: „Wo Überlegenheits- und Unterlegenheitsgefühle aufkommen, wo die Unterschiede zu groß sind, da muß das Herz auf der Strecke bleiben, da kann eine Begegnung nicht stattfinden.“

### Sanfter Tourismus

Als Vater des „sanften Tourismus“ gilt der Journalist und Zukunftsforscher Robert Jungk. In einem Beitrag für die Zeitschrift „geo“ folgte er 1980 der Idee eines Freundes, der eine Kontrastliste von „harter“ und „sanfter“ Technik entworfen hatte:

Hartes Reisen	Sanftes Reisen
Massentourismus	Einzel-, Familien und Freundschaftsreisen
Wenig Zeit	Viel Zeit
Schnelle Verkehrsmittel	Angemessene (auch langsame) Verkehrsmittel
Festes Programm	Spontane Entscheidungen
Außergelenkt	Innengelenkt
Importierter Lebensstil	Landesüblicher Lebensstil
„Sehenswürdigkeiten“	Erlebnisse
Bequem und passiv	Anstrengend und aktiv
Wenig oder keine geistige Vorbereitung	Vorhergehende Beschäftigung mit dem Besuchsland
Keine Fremdsprache	Sprachenlernen
Überlegenheitsgefühl	Lernfreude
Einkaufen (Shopping)	Geschenke bringen
Souvenirs	Erinnerungen, Aufzeichnungen, neue Erkenntnisse
Knippen und Ansichtskarten	Fotografieren, Zeichnen, Malen
Neugier	Takt
Laut	Leise

## „Sanfter Tourismus“

Es sind die Bedingungen, unter denen Reisen heute mehrheitlich funktioniert, die nach Ansicht vieler Tourismuskritiker für die vielfältigen Schäden des Fremdenverkehrs verantwortlich sind: Kommerz, Hektik, Serienabfertigung auf der einen Seite, Konsum, Flucht und aufgestaute Bedürfnisse auf der anderen Seite. Aber diese Bedingungen sind nicht unumstößlich. Wie es auch anders gehen könnte, das wird seit Jahren mit den Begriffen „Sanfter Tourismus“ und „Tourismus mit Einsicht“ konkret und durchaus praktikierbar umschrieben (siehe Kasten).

Dabei geht es keineswegs um einen neuen Reisestil, wie es etwa der sogenannte Alternativ-Tourismus sein wollte. Sanfter Tourismus schließt einen hohen Erholungswert und optimalen (nicht maximalen) Profit für alle am Gästeverkehr (statt Fremdenverkehr) Beteiligten nicht aus, wohl aber die Zerstörung der Natur oder kulturelle und soziale Schäden bei den Gastgebern.

Oberstes Gebot ist somit, daß die einheimische Bevölkerung bei allen Tourismus-Projekten miteinscheidet und sämtliche ökologischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Gleichzeitig setzt aber sanfter Tourismus auch ein anderes Bewußtsein bei den Reisenden selbst voraus: Z.B. bei der Wahl der Verkehrsmittel, der Auswahl und Vorbereitung auf den Urlaubsort, beim Verhalten vor Ort (z.B. Nacktbaden), . . . bis hin zum Essen (Stichwort: McDonaldisierung). Sanfter Tourismus, das heißt für uns Reisende: Gast zu sein – und nicht Tourist. Machen wir Urlaub vom Tourismus!

(1) . . . und fordere mein Geld zurück – So beschwerten sich Touristen“ von H. E. Scholz, Edition „Abenteuer und Reisen“, VWV-Wirtschaftsdienst, Frankfurt 1986

## Voll im Trend

### Überlegungen zur Umweltproblematik im Sporttourismus

Von Hans-Joachim Neuerburg  
und Thomas Wilken, Hamburg \*

Klettern, Mountain-Biking, Skifahren, Surfen, Tauchen, Wildwasser-Sport, Drachenfiegen, Para-Gliding, Trekking, Reiten, Segeln, Langlaufen, Höhlentrekking ... In atemberaubendem Tempo preschen Sporttourismusanbieter nach vorn. Dabei ist der Boom, den wir heute erleben, erst der Anfang. Wo der Mensch Gutes für seine Gesundheit tut, krankt leider allzuoft die Umwelt und die Natur.

Ein Blick in die Hochglanzprospekte eröffnet den Urlaubern eine fantastische Welt des Sports, mit schier unbegrenzten Möglichkeiten. Freiheit, Abenteuer und ein Hauch von Wimbledon liegen in der Luft.

Und immer lockt das Außergewöhnliche. Auch die „kleinen“ Reiseveranstalter sowie touristisch noch wenig erschlossene Gemeinden spezialisieren sich zunehmend auf die Ausrichtung von Sportreisen. Innerhalb dieser Angebote nehmen vor allem die sogenannten Natursportarten breiten Raum ein.

#### Einmarsch der Gladiatoren

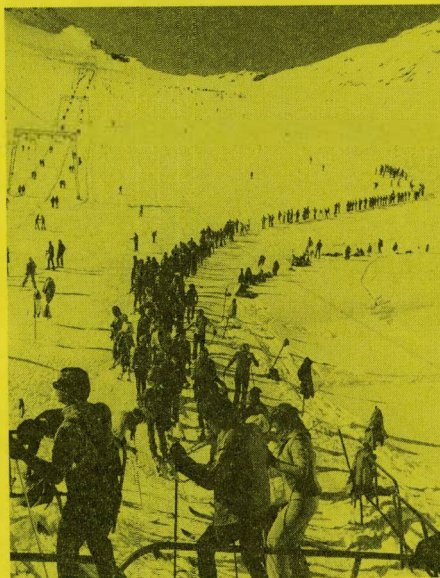
Sport liegt voll im Trend. Der sportliche Urlaub trifft auf ein „neues“ Lebensgefühl. „Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper“ lautet die einfache Formel, die auf der Sehnsucht nach körperlicher Fitness und bewegungsintensiven Erfahrungen fußt. Mittels der sportlichen Tätigkeit dringt der Mensch in die Umwelt ein. Und die Folgen?

Wahre Heerscharen künftiger Tennis- und Golf-„Profis“, Segler, Surfer und Taucher, konfektionierter Alpinisten und „gestretchter“ Gymnasten bevölkern Strände, Gewässer und Berge der Urlaubsregionen. Der Invasion der „Neckermänner“ folgt der Einmarsch der Gladiatoren – der Fitnessfanatiker, Trimmtraber und Natur- und Abenteuersportler. Vor allem die Natursportler drängen, durch eine z.T. aggressive Werbung zusätzlich hoch motiviert, in besonders reizvolle, naturnahe und allzuoft ökologisch labile Gebiete vor, die häufig lediglich als Kulisse für die vielfältigen Aktivitäten dienen. Die Entwicklung des Mountain-Bikes zum „Paradepferd“ der Querfeldeinbewegung macht diesen Trend besonders anschaulich. Ein an sich umweltfreundliches Sportgerät wird durch eine auf Abenteuer und Herausforderung reduzierte Werbung zum Umweltsünder.



40 Mio. Touristen pro Jahr strömen in die Alpen.

Foto: dpa



Ca. 40 000 km Skipisten gibt es in den Alpen schon.

Foto: dpa

#### Ran an die letzten Nischen?

Die verbreitete Sucht nach Abenteuer und immer neuen Reizen wird von der Sport- und Freizeitindustrie begierig aufgegriffen und weiter verstärkt. In Erwartung hoher Gewinne sehen sich die Strategen in den Entwicklungs- und Marketingabteilungen veranlaßt, auch die letzten Nischen zu erschließen und immer neue Kuriositäten auf den Markt der „Lifestyle-Enthusiasten“ zu werfen.

Zugegeben: der Wunsch nach einer Sportausübung in naturnaher Landschaft und intensiven Erlebnissen ist angesichts unserer alltäglichen Lebensbedingungen verständlich und vom gesundheitlichen Standpunkt her ist die Begeisterung für den Sport sicher zu begrüßen. Abzulehnen ist jedoch eine Entwicklung, die die ohnehin vorhandene Belastung von Natur und Umwelt weiter verschärft und damit letztendlich auch ihre eigenen Grundlagen bedroht.

Bei dem Versuch, die vermuteten Bedürfnisse der Gäste bzw. Teilnehmer durch immer neue Angebote zu befriedigen, wird völlig außer acht gelassen, daß die entsprechenden Bedürfnisse hierdurch zumindest z.T. auch erst produziert werden (Wasserskifahren z.B.). Naturgenuß und einfühlbares Erleben, Rücksichtnahme und Toleranz im Umgang mit Natur und Umwelt werden durch reißerische Animation im Sport eher verhindert denn gefördert. Im Ergebnis wird ein eher eingeschränktes Naturverständnis verstärkt: Die Natur wird zur angenehmen Kulisse, ja häufig sogar zum bloßen Sportgerät.

\* Die Autoren sind Mitarbeiter der 1989 gegründeten Initiative „Sport mit Einsicht e. V.“, einem Zusammenschluß verschiedener Organisationen und Verbände, die im Bereich Sport/Umwelt/Tourismus tätig sind. Ziel dieser Initiative ist die Förderung umweltverträglichen und sozialverantwortlichen Sports.

Kontakt: Sport mit Einsicht e. V.

Robert-Koch-Stieg 1, 2000 Hamburg 20

#### Sport mit Einsicht

Elf Regeln für SkisportlerInnen:

##### 1. Bewußt auswählen

Bereits bei der Wahl von Urlaubsort, Unterkunft und Skigebiet Umweltgesichtspunkte berücksichtigen (z.B. Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Struktur des Ortes, Verzicht auf „Attraktionen“, wie weitere Erschließung oder großflächigen Einsatz von Schneekanonen).

##### 2. Öffentliche Verkehrsmittel nutzen

An- und Abreise möglichst mit Bahn oder Bus, bei unvermeidlichem Pkw-Gebrauch Bildung von Fahrgemeinschaften, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vor Ort.

##### 3. Informationen einholen

Vor dem Skilaufen Informationen über den Zustand von Abfahrten und Loipen einholen. Insbesondere vor Variantenabfahrten und Skitouren nach Schneehöhe auch in tieferen Lagen, Schutzzone, gefährdeten Bereichen und Wildeinstandsgebieten erkundigen und dies bei der weiteren Planung berücksichtigen.

##### 4. Ausgewiesene Skigebiete nutzen

In der Regel an markierte Pisten und Loipen bzw. Wege halten.

##### 5. Nur bei ausreichender Schneehöhe skilaufen

Hauptkriterium für eine ausreichende Schneehöhe ist der Schutz der vorhandenen Vegetation. Im Pistenbereich und auf Loipen, die abseits von befestigten Wegen gespurt werden, ist hierfür in der Regel eine Schneeaufgabe von mindestens 20 cm gepreßtem Schnee notwendig.

##### 6. Bewuchs schonen

Einzelne schneefreie Stellen, Büsche und Bäume weiträumig umfahren. Nicht im Wald oder zwischen Jungbäumen abfahren. Wald notfalls auf Wegen durchqueren.

##### 7. Tiere schützen

Wildeinstandsgebiete und ausgewiesene Schutzzone umfahren, unnötigen Lärm vermeiden.

##### 8. Abfall vermeiden

Möglichst wenig Verpackungsmaterial mitnehmen, umweltfreundliche Produkte und Verpackungen nutzen und vor allem keine Abfälle in der Landschaft zurücklassen.

##### 9. Monotonie und Einseitigkeit vermeiden

Neben dem reinen Abfahren auch einmal Skilanglauf machen. Aber auch Wandern, Rodeln, Eislaufen, Ortserkundungen und selbst Ruhetage haben ihren Reiz und entlasten besonders zu Hauptbelastungszeiten die stark beanspruchten Pisten und Loipen.

##### 10. Stress verringern

Naturerlebnis über sportliche Höchstleistung stellen, anstatt viele Abfahrten zu hetzen, lieber wenige intensiv genießen, Wartezeiten an Bahnen und Liften gelassen hinnehmen.

##### 11. Interesse an Natur, Umwelt und Kultur zeigen

Landschaften wahrnehmen, verstehen und genießen lernen, den Urlaubsort einschließlich seiner Geschichte und Probleme kennenlernen, sich ohne Aufdringlichkeit und Besserwisserei für das Leben der Einheimischen interessieren, Kritik an vorhandenen Umweltbelastungen und Fehlentwicklungen äußern.





Bar in der thail. Stadt Pattaya, dem „größten Bordell der Welt“

Foto: Lipka

**Zum Beispiel Thailand: Mehr als 200 000 Deutsche fliegen pro Jahr dorthin. Etwa 70 % sind Männer – und die überwiegende Mehrheit von ihnen beteiligt sich am Sextourismus. Mit welchen Vorstellungen, Erwartungen und Defiziten suchen sich Männer solche Urlaubsreisen aus? Was sind das für Typen? Unsere Autorin Susanne Lipka hat während längerer Studienaufenthalten an bevorzugten Sextourismuszentren in Thailand und auf den Philippinen deutsche Sextouristen erlebt – auch Zivis sind ihr dort begegnet.**

Sextourismus, so bezeichnet man das traurige und abstoßende Phänomen, daß Männer aus Industrieländern in großen Massen in Länder der „3. Welt“ reisen, um dort Sex mit Frauen und Kindern zu haben. Hauptbetroffen ist vor allem Südostasien, d.h. Thailand und die Philippinen, aber auch Südkorea, Sri Lanka und in geringem Ausmaß auch Kenia, Brasilien u.a. Die beteiligten Männer kommen aus den USA, aus den westeuropäischen Ländern – und hier wiederum vor allem aus Deutschland –, aus Japan und Australien.

### Der Krieg als Vater des Sextourismus

Der Sextourismus als Massenphänomen begann in Südostasien mit dem Vietnamkrieg. Die amerikanischen Soldaten hatten das Recht, in regelmäßigen Zeitabständen zum Wiederaufbau ihrer Kampfkraft in nahegelegene Erholungsgebiete ausgeflogen zu werden. Nach dem Abzug großer Teile des amerikanischen Militärs traten die Touristen die Nachfolge der amerikanischen Soldaten als Sexkonsumenten an. Städte um die amerikanischen Militärbasen, z. B. auf den Philippinen und in Südkorea, sind nach wie vor riesige Zentren der Prostitution.

Das heutige Ausmaß, die heutigen Formen der Prostitution haben entgegen mancher Behauptungen mit der Tradition der Zielländer des Sextourismus nichts zu tun. Ob im buddhistischen Thailand, auf den katholischen Philippinen oder im konfuzianisch geprägten Korea – überall herrscht eine strenge Sexualmoral und Prostitution ist verboten. Man geht davon aus, daß es z. B. in Thailand in den 50er Jahren etwas über 20 000 Prostituierte gab und heute dagegen mehr als eine Million. Ähnlich verlief die Entwicklung auf den Philippinen. Auch in Korea schätzt man die Zahl der Prostituierten auf über eine Million!

Das Anwachsen der Prostitution ging mit einer

## Sextourismus

Politik einher, die sich nicht an den Interessen der Gesamtbevölkerung orientiert. Vor allem die Entwicklung der Landwirtschaft wurde von den Regierungen vernachlässigt. Exportorientierte Landwirtschaft bei sinkenden Preisen auf dem Weltmarkt brachte viele Bauern an den Rand der Existenz. Ein Großteil der Landbevölkerung verarmte, verschuldete sich, wurde landlos. Es kam zu Abwanderungen in die Städte.

Töchter werden zu einem großen Verantwortungsgefühl gegenüber der Familie erzogen. Wenn die Existenz der Familie nicht mehr gesichert ist, sehen auch sie sich gezwungen, neue Erwerbsmöglichkeiten in den Städten zu suchen. Manche finden Arbeit in der Fabrik, als Kellnerin oder als Hausmädchen in einer reichen Familie. Was sie dabei verdienen, reicht häufig kaum für sie selber. Viele sehen sich gezwungen, in die Prostitution einzusteigen, um die Familie unterstützen zu können.

Aus der anfänglichen Prostitution aus Armut kann unter Umständen später eine Prostitution für den Konsum werden, weil man nur so am Leben, das die Touristen aus den Industrieländern demonstrieren, zumindest ein bißchen teilhaben kann. Manche Mädchen werden aber auch, z. T. im Kindesalter, in die Prostitution gezwungen. Es gibt z. B. im Norden Thailands Gebiete, in denen nahezu jede Familie eine Tochter in der Prostitution hat.

Mit der Prostitution geht ein hohes gesundheitliches Risiko einher, durch Aids – die meisten Sextouristen weigern sich, Kondome zu benutzen – und andere Geschlechtskrankheiten. Häufige Behandlungen mit Antibiotika zehren den Körper aus. Prostitution wird sehr schuldgefühlsbeladen erlebt. Manche Frauen zerbrechen daran, anderen gelingt es, sich irgendwie damit abzufinden. Vor Sexshowauftritten werden häufig Mittel mit dämpfender Wirkung benutzt, z. B. Klebstoffschmuffeln.

### Wer sind die Sextouristen aus Deutschland?

Den typischen Sextouristen habe ich nicht finden können. Da gibt es 16- bis 80jährige Männer, dicke und dünne, häßlich und attraktiv aussehende, alle Berufsgruppen und Einkommensstufen sind vertreten und alle politischen Einstellungen. Während eines Aufenthalts in Südostasien traf ich auch einige ZDL in den Rotlichtvierteln.

Weit weg von zuhause, ohne soziale Kontrolle, werden alle Skrupel über Bord geworfen. Rechtfertigungsgründe für das eigene Verhalten werden konstruiert. Viele halten sich z. B. für die Ausnahme. Manche sagen: „Ich bin doch kein Sextourist im eigentlichen Sinne. Ich bezahle doch sehr gut.“

Andere sagen: „Ich behandle die Frauen doch viel besser.“ Wieder andere bilden sich ein: „Das hat doch nichts mit Prostitution zu tun – das ist doch nur ein netter Urlaubsflirt“. Die meisten fühlen sich gar als Entwicklungshelfer: „Die Frau braucht doch das Geld für ihre Familie – ich tue also etwas Gutes damit“.

Vermarktet werden asiatische Frauen in Medien und Werbeträgern über das Klischee der sanften, anschniegenden und unterwürfigen Asiatin, die bereit ist, dem Mann jeden Wunsch von den Augen abzulesen.

In den Rotlichtvierteln Südostasiens kann man beobachten, wie die Sextouristen von den Frauen verwöhnt werden, gelegentlich bis hin zum Einlöffeln des Essens. Als ich deutsche Sextouristen fragte, warum sie sich das Essen einlöffeln ließen, war die Antwort: „Das ist eben die asiatische Kultur“. Als ich die Frauen fragte, warum sie den Kunden das Essen einlöffeln, sagten sie: „Das mögen die europäischen Männer“.

### „Abwechslung ist immer gut“

Was sind die Ursachen für den Sextourismus in unserer eigenen Gesellschaft? Umfassende Untersuchungen sind mir nicht bekannt. Von den Sextouristen bekam ich häufiger zu hören: „Deutschland ist gut zum Arbeiten und Geld verdienen. Leben kann man da nicht“. Das Leben versuchen sie im Urlaub nachzuholen. Manche Männer haben auf ihre Ehefrauen und Freundinnen geschimpft. Andere meinten, daß sie mit der Ehe und der Beziehung ganz zufrieden seien, aber Abwechslung sei immer gut.

Das Klischee der Asiatin in unseren Medien hat mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun – Lächeln in Südostasien beispielsweise muß nicht Heiterkeit bedeuten, es kann auch ein Zeichen für Unbehagen und Distanz sein – wird jedoch erfolgreich in der Werbung für Reisen oder in der sog. Heiratsvermittlung eingesetzt.

Mit Asien wird Abwechslung und Abenteuer und mit der Asiatin Natürlichkeit versprochen – das zieht offenbar in unserer Welt zuhause, in der das Leben von Monotonie, Technik und Beton geprägt ist. Das Bild suggeriert Macht über eine Frau – in unserer Gesellschaft erleben wir strukturelle Ohnmacht und bei vielen Männern kommt offensichtlich der Wunsch auf, Ohnmacht durch Macht über eine Frau zu kompensieren. Das Klischee verspricht einen harmonisch-menschlichen Umgang – unsere Gesellschaft ist geprägt durch Zeit- und Leistungsdruck, menschliche Beziehungen sind schwierig geworden und Einsamkeitsgefühle sind weitverbreitet.

Der Sextourismus spiegelt Probleme unserer Gesellschaft: ein Konsumdenken und ein Frauenbild, das es möglich macht, daß Frauen wie Waren konsumiert werden.

Ein besonders erschreckendes Phänomen ist das rapide Ansteigen der Kinderprostitution, von 6- bis 13jährige Mädchen und Jungen, im Zusammenhang mit dem Sextourismus. Auch hier fallen die Deutschen besonders stark auf und Organisationen in Südostasien, die in diesem Bereich arbeiten, fordern uns auf, dagegen einzuschreiten und fragen zurecht: Was ist los in unserer Gesellschaft?

Susanne Lipka

Die Autorin ist Referentin für interkulturelle Arbeit der Ev. Frauenarbeit in Deutschland e. V. und arbeitet seit 1983 gegen Sextourismus und Frauenhandel. Veröffentlichung: „Das käufliche Glück in Südostasien“, 3. erw. Auflage 1989.

## „Wir wollen Eure D-Mark nicht!“

Vom „Aufstand der Bereisten“

Werner Schulz

*„Es wandelt niemand ungestraft unter Palmen, und die Gesinnungen ändern sich gewiss in einem Lande, wo Elefanten und Tiger zu Hause sind“*

J. W. v. Goethe

Es muß ein ziemlicher Schock für die deutschen Urlauber gewesen sein, die am 7. November 1987 im südindischen Bundesstaat Goa mit dem ersten Flug der Saison ankamen: Kaum waren sie in ihrer Condor-Maschine weich auf dem Flughafen Dabolim gelandet, da traf sie der demonstrative Empfang einiger Goaner wie ein harter Schlag ins Gesicht.

„Condor-Touristen, fliegt wieder zurück!“ stand da in deutscher Sprache auf Transparenten, und auf Flugblättern, die man den Ankömmlingen in die Hände drückte, hieß es: „Uns liegt nichts an Ihrem Geld!“

Von derartigen Vorkommnissen in den Urlaubsregionen war bis dato nirgendwo etwas bekannt geworden, und so machte der Protest der erst 1987 gegründeten Organisation „Jagrut Goenkaranchi Fauz / JGF“ (Wachsame Goaner) weltweit Schlagzeilen. In dem Flugblatt wurde den Touristen u.a. erklärt:

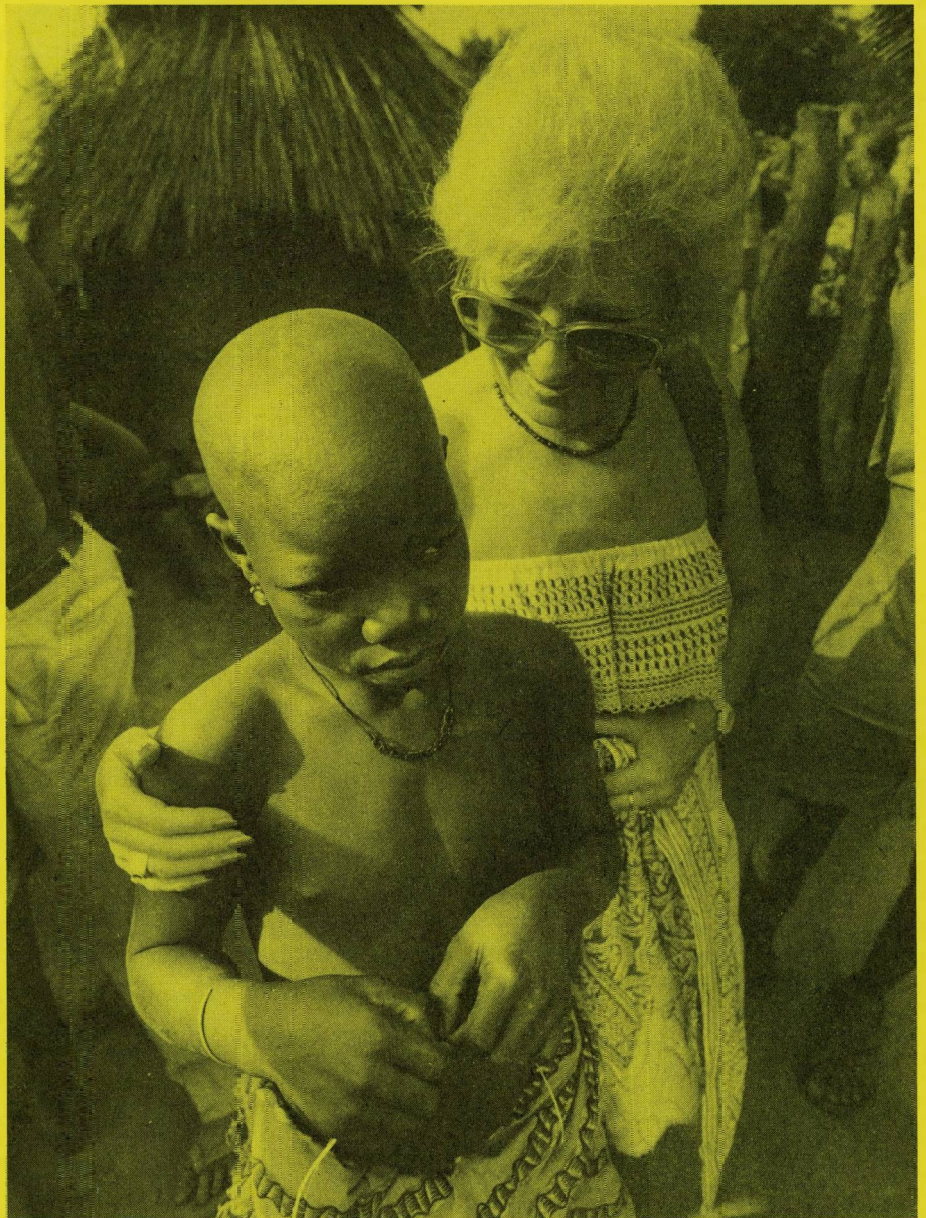
*„Wir haben nichts gegen Sie, weder als einzelne noch als Gruppe, aber Sie müssen wissen, daß Sie in Goa nicht willkommen sind. Unsere Gründe dafür sind: Goa und die Goaner profitieren nicht vom Chartertourismus, da die Organisatoren, in diesem Fall die Touristic Union International (TUI), die volle wirtschaftliche Kontrolle hat.*

*Selbst wenn wir profitieren würden, so wären Sie doch nicht willkommen in Goa. Die Luxus-hotels nehmen unseren Leuten, den Fischern, den Palmweinerzeugern, den Bauern und anderen das Land und ihre traditionelle Beschäftigung weg. Diese Hotels machen die Leute ärmer und drücken sie an den Rand. Das geschieht in Ihrem Namen, im Namen der Touristen.*

*Wir wissen, daß Sie Dollars und D-Mark ausgeben. Aber uns liegt nichts an Ihrem Geld. Außerdem sickert es gar nicht zur Bevölkerung durch. Die großen Hotels, unterstützt von der Regierung, entziehen dem Volk das Lebensnotwendigste, z.B. Wasser und Elektrizität. An Orten, wo die großen Hotels sind, bekommt die Dorfbevölkerung nur etwa eine Stunde Wasser, während z.B. das Tah Agoda Hotel pro Tag 66000 Gallonen, etwa 260 000 Liter Wasser bekommt. Indien hat Millionen sehr armer Menschen. Ihr superreicher Lebensstil ist vulgär und eine Verhöhnung der Armen.“*

Ein Jahr später wiederholten die Frauen und Männer der „wachsamen Goaner“ ihre Aktion und richteten den Protest diesmal an britische Chartertouristen. Gleichzeitig aber konzentrierten sie ihren Widerstand mehr und mehr auf die „Handlanger“ der Tourismusindustrie, die einheimische Landesregierung.

Mit einem breiten gewaltfreien Aktionsspektrum versucht die Bürgerinitiative die negativen Folgen und Belastungen des Tourismus



„Das Ressentiment gegen den Tourismus wächst“

Foto: Hugo Stamm (Touristin in Togo)

auch ins Bewußtsein der Verantwortlichen vor Ort zu tragen. Demos, Resolutionen, Petitionen, Sit-Ins, Hungerstreiks, Anzeigen, einstweilige Verfügungen ... Viel ist dabei bislang allerdings nicht herausgekommen.

Zu Beginn der Badesaison 1989 standen die Leute von JGF wieder am Flughafen, diesmal mit Transparenten und – leeren Eimern. Das Problem der Wasserknappheit außerhalb der Hotelanlagen ist nach wie vor akut.

Aber zumindest hier in der Bundesrepublik verhalte der Protest der Goaner nicht ungehört. „Die Bereisten proben den Aufstand“, so überschrieb eine Stuttgarter Wochenzeitung, die zum großen Teil von Reiseanzeigen lebt, ihren Bericht – und ein bißchen Angst und Verunsicherung klang da schon mit. Dabei sind die Goaner nicht die einzigen, die mit konkreten Aktionen demonstrieren, daß auch die Geduld der Gastgeber Grenzen kennt.

● Auf der Kanaren-Insel La Palma wurden Touristen im November 87 mit Tomaten beworfen und ebenfalls mit Transparenten und Flugblättern konfrontiert, auf denen eine einheimische Bürgerinitiative den Ausverkauf ihrer In-

sel an Fremde beklagte. Widerstandsgruppen in Spanien gibt es ebenso auf den Inseln Menorca, Mallorca und Lanzarote.

● Auf der griechischen Insel Folegandros bekamen die Rucksack-Touristen den Zorn der Bauern zu spüren. Monatelang hatten die hauptsächlich deutschen Alternativ-Urlauber eine Wasserstelle in Strandnähe belagert, sich dort geduscht und als Nacktbadende getummelt. Die Frauen der Bauern aber wagten sich nicht mehr an die Zisterne, um das Vieh zu tränken und die Pflanzen zu bewässern.

Nachdem gutes Zureden die Nackten partout nicht vertreiben konnten, betonierten die Bauern den Brunnen kurzerhand zu.

Noch äußert sich der „Aufstand der Bereisten“ gewaltfrei und in eher harmlosen Aktionen. Aber sollten diese Signale die Verantwortlichen nicht zum Umdenken bringen, dann könnte sich das schon sehr bald ändern. Der Dichter und Anwalt Cecil Rajendra aus Malaysia auf einem internationalen Seminar in Bad Boll: „Wir müssen uns bewußt werden, daß wir auf einem Vulkan sitzen; unter uns wächst und brütet das Ressentiment gegen den Tourismus“.

## Workcamps - Urlaub mal ganz anders



In den Workcamps wird nicht nur „gerackert“ – auch ein „Study-Teil“ gehört dazu.

Einen preiswerten Urlaub, in dem man Leute aus allen Ecken der Welt kennenlernt und in dem man zusätzlich noch etwas Sinnvolles tut – das bieten die Workcamps, die zum Beispiel der Service Civil International (SCI) anbietet.

Allerdings muß man einige Vorstellungen von Tourismus über Bord werfen, wenn man an einem Workcamp teilnehmen will: Faulenzen in der Sonne ist selten angesagt, und die Komfortvorstellungen müssen ziemlich niedrig angesetzt werden. SCI Workcamps finden in fast allen Ländern West- und Osteuropas, in Nordamerika, Afrika und Asien statt. (Afrika- und Asienreisen sind nicht im Programm ausgeschrieben. Bei Interesse an SCI direkt wenden.)

Die TeilnehmerInnen, meist Gruppen von 15 bis 20 Leuten aus den verschiedensten Ländern, arbeiten fünf bis sechs Stunden am Tag in einem Projekt und erhalten dafür freie Unterkunft und Verpflegung. Mindestalter: 16 (Inland), 18 (Ausland), 21 (Afrika, Asien).

Die Unterkünfte sind in der Regel einfach, man schläft in Zelten, in Schulen, in Tagungshäusern. Gekocht wird meistens von den CampteilnehmerInnen selbst. Für die Fahrt zum Camp und zurück sind die TeilnehmerInnen selbst verantwortlich, sie zahlen außerdem dem SCI eine Anmeldegebühr von ca. 90.– DM (Inland) bzw. ca. 120.– DM (Ausland), in der eine Kranken- und Unfallversicherung enthalten ist. Die Camps dauern in der Regel 2-4 Wochen.

Nun ist der Sinn dieser Workcamps natürlich nicht darin zu sehen, daß irgendwelche privaten Vereine billige Arbeitskräfte gestellt bekommen oder gar bezahlte Arbeitskräfte einsparen können. Die Idee, die der Gründung des SCI 1920 zugrunde lag, war vielmehr, einen internationalen Zivildienst als Alternative zum Militärdienst zu etablieren. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 1. Weltkrieges sollte unter dem Motto „Taten statt Worte“ praktische Friedensarbeit geleistet werden, etwa beim ersten SCI-Camp in Verdun.

Dieses Motto ist inzwischen etwas relativiert worden: In den Workcamps des SCI wird heute nicht nur geackert; in einem „Study-Teil“ beschäftigt sich die Gruppe nach der Arbeit mit Problemen der jeweiligen Region oder grenzüberschreitenden Fragen zu folgenden Bereichen: Ökologie, Frieden, Frauen, Antirassismus, 3. Welt, Behinderte, Kinderfreizeiten.

Zu den Themen des Camps: In der Bundesrepublik gibt es sehr viele Camps zum Thema Ökologie. Dieses Jahr liegt der Themenschwerpunkt im Rahmen einer Kampagne in der gesamten BRD beim Thema „Müll verweigern“ (Mülltrennung, Müllentsorgung ...). Andere



Das Emblem von SCI

Workcamps finden in den ehemaligen Konzentrationslagern Dachau und Neuengamme statt oder unterstützen kulturelle und soziale Initiativen in ihrer Arbeit. Die Camps im Ausland haben ähnliche Themenschwerpunkte.

Insgesamt wird der SCI in diesem Sommer über 500 Workcamps in 25 Ländern anbieten, so daß eigentlich für jeden Interessenten etwas dabei sein müßte – sowohl was das Reiseziel anbetrifft, als auch was das Thema des Camps angeht. Die Erfahrungsberichte der TeilnehmerInnen aus vergangenen Jahren zeigen jedenfalls, daß die Teilnahme an einem SCI-Workcamp eine bessere Möglichkeit zum Kennen- und Verstehenlernen anderer Länder und Menschen bietet als jede Pauschalreise.

Programme sind ab Mitte April (Bestellungen ab sofort) gegen DM 3.– in Briefmarken erhältlich bei:

SCI, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1,  
Tel.: 0228 / 21 20 86-87

**Übrigens:** Der SCI sucht jedes Jahr etwa 150 TeamerInnen, die in 1wöchigen Vorbereitungsseminaren für diese Tätigkeit qualifiziert werden. Die Leitung des Camps wird als Praktikum für pädagogische Studiengänge anerkannt.

## Workcamps, Jugendaustausch . . .

Neben SCI bieten auch verschiedene andere Organisationen die Möglichkeit eines Sozialdienstes im Ausland, z. B.

### EIRENE

Der Internationale Christliche Friedensdienst EIRENE hat Projekte in europäischen Ländern und in den USA. Arbeitsbereiche sind dort Frieden und Gewaltfreiheit, Versöhnung, Ökologie, Sozialarbeit mit Diskriminierten und Unterprivilegierten. Das Mindestalter beträgt 20 Jahre.

Weitere Informationen gibt es bei: EIRENE, Engenser Str. 74 b, 5450 Neuwied 1.  
Tel. 02631 / 2 20 11

### Aktion Sühnezeichen

Auch die Aktion Sühnezeichen bietet Freiwilligen die Mitarbeit an Projekten für Versöhnung der Völker an.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V., Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12, Tel. 030 / 31 02 61

### Jesuiten

JEV: Jesuit European Volunteers ist eine vom Jesuiten-Orden getragene Organisation. Unter den Grundlinien „Einsatz für Gerechtigkeit, Spiritualität, Gemeinschaft und einfacher Lebensstil“ leben und arbeiten junge Erwachsene ab 20 Jahre mit Menschen in Not. Adresse: Jesuit European Volunteers, Kaulbachstr. 31 a, 8000 München 22

### Weitere Anschriften:

Internationaler Christlicher Jugendaustausch, ICJA e. V., Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2, Tel. 0202 / 50 10 81

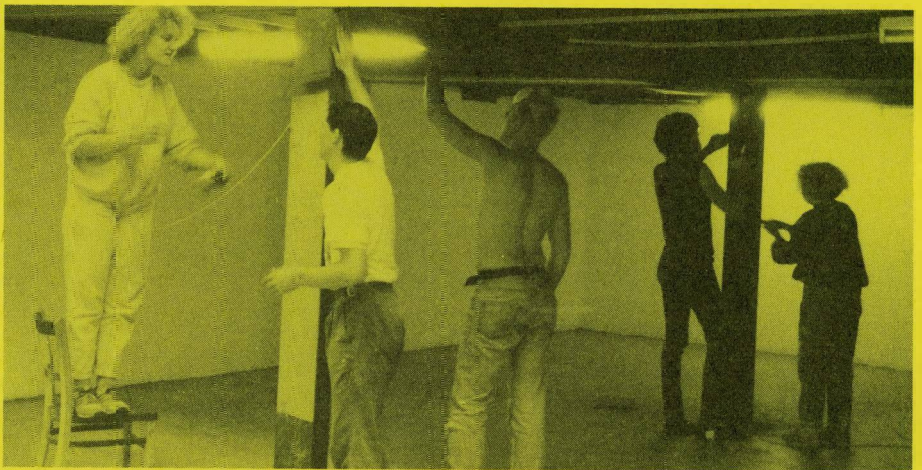
Christlicher Friedensdienst e. V. (CFD), Rendelerstraße 9-11, 6000 Frankfurt/M 60

(1991 insbesondere: Begegnungsreisen in die Russische Föderation, Belorußland, Baltikum, Ukraine sowie Friedenskreuzfahrten auf Dnepr und Wolga)

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik und West-Berlin e. V. (aej), Porschestra. 3, 7000 Stuttgart 40

Eine „Übersicht über Chancen des persönlichen Engagements im Ausland“ enthält noch mehr Adressen und ist erhältlich bei:

Arbeitsgemeinschaft f. Entwicklungshilfe e. V. (AGEH), Theodor-Hürth-Str. 2-6, 5000 Köln 21, Tel. 0221 / 8 89 60



Sinnvolle Arbeit und internationale Begegnungen – in den Workcamps kein Problem.

Fotos: SCI

### Fakten Zahlen Tips

#### Sonne, Strand – und mehr

100 Millionen Urlauber tummeln sich jährlich am Mittelmeer. Über das bedrohte Ökosystem des Mittelmeeres ist im Zusammenhang mit den Algenteppichen breit berichtet worden. Das „mare nostrum“ entspricht zwar nur knapp einem Prozent der Weltmeeresfläche, enthält aber bereits 50 % des auf den Weltmeeren treibenden Öl- und Teerschmutzes. Acht Zehntel der Abwässer aus den Küstenregionen (insges. 430 Milliarden Tonnen/Jahr) fließen ungereinigt ins Meer. Thunfische im Mittelmeer enthalten dreimal soviel Quecksilber wie ihre Artgenossen im Atlantik.

#### Der Berg ruft:

Jedes Jahr strömen 40 Millionen Touristen aus ganz Europa in die Alpen. Sie bleiben im Durchschnitt 7 Tage. Dazu kommen 2 Mio. Wochenendausflügler und 60 Mio. Tagesgäste in jedem Jahr. 30-40 % sind Winterurlauber, denen 40 000 km Skipisten und allein in den Schweizer Alpen 1 800 Skilifte zur Verfügung stehen. Pro Jahr verbrauchen die Schweizer Lifte mehr Energie als 1 Mio. Menschen für ihren privaten Bedarf.

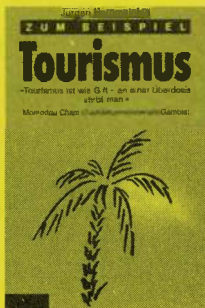


#### Bücher zum Thema

„Zum Beispiel Tourismus“, Jürgen Hammelehle, Lamuv-Verlag, Göttingen 1990, 96 Seiten.

„Sanfter Tourismus“, Jürgen Hasse/Frauke Schumacher, Verlag für Umweltforschung, Bunderhee 1990, 130 S.

„Ferntourismus – Bausteine für Unterricht und Bildungsarbeit“, (aus der Reihe 'explizit-Unterrichtsmaterialien') von Ludmila Tüting, Horlemann Verlag, Unkel/Bad Honnef 1990, 50 S.



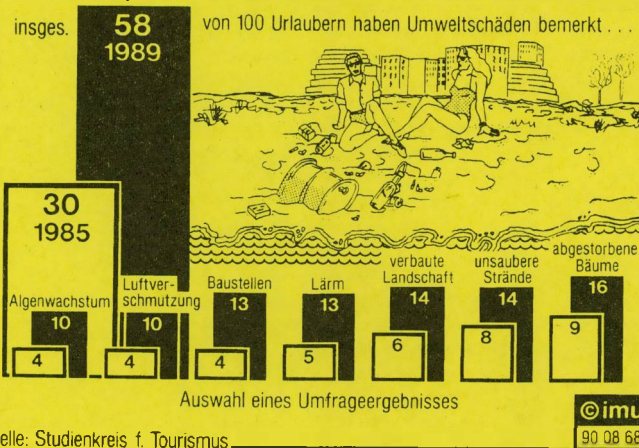
#### Verkehr(t)

Rund 40 % unserer frei verfügbaren Zeit verbringen wir nach Angaben des Tourismusforschers Jost Krippendorf mobil, 10 % in den Ferien, 30 % mit Naherholung außer Haus. Jeder 2. PKW-Kilometer, so eine Berechnung des Starnberger Studienkreises für Tourismus, wird bei uns für Freizeit und Erholungszwecke verwendet. Bahnfahren wäre umweltfreundlicher: Ein Reisezug leistet etwa so viel wie 175 PKWs, benötigt aber nur 10 % der Energie. Dennoch ist der Marktanteil der Bahn bei den Urlaubsreisen auf 8 % geschrumpft, 1954 waren es noch 56 %. 1989 traten 59 % der Urlauber ihre Reise mit dem Auto an und immerhin 20 % mit dem Flugzeug. Allein in Frankfurt werden an Spitzentagen im Sommer 100 000 Passagiere bei den An- und Abflugkontrollen gezählt (1988 insges.: 27 Mio.). Für das Jahr 2000 rechnet man in Frankfurt mit 37 Mio. Passagieren, mit



mehr als 43 Mio. für das Jahr 2005. Fliegen allerdings ist mit sehr hohem Energieverbrauch verbunden: Zwischen 3 000 und 5 000 l Treibstoff verbraucht ein mittleres Flugzeug pro Stunde, das macht bei einem 10stündigen Flug etwa 300 l Treibstoff pro Person.

#### Umweltprobleme trüben Urlaubsfreuden



Quelle: Studienkreis f. Tourismus

„Frei-Zeit, Fantasia und Realität“, Uli Mäder, rotpunktverlag, Zürich 1990, 194 Seiten.

„Vom Kolonialismus zum Tourismus – von der Freizeit zur Freiheit“, Uli Mäder, rotpunktverlag, Zürich 1988, 211 Seiten.

„Der neue Tourismus, Rücksicht auf Land und Leute“, Ludwig/Has/Neuer, Beck'sche Reihe, München 1990, 169 Seiten.



#### Filme zum Thema

„Sonne der Hyänen“, Tunesien/Niederlande 1977; Buch und Regie: Ridha Behi; Farbe, 103 min., 16mm, arab. mit deut. Untert.; Verleih: Landesbildstellen und Evang. Medienzentralen. (s. a. S. 16/17)

„Der Ausverkauf der Paradiese. Zum Beispiel: Goa“, Dokumentarfilm, 20 Min, Video. Verleih: EZEF/Matthias-Film, Gänsheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1

Reihe „Blickwechsel“. Dokumentarfilme, 20-30 Min. (Sri Lanka, Mexiko, Kenia, Jamaica, Marokko). Verleih: Landes- und Kreisbildstellen.

#### Sympathie Magazine

Seit mehr als 25 Jahren erarbeitet der Starnberger Studienkreis für Touristik e. V. (StfT) wissenschaftliche und praktische Lösungsvorschläge zur Freizeit- und Urlaubsproblematik, zu Fragen der Erholung, Bildung, Begegnung und Verständigung. Als nützliche Hilfe für Urlauber bietet der StfT für viele Reiseziele die „Sympathie Magazine“ an, die beim Reisenden Interesse und Verständnis für das Reisezielland wecken wollen. Die Magazine ermöglichen Einblicke hinter die „touristischen“ Kulissen, vermitteln aktuelle Hintergrundinformationen, landestypische Einblicke in Spezielles und Alltägliches und machen Mut, weitere Fragen an andere und an sich selbst zu richten. Infos bei: Studienkreis für Tourismus e. V. Postfach 16 29 8130 Starnberg



# Wut - Graffiti - Intime

## Karl Valentin: Vater und Sohn über den Krieg

SOHN (zehn Jahre alt): Du, Vata, gell, der Krieg is was Gefährliches?

VATER: Freili, des is das Gefährlichste, was es gibt!

SOHN: Warum wird dann immer wieder Krieg geführt, wenn er so gefährlich is?

VATER: Ja mei! Es heißt halt, solange es Menschen gibt, gibt es Kriege.

SOHN: Gell, Vata, wenn a König oder a Kaiser an König oder an Kaiser von einem anderen Land beleidigt, kummt a Krieg?

VATER: Naa, naa – so einfach is des net. Da müssen schon die Kriegsmi- nister und der Kriegsrat gefragt werdn.

SOHN: Wenn dann der Herr Kriegs- rat den Krieg will, dann kommt a Krieg?

VATER: Nein – dann wird erst vor- her noch der Reichstag einberufen, und die Parteien entscheiden dann über Krieg oder Frieden!

SOHN: Sind das solche Parteien, wie die bei uns im Haus wohnen?

VATER: Hah! Dummer Bua – das sind politische Parteien, die vom Volk gewählt wurden!

SOHN: Wird dann das Volk auch ge- fragt, ob wir an Krieg wolln oder nicht?

VATER: Nein! 's Volk wird nicht gfragt, denn das Volk sind ja die Par- teien, weil das Sechzig-Millionen- Volk im Reichstagsgebäude keinen Platz hätte – deshalb hat das Volk seine Vertreter!

SOHN: An Hämmerle Maxe sei Vata is aa a Vertreter!

VATER: Naa, Bua – des is ja nur a Vertreter von einer Zigarettenfabrik.

SOHN: Kriegst von dem koane Ziga- retten?

VATER: Naa! In Kriegszeiten braucht man keinen Vertreter, weil die Waren knapp sind!

SOHN: Du, Vata, werdn die Soldaten auch gfragt, ob s' an Krieg wolln?

VATER: Naa! Die Soldaten werden nicht gfragt, die müssen in den Krieg ziehn, sobald er erklärt ist – mit Ausnahme der Freiwilligen.

SOHN: Müssen die Freiwilligen auch schießen im Krieg?

VATER: Nein – ein Freiwilliger muß nicht, der schießt halt, weil im Krieg geschossen werden muß.

SOHN: Dann müssen s' ja doch!

VATER: Aber nur freiwillig muß er!

SOHN: Gell, Vata, die Gewehre, die Kanonen, die Fliegerbomben und alle die Kriegswerkzeuge, die laßt alle der Kaiser machen?

VATER: Natürlich.

SOHN: Die sind teuer, gell, Vata?

VATER: Die sind freilich teuer, die kosten viele, viele Milliarden.

SOHN: Der Kaiser kann s' aber leicht zahln, weil er reich is.

VATER: Der is freili reich, der Kaiser is der reichste Mann im ganzen Land.

SOHN: Von was is denn der Kaiser so reich worn, Vata?

VATER: Durch sein Volk – durch die vielen Steuern.

SOHN: Aber dem Kaiser sei Volk is net reich.

VATER: Nein, das nicht, aber das macht die Masse. Wenn zum Bei- spiel von den sechzig Millionen Men- schen nur jeder eine Mark Steuer im Jahr zahl, sind es schon sechzig Millionen Mark.

SOHN: Ghörn die sechzig Millionen dann dem Kaiser?

VATER: Nein, die ghörn dem Staat, und vom Staat kriagt der Kaiser dann auch etwas, aber vielleicht nur fünf Millionen, so viel, daß er halt mit seiner Familie gut auskommt.

SOHN: A paar Millionen? Gell, Vata, soviel verdienst du als Arbeiter nicht?

VATER: Naa – i verdien im Jahr net ganz zweitausend Mark.

SOHN: Aber als Rüstungsarbeiter hast scho mehra verdient?

VATER: Ja, das war aber nur wäh- rend dem Krieg!

SOHN: Gell, Vata – wegen dem Ver- dienst wär der Krieg scho recht?

VATER: Eigentlich schon -- aber -

SOHN: Was: aber?

VATER: Lieber weniger verdienen und im Frieden leben wär halt doch schöner.

SOHN: Ja, Vata, wennst du und deine Arbeitskameraden nie in einer Rüs- tungsfabrik arbeiten tätn, dann gäb es doch keine Waffen – dann wär doch immer Frieden, weil man ohne Waffen keinen Krieg führen kann.

VATER: Ja, ja, da hast du schon recht – aber das müssen alle Arbei- ter auf der ganzen Welt beherzigen.

SOHN: Warum tuan s' das nicht?

VATER: Mei, Bua – du bist noch so jung – das verstehst noch nicht, wenn ich dir das auch erklär – die Ar- beiter werden von den Kapitalisten überlistet.

SOHN: Was ist des – überlistet?

VATER: Überlistet? Es wird künst- lich eine Arbeitslosigkeit erzeugt – wenn die Arbeitslosigkeit nach eini- gen Jahren den Höhepunkt erreicht hat, steht schon im Hintergrund der Krieg.

SOHN: Was is nacha?

VATER: Dann werden wieder Arbei- ter gesucht.

SOHN: Dann werden die Arbeiter wieder froh sein, wenn s' a Arbeit kriegen.

VATER: Viele Millionen Arbeiter ar- beiten dann wieder in Fabriken und machen die Teile für fünf Millionen Nähmaschinen.

SOHN: Nähmaschinen? Du, Vata, zu was braucht man denn im Krieg Nähmaschinen?

VATER: Des wird den Arbeitern nur vorgetäuscht – in Wirklichkeit wer- den es lauter Maschinengewehre.

SOHN: Glauben des die Arbeiter? Wie is des dann bei den Riesen-Ka- nonenrohren?

VATER: Da wird den Arbeitern vorge- täuscht, das werden lauter Fernroh- re für die Sternwarte.

SOHN: Geh, Vata, so einen plumpen Schwindel kann man doch keinem Arbeiter vormachen.

VATER: Freilich ist das nicht faßbar – aber die Kanonenrohre sind da, also haben s' die Arbeiter doch ge- macht!

SOHN: Hast du auch den Schwindel geglaubt?

VATER: Haha – ich hab sofort ge- merkt, daß das Waffen werden für den Krieg.

SOHN: Warum hast du dann nicht gestreikt?

VATER: Ich allein kann doch nicht streiken – wenn schon, dann müs- sen alle Arbeiter der ganzen Welt so- fort in den Streik treten und keine Waffen mehr machen, dann wäre gleich Schluß mit den unseligen Kriegen.

SOHN: Warum tun das dann die Ar- beiter nicht?

VATER: Mei, Bua, redst du dumm daher. Wenn i damals nach der gro- ßen Arbeitslosigkeit net in der Rüs- tungsfabrik gearbeitet hätt, wären wir, ich, die Mutter und du, verhun- gert und die anderen Arbeiter auch.

SOHN: Ja, du hast ja doch gearbei- tet, und trotzdem müssen wir heute auch bald verhungern.

VATER: Naa, naa – so schlimm wird's nicht werden.

SOHN: Wenn aber wieder a Krieg kommt, täst du dann auch wieder für die Rüstung arbeiten?

VATER: Ja mei, wenn s' uns wieder überlisten, dann geht's uns wieder so wie beim letzten Krieg.

SOHN: Aber Vata, wenn das so ist, wie du mir das alles erklärst, gibt es ja niemals einen ewigen Frieden auf der Welt.

VATER: Niemals – deshalb heißt es ja doch: Solange es Menschen gibt, gibt es Kriege.

SOHN: Menschen? Nein, Vata – in dem Fall müßte es heißen: Solange es Arbeiter gibt, gibt es Kriege.

VATER: Nein, es muß heißen, solan- ge es solche Schwindler gibt, die die Arbeiter immer wieder anschwün- deln, solange gibt es Kriege.

SOHN: Dann ist ja der Schwindel schuld an den Kriegen.

VATER: Ja, so ist es – und diesen Schwindel heißt man internationa- len Kapitalismus.

SOHN: Kann man den denn ausrot- ten?

VATER: Nein! Höchstens mit Atomb- omben, die die ganze Welt vernich- ten!

SOHN: Gell, Vata – aber der wunde Punkt is halt der: wer macht zum Schluß die Atombomben?

VATER: Natürlich auch wieder die Arbeiter.

SOHN: Wenn sich aber die ganzen Arbeiter auf der Welt einig wären, gäb's dann auch noch an Krieg?

VATER: Nein – dann nicht mehr – das wäre der ewige Friede.

SOHN: Aber gell, Vata – die werden nie einig.

VATER: Nie!

(aus: „Alles von Karl Valentin“, R. Piper u. Co Verlag, München/Zürich 1978)



# Mit Gebeten gegen Atombomben

Von Jürgen Fleischer

**Es ist ein wüstes und leeres Land, im Sommer unerträglich heiß, im Winter empfindlich kalt. Und trotzdem findet um die Wüste Nevada eine unerbittliche Auseinandersetzung statt: Indianer verteidigen sich gegen die Großmacht Amerika. Früher kämpften sie mit Pfeil und Boden gegen Gewehre. Heute mit Gebeten gegen Radioaktivität. Die unterirdischen Atomtest-Bunker werden nämlich, entsprechend offizieller Anweisung des Energieministers, immer dann „entlüftet“, wenn der Wind in Richtung Nordosten weht, wo die Indianer-Reservate sind.**

*„Ich gehe nicht so weit zu sagen, daß nur tote Indianer gute Indianer sind. Aber ich glaube, daß das für neun von zehn Indianern gilt. Und was den zehnten angeht, so will ich den Fall nicht näher untersuchen.“*

Theodore Roosevelt, US-Präsident von 1901 bis 1909

Es ist eine Fahrt, bei der die Gesetze von Raum und Zeit scheinbar aufgehoben sind. Unbeschreiblich langsam, so kommt es uns vor, schiebt sich unser Auto über den Highway 96. Punkte, an denen man sich orientieren könnte, gibt es nicht. Der Boden ist lehmig, überwuchert von verdorrtem Gras. Der Himmel ist blaugrau, verhangen mit Wolkenfetzen. Die Straße zieht sich als geradliniger Strich aus Beton durch die Wüste. Rechts und links scheinen kleine, nackte Felsen aus dem Boden zu wachsen.

Diejenigen, die seit 10 000 Jahren hier leben, verehren dieses Land. Sie sind immer nur dann zur Jagd gegangen, wenn sie Fleisch für ihre Familie brauchten. Sie entschuldigten sich bei der Erde, wenn sie ihr etwas weggenommen haben. Sie entschuldigten sich für jede geraubte Pflanze und jedes erbeutete Tier. Als Ausdruck ihres Respekts vor der Natur vergruben sie Schmuck, eine Münze oder einen Büschel ihres Haars an der Stelle, wo sie die Erde bestohlen haben.

Auch diejenigen, die vor knapp 150 Jahren zum ersten Mal hierher kamen, lieben heute dieses Land. Denn hier kann man ungestört Atombomben und Kampfflugzeuge testen, Atom Müll entlagern und Uran abbauen.

„Wichtige wissenschaftliche Experimente“, so der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan, „die die USA zu dem gemacht haben, was sie heute sind.“ Und wo anders sollte man diese „Experimente“ auch durchführen als in dieser abgelegenen Gegend, wo niemand lebt, außer Rindern, Pferden, Schafen ... und Indianern.

Rund 80 Kilometer entfernt vom Reservat der Shoshone- und Navajo-Indianer liegt die Stadt Las Vegas mit 130 000 Einwohnern. Der einzige Ort im puritanischen Amerika, wo Glücksspiele erlaubt sind. Die Menschen, die

in Las Vegas wohnen, leben vom Glücksspiel; diejenigen, die Las Vegas besuchen, fürs Glücksspiel. Nicht wenige hier sind regelrecht vergnügungssüchtig. Viele schlafen am Tag in klimatisierten Motels, wenn es draußen sowieso zu heiß für irgendwelche Aktivitäten ist. Und sie leben nachts, wenn das grelle Licht der Werbeschilder und Spielcasinos die Stadt zu einer leuchtenden Oase inmitten der dunklen Wüste werden läßt.

Als am 27. Januar 1951 in Nevada die erste Atombombe gezündet wird, bringt das den gewohnten Rhythmus in Las Vegas durcheinander. Überall auf den Hochhäusern werden Dachgarten-Partys gefeiert – und das schon am Tage. Mit Feldstechern ausgerüstet warten die Gäste auf den Atompilz am Himmel, der den ohrenbetäubenden Krach der Explosion begleitet. Ein gigantisches Feuerwerk, besser als an Silvester.

Groß war der Protest von Seiten der Stadtverwaltung, als 1962 die Atombomben-Tests unter die Erde verlagert werden. Vorbei war das publikumsträchtige Spektakel der jährlich 10 bis 12 Atompilze am blauen, endlosen Horizont.

Mittlerweile ist die Stimmung umgeschlagen. Besorgt fragte die Stadtverwaltung des Amüsierstädtchens beim amerikanischen Wissenschaftsministerium an, welche gesundheitliche Schäden denn für die Bewohner von Las Vegas durch die Atombomben-Tests zu befürchten seien. Keine, war die Antwort. Zwar müßten die unterirdischen Bunker regelmäßig „entlüftet“ werden, damit man die Meßgeräte wieder neu einstellen kann. Aber dies geschehe nur, so versicherte die US-Atombehörde, wenn der Wind nach Nordosten – also weg von Las Vegas – weht.

Im Nordosten wohnen etwa 14.000 Menschen. Diejenigen, die entlang des Highway 96 ihre Stände aufgebaut haben, tragen Feder schmuck und nuckeln geduldig an langen Pfeifen. Sie zeigen sich so, wie ein Indianer eben auszusehen hat. Geduldig sitzen sie am Straßenrand und warten darauf, sich mit Touristen, die auf dem Weg nach Las Vegas sind, fotografieren zu lassen. Ein „Indianer-Foto“ fürs Familienalbum kostet zwischen 5 und 9 Dollar.

Die anderen tragen Turnschuhe, Jeans und T-Shirts, wohnen in Fertigbausiedlungen und haben Fernsehen mit Satellitenantenne, Schnaps und Porno-Videos. Sie sind zivilisiert. Arbeit finden sie in den Gold- und Uranminen, wo viele ihre Gesundheit lassen. Nur noch wenige können von der Landwirtschaft leben. Die Pinienwälder, deren Früchte jahrhundertlang das Grundnahrungsmittel der Shoshones und Navajos waren, sind längst verschwunden. Niedergewalzt von Bulldozern, um an Gold, Silber, Uran und Kohle heranzukommen.

Viele Indianer leben von der Sozialhilfe. Sie bekommen Lebensmittelkarten und können in modernen Supermärkten einkaufen. Sie sind teilweise abgestumpft, phantasie- und ideenlos, denken nicht an die Zukunft.

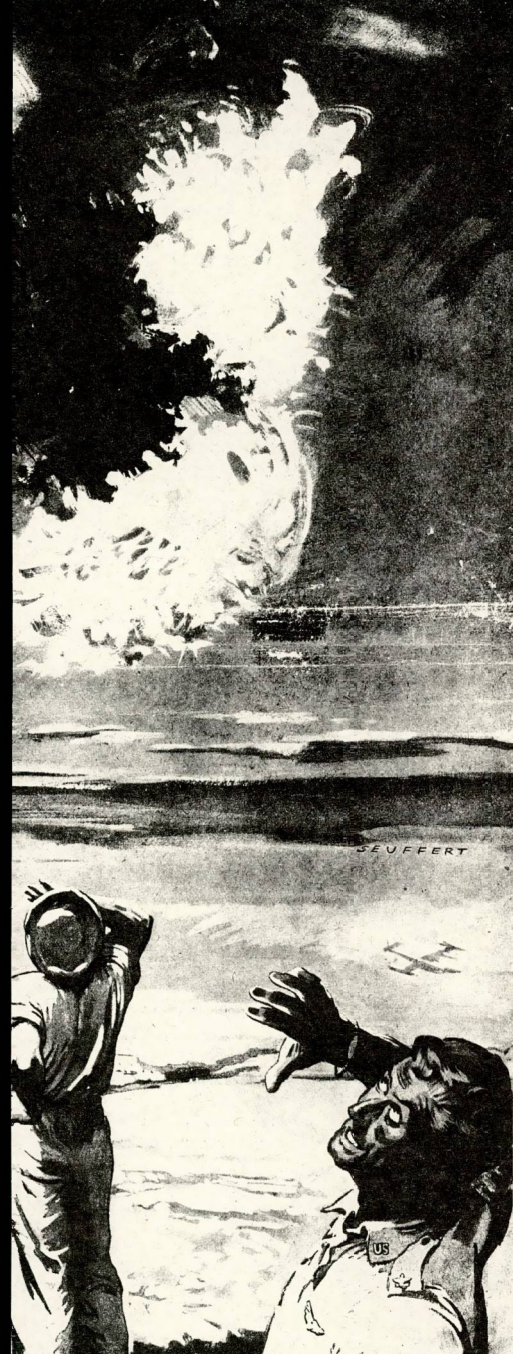
Adele Ratt lebt hier Zeit ihres Lebens. Die Frau, nach eigenen Aussagen ein bißchen älter als 50, hat in ihren Augen ein Funkeln, daß eine Mischung aus Verzweiflung und Wut widerspiegelt, ihrem Gesicht gleichzeitig aber einen



Oberirdischer Atomwaffentest mit freiwilligen Versuchsveröffentlichung: „Es ist alles gut gegangen“, keine Verstrahlung, keine Verstrahlung. (Zeichnung und Zitate aus: 'ZB', Z...



Las Vegas – keine hundert Kilometer vom Atomtestort



lebendigen Ausdruck verleiht: „Die Regierung brauchte keine Waffen, um uns unser Land wegzunehmen. Sie versprachen uns schöne Häuser mit Fernsehen. Sie versprachen uns gut bezahlte Arbeitsplätze beim Uranabbau. Sie versprachen uns, daß wir an dem Wohlstand der Weißen teilhaben könnten. Unser Leben wurde aber nicht besser, sondern schwerer. Es ist nicht unser Leben, das wir führen sollen. Und von der 'radiation' hat uns keiner etwas gesagt.“

Die 'radiation', wie die radioaktive Strahlung heißt, ist allgegenwärtig. Sie ist in jedem Baum, hinter jedem Strauch. Auf der Viehweide und im Fleisch. Sie ist in den Köpfen der Indianer, obwohl sie sie nicht begreifen können. Wie kann etwas schlimmer sein, das man nicht sieht, nicht fühlt, nicht hört und nicht schmeckt?

Im Jahr 1990 wurde das unterirdische Atomtestside-Gelände siebenmal 'entlüftet'. Siebenmal ging radioaktive Strahlung über dem Reservat der Shoshone-Indianer nieder. Die Zahl der Mißgeburten wächst. Jeder zweite Einwohner hat schwere Schilddrüsen-Probleme. Es gibt Kühe mit Krebsgeschwüren am ganzen Körper.

Die Zahl der Krebstoten in Nevada liegt um 40 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Das Umweltschutzamt in Las Vegas hat dafür auch schon eine Erklärung gefunden: Indianer rauchen zuviel – und Nikotin sei eben Auslöser von Krebs.

Weltweit wird über einen völligen Stopp der Atombomben-Tests beraten. Die Sowjetunion, die von 1985-87 einseitig und freiwillig auf Tests verzichtete, hat bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen, ein weltweites Test-Moratorium einzurichten. Ein Vorschlag, der bei der US-Regierung auf wenig Gegenliebe stößt. Auf einer NATO-Konferenz im November 1990 beschlossen die Mitgliedsstaaten, daß Atomwaffen auch für die Zukunft unverzichtbar seien. Und trotz der weltweiten Annäherung der Machtblöcke halten die USA an ihrem SDI-Programm fest. Um die ehrgeizigen SDI-Pläne verwirklichen zu können, werden in den nächsten Jahren in Nevada über 200 Atombomben-Tests durchgeführt. Bisher waren es allein hier 929 seit Ende des zweiten Weltkriegs, weltweit 1 838.

Jedes Jahr finden entlang des Highway 96 Demonstrationen statt. Weiße Umweltschützer und Indianer protestieren gemeinsam gegen die Atombomben-Tests. Die Shoshones haben bisher allen Versuchen der US-Regierung widerstanden, sich das Land abkaufen zu lassen. Sie wollen in Nevada bleiben, obwohl sie hier eigentlich gar nicht mehr leben können.

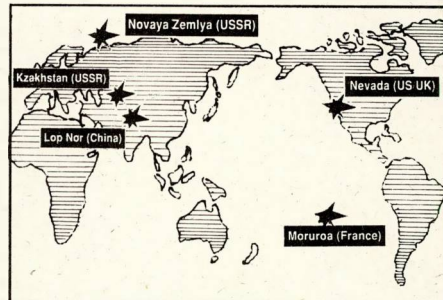
Ran Diaz, ein 43jähriger Rancher mit langen schwarzen Haaren, versteht die Welt nicht mehr, die die 'radiation' zerstört hat. „Früher“, so berichtet er, „da war es immer ein tolles Ereignis für die Kinder, wenn eine unserer Kühe gekalbt hat. Da hat sich die ganze Familie im Stall versammelt. Aber heute geht das nicht mehr.“ Er hält die Kinder nun lieber von einer Geburt fern. Zu groß ist der Schock, wenn sie mißgebildete Kälber mit verdrehten Augen, fünf Beinen oder verstümmelten Schwänzen sehen müssen.

Als die US-Regierung 1953 zum ersten Mal versuchte, den Indianern ihr Land abzukaufen, bestimmte sie selbst die Rechtsanwälte, die im Prozeß die Argumente gegen eine Zwangsentgeignung vorbringen sollten. Kurze Zeit später wurde von den Indianern eine Vereinigung gegründet, die vor Gericht für ihr Lebensrecht in Nevada kämpft. Bis heute erfolgreich. Auch das Angebot, das Land für 26 Millionen Dollar an die USA zu verkaufen, schlugen die Indianer

aus. Ihr Gebiet macht die Hälfte der Gesamtfläche Nevadas aus, hier gibt es zahlreiche Bodenschätze.

Adele Ratt und Ran Diaz sind sich einig: Auch in Zukunft wird der ungleiche Kampf in Nevada weitergehen. David gegen Goliath, Gebete und Mythen gegen Atombomben. Beide Seiten werden um das karge, endlose Land kämpfen. Die einen, weil sie neue Massenvernichtungswaffen testen, die anderen ganz einfach, weil sie leben wollen.

„Auch wenn unsere Enkel die Mutter Erde nicht mehr so lieben werden, wie ihre Großeltern: Sie werden trotzdem hierbleiben“, ist sich Adele Ratt sicher. Und wo sollten sie auch hingehen? ■



Die Atomtestgebiete

### Alle 9 Tage wird eine Atombombe gezündet

Die erste Atombombe nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 16.7.1945 in der Wüste von New Mexico gezündet. Von diesem Tag an begann eine unaufhörliche Bombardierung unseres Planeten mit Nuklearwaffen. Bisher haben die offiziellen Atommächte USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und China 1 838 Atomexplosionen durchgeführt. Das heißt, daß durchschnittlich alle 9 Tage irgendwo auf der Erde eine Atombombe gezündet wird.

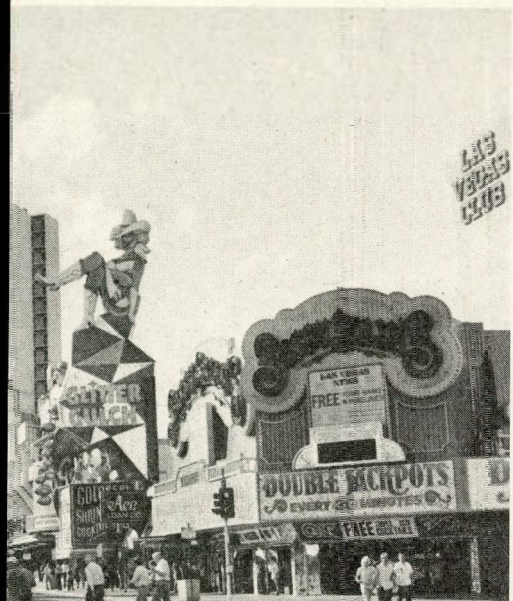
Nicht berücksichtigt bei diesen Zahlen sind die heimlichen Atommächte. Nach Erkenntnissen des US-Geheimdienstes CIA haben beispielsweise Südafrika und Pakistan im pazifischen Ozean ebenfalls Atombomben gezündet.

Seit 1963 haben sich die UNO-Mitgliedsstaaten darauf geeinigt, Atombomben Tests unterirdisch durchzuführen.

Auch bei unterirdischen Tests wird jedoch Radioaktivität in gefährlichem Maße an die Umwelt abgegeben. Die Test-Gelände müssen nämlich regelmäßig „entlüftet“ werden. Dabei rutschen nach Informationen der Friedensorganisation „American peace test“ radioaktive Gase, wie Xenon-133, durch die chemischen Filter. Außerdem gelang nach Schätzungen von Wissenschaftlern etwa bei jedem 10. Test Radioaktivität versehentlich und unkontrolliert in die Atmosphäre.

In den letzten beiden Jahren wurden insgesamt 44 Atombomben gezündet. Die Tests führten die USA (18 Explosionen in Nevada), Frankreich (14 Explosionen im Südpazifik), die UdSSR (8 Explosionen in Sibirien), China (2 in Lop Nor) und Großbritannien (2 in Nevada) durch. Die Gesamtsprengkraft aller bisherigen Atomwaffenversuche liegt bei 1 Milliarde Tonnen TNT. Das entspricht der Sprengkraft von rund 76 000 Hiroshima-Bomben.

sonen in Nevada, 1957. Als Ergebnis wurde in der BRD eine Erklärung bei den Menschen, also auch kein Grund für „die Schrift des Bundesluftschutzverbandes“



entfernt.

Foto: dpa

# Portrait



## Otto Umfrid, der „Friedenshitzer“

„Menschenblut zu vergießen, ist im täglichen Leben durch göttliches und menschliches Gesetz verboten. Was nun heute als verwerflich gilt, das kann nicht morgen, wenn die Kriegstrompete schallt, zur höchsten Ehre werden. Ein Menschenleben ist und bleibt heilig.“

Otto Umfrid, 1897



Julie und Otto Umfrid

Die Aktualität dieser Worte, nachgelesen in den ersten Tagen des Golfkrieges, wirkt verblüffend und erschreckend zugleich. Tröstlich allenfalls, daß der, der sie formulierte, die modernen Kriegstropeten dieser Tage nicht mehr mitanhören muß. Otto Umfrid, Stadtpfarrer von Stuttgart, starb am 24.5.1920.

Das „Hurra“ und „Gott mit uns“ Geschrei, mit dem seine vom Nationalismus und Militarismus geblendeten Zeitgenossen in den Wahnsinn des Ersten Weltkrieges zogen, hatte ihm im wahren Sinne das Herz gebrochen: Als „Gemütskranker“ und mit einem Augenleiden verbrachte er seine letzten Lebensjahre in einer Heilanstalt. 1914 war ihm die Verleihung des Friedensnobelpreises zgedacht, aber auch diesen Lichtblick, den er wahrhaftig verdient gehabt hätte, hat ihm der Krieg noch vereitelt. Geboren wurde Umfrid 1857 im württembergischen Nürtingen. Dort beschloß man im vergangenen Jahr eine Berufsschule nach ihm zu benennen – was freilich nicht ohne Querelen im Kreistag abging. Der Name eines konsequenten Pazifisten für eine Schule, das fanden Vertreter der CDU und der einzige Republikaner bedenklich. Schon zu Lebzeiten wurde Umfrid wegen seines unermüdlichen Engagements für die Sache der Gewaltfreiheit als „Friedenshitzer“ beschimpft. Auch ein Amtsbruder scheute sich nicht, ihn bei der Kirchenleitung wegen seiner Reden und Schriften zu denunzieren, was Otto Umfrid einen Verweis durch das königliche Konsistorium einbrachte. Von 1900 - 1920 war Umfrid Vizepräsident der deutschen Friedensgesellschaft, Herausgeber ihrer Zeitschrift „Völker-Friede“ und Autor zahlreicher Schriften und Bücher. Im Hinblick auf ihre aktuelle Bedeutung veröffentlicht wub hier einige Umfrid-Zitate im Wortlaut: W. Sch.

„Alle, die noch denken können, sollen mitarbeiten, die Friedensfrage zu lösen, den Krieg als Wurzel allen Übels aus der Welt zu schaffen.“

„Es mag sehr patriotisch scheinen, jährlich hunderte von Millionen in den Abgrund des Zerstörungswahns zu werfen, Schnellfeuergeschütze, Torpedos, Schiffskolosse in schwerer Menge anzuschaffen, um gegebenenfalls in der Lage zu sein, dem Wort der Diplomaten den gehörigen Nachdruck mit Kanonen geben zu können. Tatsächlich ist es viel patriotischer, die Millionen für die Bildung des bildungsdurstigen Volks, für die Linderung des Elends, für die Förderung der Gerechtigkeit zu verwenden und damit ein zufriedenes Volk zu schaffen, das sich selbst genügt.“

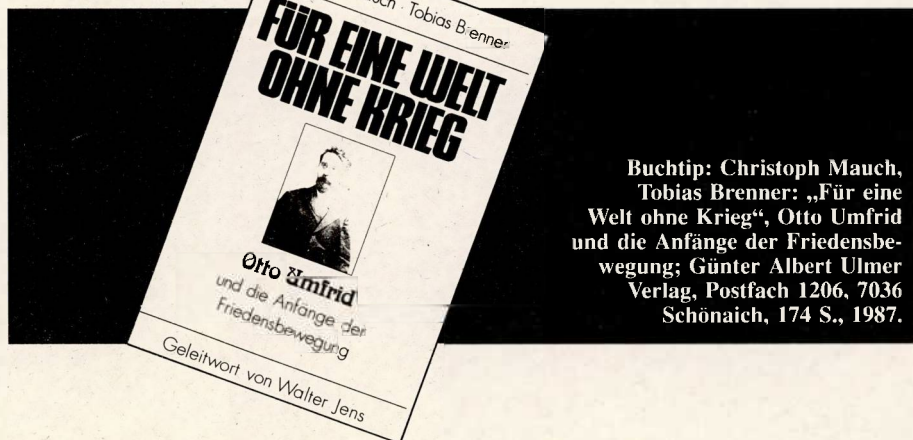
„Unsere Kultur beruht doch tatsächlich auf christlich-humaner Grundlage. Christlich ist der Schutz der Schwachen, christlich die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben; christlich Mitleid und Barmherzigkeit, christlich auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit anderen Völkern. Aber wo bleibt im Krieg der Schutz der Schwachen, da doch die Vergewaltigung an der Tagesordnung ist? Wo bleibt die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben, wo die Menschen geopfert werden, als ob es Rechenpfennige wären? Wo bleibt Mitleid und Barmherzigkeit angesichts der Grausamkeiten, die in jedem Krieg geschehen? ... Welch ein Gewissenswiderspruch, der zwischen unserem Bekenntnis und dem Krieg besteht!“

„Es ist doch auffallend, daß Juden und Christen, welche das Gebot „du sollst nicht töten“ kennen, im großen nie auf den Gedanken kamen, daß diese Gebote dem Massentodschatz, also auch dem Krieg, geradezu aufs schärfste widerspricht. Es war der Fehler der bisherigen Entwicklung, daß man alles, was im Namen Gottes von dem menschlichen Geschlecht gefordert wurde, auf das individuelle Leben zu beziehen pflegte und gar nicht daran dachte, wie die selben göttlichen Gesetze, mutatis mutandis, auch auf das öffentliche Leben anzuwenden seien. Das scheint mir nun der große Fortschritt unserer Tage gegenüber dem, was bisher war, daß sich das Christentum im öffentlichen Leben durchzusetzen sucht, daß Christus – wenn der Ausdruck gestattet ist – politisch werden will.“

„Es ist schmerzlich zu bedauern, daß bisher nur ein verschwindender Teil der deutschen evangelischen Theologen den Völkerfrieden öffentlich vertritt, daß wir diese praktische Gefolgschaft Jesu Christi der kirchenfremden Sozialdemokratie überlassen. (...) In manchen Kreisen scheint das ganze Christentum auf den Satz 'seid untertan der Obrigkeit' zusammenzuschrumpfen.“



Der von Umfrid herausgegebene Volkskalender „Der Friedensbote“



Buchtipp: Christoph Mauch, Tobias Brenner: „Für eine Welt ohne Krieg“, Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung; Günter Albert Ulmer Verlag, Postfach 1206, 7036 Schönaich, 174 S., 1987.



### KDV-Inventur '90

H. Janning, K. Pokatzky, H.J. Röder, P. Tobiasen (Hg.): Kriegs-/Ersatzdienst-Verweigerung in Ost und West, Klartext Verlag, Essen 1990, 400 S., DM 19.80

Besprochen von Friedhelm Schneider

„Wir wollen unsere Söhne niemals mehr in die Kasernen schicken, und wenn noch einmal irgendwo der Wahnsinn des Krieges ausbrechen sollte, dann wollen wir eher untergehen und dabei das Bewußtsein haben, daß nicht wir Verbrechen begangen und gefördert haben.“

Unter dem Eindruck des Golfkrieges bekommt dieses Wort eines prominenten deutschen Politikers besondere Aktualität – obwohl es vor mittlerweile 45 Jahren (am 10.2.1946) ausgesprochen wurde. Gefunden habe ich Carlo SCHMID's bemerkenswerte Aussage im ersten Beitrag des Bandes: Kriegs-/Ersatzdienst-Verweigerung in Ost und West (Essen 1990).

Die Herausgeber haben es unternommen, die vielfältigen Auseinandersetzungen um Wehr- und Dienstpflicht, KDV, Ersatz- und Friedensdienste in ihrer Entwicklung nachzuzeichnen. Auf 400 Seiten liefern mehr als 40 AutorInnen ihren Beitrag zu einer ebenso umfangreichen wie informativen Bilanz der inner- und außerdeutschen Diskussion: Ausgehend vom Schwerpunkt des Bandes, der (mit 230 Seiten) auf der bundesdeutschen Situation liegt, dokumentiert ein zweiter Teil (auf 110 Seiten) die Entwicklung in der ehemaligen DDR bis zur Zivildienst-Verordnung vom 20.2.1990; im dritten Teil werden (auf 50 Seiten) internationale Bezüge hergestellt.

Ich werde im folgenden einige persönliche „Lese Früchte“ herausgreifen, die vielleicht dazu anregen, selbst nachzuschlagen oder weiterzulesen:

Es ist bekannt, daß das Recht auf KDV in der Geschichte Westdeutschlands, statt positiv ausgestaltet und weiterentwickelt zu werden, zahlreiche Einschränkungen erfuhr (siehe u.a. JAN-NING S. 16 ff., WERNER S. 46 ff.). Das Bestreben, den Gewissensschutz der KDV zu garantieren, wurde schon sehr früh vom Bemühen überlagert, mutmaßlich „unechte“ Verweigerer von Anerkennung und Zivildienst fernzuhalten. Es ist spannend, dies – angefangen bei den Verhandlungen des parlamentarischen Rates – 'im Originalton' nachzulesen.

Wie sehr die Abschreckung „unlauterer Elemente“ (Abgeordneter VON MANGOLT, 1949) den „Ersatzdienst“ prägen sollte, belegen z. B. die 1960 veröffentlichten Gedanken eines zuständigen Regierungsrates:

„Der Einsatz etwa in einem Gelände, das mit radioaktiven Strahlen verseucht ist und in dem Blindgänger liegen, ist übrigens durchaus dem Fronteinsatz gleichzusetzen. Dasselbe gilt für Seuchenlazarette oder Verkehrseinrichtungen, die ... besonders den Tiefliegerangriffen ausgesetzt sind. Es ist daher auf die Dauer kaum zu befürchten, daß sich Drückeberger in den Ersatzdienst flüchten. Einstweilen freiwillig scheinen sich viele KDV derartiger Verwendungsmöglichkeiten nicht bewußt zu sein.“ (R. KREUZER, 1960/S. 40)

So kann es nicht verwundern, daß im April 1961 die Einberufung der ersten Ersatzdienstleistenden (ähnlich wie vier Jahre vorher die der ersten Wehrpflichtigen) auf sehr gemischte Gefühle gestoßen ist. Als konsequenter Gegner



„Die Frage ist also nicht: Bundeswehr oder Zivildienst? Sondern sie ist ganz zugespitzt auf die Kernfrage zu stellen: Kann ich das Töten im Kriege verantworten oder nicht? Darum geht es. Kriegsdienst mit der Waffe bedeutet nämlich letztlich, im Kriege Menschen töten zu müssen.“

Ungewollt aktuell – und unbedingt empfehlenswert: Die neue Broschüre „Wenn Christen den Kriegsdienst verweigern...“ Auch zum Weitersagen und Weitergeben an alle, die noch vor der Entscheidung stehen. Ausführliche Besprechung folgt in der nächsten wub.

Bezug: Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, EAK, Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1.

einer Ersatzdienstpflicht hat 1961 Theodor MICHALTSCHKEFF, Vorsitzender der „Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK-deutsche Sektion), formuliert:

„Von einem Menschen, der den Krieg für etwas rundweg Schlechtes, Verwerfliches und Unsittliches – für ein Verbrechen an der Menschheit ... hält, und der sich weigert, ... es zu begehen, kann man unmöglich verlangen, daß er für seine Nichtbegehung einen Ersatz, sei es in Form von Geld oder Arbeit, leiste. ... Von einem Ehemann, der sich aus seiner sittlichen und religiösen Scham heraus weigert, beispielsweise Ehebruch zu begehen, verlangt man ja auch nicht, daß er dafür irgend einen Ersatz leiste.“ (s.u.a. S. 98)

Wir verlassen den historischen Rückblick und spannen den Bogen zur Gegenwart, wo z.B. ganz unterschiedliche Zivi-Erfahrungen zu Wort kommen. Sie reichen von „20 geklauten Monaten“ bis zu „prägenden Erkenntnissen“ und einer als Bereicherung für die persönliche Entwicklung empfundenen Zeit. Weitere Themen sind u.a. die vom Gesetzgeber gewollte „lästige“ Ausgestaltung des Zivildienstes (FINCKH S. 58 ff.) und das weite Feld der Diskriminierung von KDVern im Vergleich zu aktiven oder ehemaligen Wehrdienstleistenden (TOBIASSEN S. 176 ff.); das „Job-Killing“ durch Zivis wird ebenso angesprochen (u.a. bei LORENZ S. 159 ff.) wie ihre Verflechtung mit der Gesamtverteidigung (TOBIASSEN u.a. S. 194 ff.) und die Problematik der Totalverweigerung (SCHÖFFMANN S. 209 ff., WERNER S. 218, ff.).

Als besonders interessant habe ich die **Perspektiv-Diskussion** über nötige und mögliche Änderungen im Zivildienst empfunden: Zur Sprache kommen sowohl weitreichende „Real-Utopien“ (SAATHOFF S. 96 ff.) als auch die folgenden Vorschläge für ein Sofortprogramm „Hier und Jetzt“ (TOBIASSEN/JANNING, S. 118 ff.):

„Die Dienste werden internationalisiert.“ „Es werden Anrechnungsmöglichkeiten für andere friedensfördernde Dienste und Arbeiten geschaffen.“ (Vielleicht ließe sich als Konkretion der letzteren Anregung ergänzen: Wer den besprochenen Band und einen Jahrgang wub durcharbeitet, bekommt wegen geleisteter friedensfördernder Bewußtseinsbildung 14 Tage auf die Zivildienst-Dauer angerechnet. . . )

Wie die vorangehenden Artikel, sind auch die Beiträge über die Entwicklung in der ehemaligen DDR materialreich und informativ. Besonders beeindruckt haben mich die Berichte, in denen ostdeutsche KDV'er die Erfahrungen ihrer Bausoldatenzeit oder ihrer Entscheidung, total zu verweigern, beschreiben. – Weitere Abschnitte widmen sich der kirchlichen Begleitung von Wehrpflichtigen und der Vorgeschichte der liberalen DDR-Zivildienstverordnung vom 20.2.90. Der Zivildienst wird hier als „sozialer Dienst am Volke“ oder – mit den Worten des Dresdener Jugendpfarrers H. BRETSCHNEIDER – als „Fürsorge für die Gesellschaft“ verstanden.

Daß der Zivildienst etwas anderes sein kann als die Fortsetzung der Wehrpflicht mit anderen Mitteln, dokumentieren auch einige **internationale Stimmen** im Schlußteil des Buches: Friedenspädagogische und -politische Arbeit von Zivis, z.B. in Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen, ist in Belgien, den Niederlanden und Frankreich möglich.

Das besprochene Buch stellt dar, was nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem Grundrecht auf KDV hätte werden können und doch aus vielerlei Gründen nicht geworden ist. Seine Autoren legen die Finger auf die zahlreichen kritischen Punkte im Umfeld von KDV und Zivildienst; sie leisten so ein wichtiges Stück „Trauerarbeit“ in einem politischen Bereich, der nur allzu oft von Verdrängung und Abwehr geprägt ist.

Der Band ist allen zu empfehlen, die in Sachen KDV/Zivildienst weiterdenken wollen. Als bedauerlich bleibt anzumerken, daß das Erscheinungsdatum die Aufnahme aktueller Entwicklungen nicht zuließ: Die Verkürzung des Zivildienstes auf 15 Monate und der deutsche Einigungsvertrag konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Alle Angaben über die Dauer des Zivildienstes und die vielfach geäußerte Hoffnung auf Übernahme der DDR-Zivildienstregelung (oder gar Abschaffung der Wehrpflicht) in Gesamtdeutschland sind somit schon „historisch“. – Dennoch ist das Buch rechtzeitig herausgekommen, wenn man es im Vorfeld des 10.4.1991 (30 Jahre Zivildienst) betrachtet. Vielleicht kann es dazu beitragen, daß dieses Datum nicht als Anlaß für beschönigende „Jubiläums“-Reden, sondern als Chance für eine kritische Bestandsaufnahme begriffen wird. ■

## † Friedrich Dürrenmatt

Am 13.12.1990, wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag, verstarb Friedrich Dürrenmatt im schweizerischen Neuchâtel. Während der Dichter und Literat Dürrenmatt („Die Physiker“, „Der Besuch der alten Dame“) allseits anerkannt und international unumstritten war und ist, tun sich viele – und nicht zuletzt die offizielle Schweiz – mit den politischen Ansichten des Autors schwer. Warum, das wurde zuletzt durch seine Rede anlässlich der Verleihung des Gottlieb-Duttweiler-Preises an Václav Havel im November 1990 noch einmal deutlich. wub zitiert hier einen Ausschnitt aus der Rede Dürrenmatts:

„... Sie, lieber Havel, haben den Preis, wie es in der Begründung heißt, dafür erhalten, weil Ihr Name für Zivilcourage, Ehrlichkeit und Toleranz gegenüber anderen Auffassungen steht, für die unerläßliche Grundlage einer freien Entfaltung des Individuums in einem demokratischen Staat. Ein schöner Preis, ein schweizerischer Preis, aber irgendwie unumkehrbar. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie einem schweizerischen Dienstverweigerer einen Václav-Havel-Preis verleihen würden für Zivilcourage, Ehrlichkeit und – nun stutz' ich schon – inwiefern waren Sie dem Regime gegenüber, gegen das Sie protestieren, tolerant? Wohl nur, indem Sie die Möglichkeit, sich ins Ausland abzusetzen, ablehnten und die Strafe auf sich nahmen und ins Gefängnis gingen. Dadurch erreichten Sie den Sturz eines Regimes, während unsere Dienstverweigerer ... – wir Schweizer sind nun einmal ein kriegerisches Volk, das seit fast zweihundert Jahren nie angegriffen wurde, aber sich verteidigen würde, würde es angegriffen, und zum Beweis, daß es sich verteidigen würde, wirft es diejenigen ins Gefängnis, welche die Zivilcourage und die Ehrlichkeit haben zu erklären, sich unter keinen Umständen verteidigen zu wollen, würden sie angegriffen. Eine Milderung findet nur statt, ist nach der Meinung des Militärgerichts eine religiöse Neigung im Spiel, aber ist die Überzeugung gar politisch – wie es

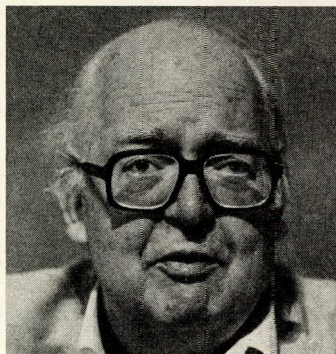


Foto: dpa

Ihre war, lieber Havel –, dann fällt in der Schweiz auf den politischen Dienstverweigerer die ganze Strenge des Gerichts, wie es auf Sie in der Tschechoslowakei fiel. So sind denn unsere Dienstverweigerer die schweizerischen Dissidenten. Sie erreichten bisher nichts.

## ZDL-Hilfsaktion – Verpflegungsgeld für Eritrea

Seit 28 Jahren herrscht in Eritrea Krieg. Ein vergessener Krieg? 1962 annektierte Äthiopien seinen nördlichen Nachbarn. Die alten Stammessprachen wurden als Amts- und Unterrichtssprachen abgeschafft, Parteien und Gewerkschaften verboten. Seither kämpfen Befreiungsorganisationen für die Unabhängigkeit. Das äthiopische Militär setzt in diesem Krieg auch Napalm- und Sprengbomben ein. Durch Dürre, gezielte Vernichtung der Ernte und Brunnenvergiftungen wurde die Situation noch verschärft. Zusätzlich wird von der Regierung in Addis Abeba humanitäre Hilfe sanktioniert. So ist das Eritreische Hilfswerk in Deutschland e. V. mit anderen gezwungen, unter großen Schwierigkeiten die Verpflegung der Bevölkerung sicherzustellen. Daneben werden als Hilfe zur Selbsthilfe Schulen aufgebaut, um langfristig den Hunger zu bekämpfen und die eigene Kultur zu wahren. In der Modellschule „Zero“ im Nordwesten werden ca. 4000 Waisenkinder von eritreischen Lehrern betreut. Dabei fehlt es an einfachstem Material. Hier kann jeder helfen. Eine Zivi-Gruppe aus Stuttgart hofft auf viele ZDL, die sich am 26.3. an einer Fastenaktion beteiligen: An diesem Tag verzichten die ZDL auf

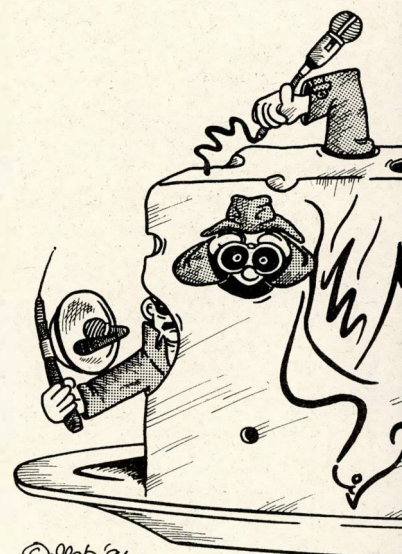
ihr Essen und lassen sich das Verpflegungsgeld ausbezahlen. Dies soll der Arbeit der Schule zugute kommen. Spenden werden auf das Postgirokonto – Stichwort „Zivis für Eritrea“ – Nr. 30 93 91-703, BLZ 600 100 70 erbeten. Die Stuttgarter bräuchten noch Leute, die bereit sind, diese Aktion mitzuorganisieren und bekannter zu machen. Info-Adresse: ZDL, Thingstr. 50, 7000 Stuttgart 80, Tel.: (07 11) 74 24 52.

## Baseler Versammlung von Geheimdienst bespitzelt

Wie die parlamentarische Untersuchungskommission für die oberste Militärbehörde der Schweiz feststellte, wurde die Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ im Mai 1989 in Basel (wub berichtete ausführlich in Nr. 3/89) vom militärischen Geheimdienst systematisch überwacht. Die Untergruppe Nachrichten und Abwehr des Eidgenössischen Militärdepartements habe mit eingeschleusten Agenten Planung, Ablauf und Auswertung der Basler Konferenz bespitzelt. Die Abwehrgruppe habe bis Februar '90 ihr Hauptaugenmerk auf sogenannte „linke Frontorganisationen“ und die Medien gerichtet. Die in Basel versammelten Kirchenführer wurden vom Geheimdienst verdächtigt, die Weltökumene für die sozialistischen Oststaaten zu „instrumentalisieren“. Im Rapport eines der eingeschleusten Agenten über eine Vorbereitungsversammlung heißt es: „Die Mehrheit der Besucher war der rot-grün-alternativen Szene zuzuordnen. Der Großteil konnte sich ideologisch aufdatieren lassen und mit aktiver Desinformation eindecken.“ Beteiligte Vertreter der Kirchen verurteilten die Bespitzelung und betonten den durchweg öffentlichen Charakter der Veranstaltung. Der Informationsbeauftragte der Evangelisch-reformierten Kirche in Basel-Stadt, Peter Schnyder, erklärte zum Vorgehen des militärischen Geheimdienstes u. a.: „Wenn die Kirche überwacht wurde, war sie noch nie die Schlechteste, dies hat die Geschichte gezeigt.“

## Erklärung der EAK zum möglichen Golfkrieg

(Veröffentlicht am 15.1.1991)  
„Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!“ Dies war nach dem Ende des 2. Weltkrieges die einhellige Meinung der im Ökumenischen Welttrat (Amsterdam 1948) zusammengeschlossenen Kirchen. Jetzt droht ein Krieg, in den auch deutsche Truppen hineingezogen werden können. Deshalb fordern wir die betroffenen jungen Menschen auf:  
Sagt ein deutliches NEIN! Nutzt Euer Recht, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern!  
Die Bundeswehr hat immer wieder erklärt, daß sie ihren Auftrag als Friedensdienst versteht und daß die Ausbildung an Waffen nur der Abschreckung und Verteidigung dienen soll. Das trifft nicht mehr zu, wenn deutsche Truppen im Golfkrieg indirekt oder auch direkt eingesetzt werden. Wer unter den bisherigen Voraussetzungen einen Wehrdienst von seinem Gewissen her verantworten konnte, muß sich jetzt noch einmal ganz neu entscheiden. Wir sind der Überzeugung, daß es für den möglichen Ernstfall dieses Krieges **keine** Gründe gibt, mit denen ein Christ sich ein gutes Gewissen machen kann.  
Wolf-Udo Smidt, Pastor Bundesvorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)



© Lab '91

„Löcher in der Baseler Versammlung“

## KDV international

### Griechenland

Mit dem Hinweis auf die Bedrohungslage durch die ständig gesteigerten Rüstungsanstrengungen des „Erzfeindes“ Türkei hat die Regierung Griechenlands einen vor 2 Jahren verfaßten Gesetzentwurf zur Kriegsdienstverweigerung auf Eis gelegt. Als einziger Staat der europäischen Gemeinschaft verweigert Griechenland die Anerkennung des Menschenrechts auf KDV. Mehr als 400 junge Griechen, die den Kriegsdienst verweigerten, sitzen zur Zeit in den Militärfängnissen des Landes. Das Strafmaß liegt in der Regel bei vier bis fünf Jahren, kann aber auch bis zu 15 Jahren betragen, wie im Fall des Verweigerers Efstratios Domvros, der am 12.12.88 von einem Militärgericht in Thessaloniki zu dieser unmenschlichen Strafe verurteilt wurde. Die meisten der griechischen KDVer sind Zeugen Jehovas.

### UdSSR

Nach den baltischen Republiken hat im vergangenen Dezember auch die russische Sowjetrepublik die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes für KDVer mit religiösen Motiven beschlossen. Ein entsprechendes Unionsgesetz, das nach Ansicht Michail Gorbatschows Vorrang vor den Gesetzen der Republiken hätte, (Verteidigungspolitik sei ausschließlich Sache der Moskauer Zentralregierung) liegt im Entwurf vor, wurde bislang allerdings nicht verabschiedet. Diesem Gesetzentwurf zufolge soll der Ersatz-

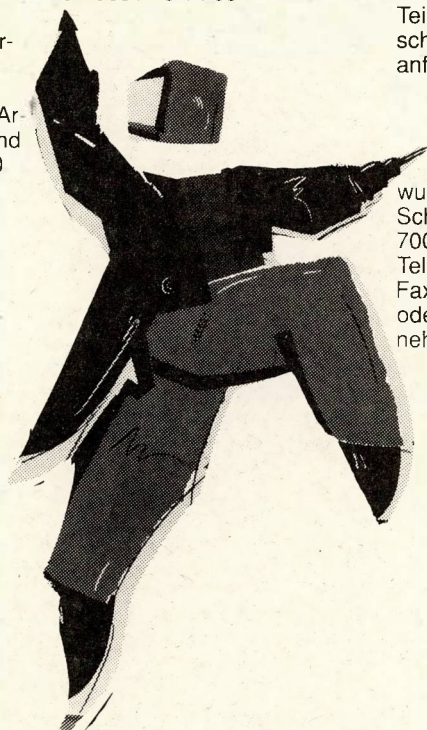
dienst aus Gewissensgründen ein Jahr länger als der reguläre Wehrdienst dauern, also 3 Jahre. Der Ersatzdienst soll in Betrieben, Dienststellen und Organisationen der Volkswirtschaft, im Gesundheitswesen, der Sozialversicherung, der Kommunalwirtschaft und des Umweltschutzes geleistet werden. Dieses Recht soll allerdings nur für Friedenszeiten gelten. Der Einberufung zur Armee haben sich im Herbst und Winter allein in Moskau 4860 junge Männer widersetzt.

### Zivi-Streik gegen den Krieg

Rund 10 000 ZDL sind nach Angaben der Selbstorganisation der ZDL (SO) zwischen dem 15.1. (dem Tag des Ablaufs des UNO-Ultimatums) und dem 31.1. in einen Streik getreten, um ihren Protest gegen den Krieg am Golf zum Ausdruck zu bringen. Zum Teil, wie etwa in Göttingen und Kassel, streikten die Zivis drei volle Tage lang und nahmen somit in Kauf, daß eine Disziplinarmaßnahme gegen sie eingeleitet wird. (Wer länger als drei Tage eigenmächtig dem Dienst fern bleibt, kann nach §§ 52 - 54 ZDG strafrechtlich belangt werden.) Tausende ZDL haben nach Angaben der SO erklärt, daß sie die Arbeit erneut niederlegen werden, sofern ein Bündnis- oder Spannungsfall eintreten würde. Bei Demonstrationen und Kundgebungen wiesen die ZDL die Öffentlichkeit vor allem darauf hin, daß Zivis durch die geplante Bereitstellung von Pflegeeinrichtungen für US-Soldaten („Wartime-Host-Nation-Support“) zum Teil an ihren Dienststellen gegen ihren Willen in die zivilmilitärische Kriegsführung eingeleitet seien. „Humanitäre Hilfeleistung, auch im Krieg, ist ein höchst individueller Akt, den wir uns nicht von oben befehlen lassen“, hieß es in einer Pressemitteilung der SO. Die Zivis betonen, daß sich ihr Protest nicht gegen die zu betreuenden Menschen richte und daß zur Versorgung der Hilfsbedürftigen ein ständiger Notdienst aufrecht erhalten werden müsse, fügen aber hinzu: „Wir haben nicht den Kriegsdienst verweigert, um dann

im Zivildienst als zivil-militärische Handlanger verplant und eingesetzt zu werden.“

Mitgeteilt durch:  
Bundeszentrale SOdZDL,  
Vogelsbergstr. 17,  
6000 Frankfurt 1,  
Tel. 069 / 43 14 05



## wub-Kunstpreis '91: Ausschreibung verlängert

Der Einsendeschluß des wub-Kunstpreises '91 wurde verlängert auf 31.3.1991. Teilnahmebedingungen schriftlich oder telefonisch anfordern bei:

wub-Redaktion – Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1  
Tel.: (07 11) 6 36 82 14,  
Fax: (07 11) 6 36 90 09  
oder wub-Ausgabe 4/90 entnehmen.

## RÜSTZEITEN/WERKWOCHE

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfadens E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

### BADEN

- 18.03.-22.03.1991 Oppenau: „Kabarett zu Krieg und Frieden“  
18.03.-22.03.1991 Oppenau: „Leiden – Sterben – Tod“  
15.04.-19.04.1991 Oppenau: „BRD ohne Armee – Welche Alternative haben Kriegsdienstverweigerer?“  
15.04.-19.04.1991 Oppenau: „BRD ohne Polizei, Justiz, Gefängnisse? – Jesuanische Anstöße für eine Gesellschaft ohne Gewalt“  
15.04.-19.04.1991 Oppenau: „Marktwirtschaft ohne Zins und Profitgier? – Jesuanische Anstöße für eine solidarische Wirtschaft“  
22.05.- 4.06.1991 Cím/CSFR: „Begegnung mit tschechischen Christen“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Telefon (0721) 168-333.

### BAYERN

- 18.03.-22.03.1991 Schwanberg: „Meditation“  
8.04.-12.04.1991 Schwarzach: „Einem glauben – gemeinsam leben“  
13.05.-17.05.1991 Schwarzach: „Einander fürchten, kennen, annehmen – wir und die Fremden unter uns“  
10.06.-14.06.1991 Königsdorf: „Du und ich – im Körper zu Hause“  
24.06.-28.06.1991 Pappenheim: „Mann sein mit Leib und Seele“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (09 11)43 04-238.



Zeichnung: wub/Matthias Scharpf

Fortsetzung Seite 30

# BRIEFE

## AN DIE WUB-REDAKTION

### Offener Beschwerdebrief ans BAZ

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin nun schon seit 17 Monaten als ZDL in einem Krankenhaus tätig. Meine Dienstzeit wäre gemäß dem neuen Gesetzentwurf eigentlich schon seit dem 31.09.1990 beendet. Da ich aber von meiner Dienststelle bis zum regulären Ende meiner Zivildienstzeit fest miteingeplant war und ich meine Kolleginnen jetzt nicht einfach im Stich lassen wollte, entschloß ich mich dazu, erst nach den regulären 19 Monaten zu gehen. Nachdem ich meinen Antrag auf Verlängerung gestellt hatte erfuhr ich, daß ein Soldat, der freiwillig drei Monate länger dient, für diese Zeit den Sold eines Zeitsoldaten bekommt (ca. DM 1600,-). Nicht genug, daß wir ZDL zwischen vier und fünf Monaten länger unseren Dienst tun, nein – wir werden für eine freiwillige Verlängerung auch weiterhin mit knapp DM 500,- abgespeist.

Auf eine telefonische Anfrage in bezug auf eine höhere Bezahlung für die restlichen drei Monate, teilte man mir mit, die Erhöhung des Soldes bei den Soldaten beruhe auf der alleinigen Entscheidung des Kreiswehrrersatzamtes.

Es ist traurig zu erfahren, daß in den Augen des Staates eine Tätigkeit im sozialen Bereich einen niedrigeren Wert besitzt als der Dienst mit der Waffe. Ich frage Sie nun persönlich, finden Sie eine solche Benachteiligung etwa gerecht? Hier geht es nicht allein um die finanzielle Seite, sondern ums Prinzip.

Ein weiterer Punkt war mein Antrag in bezug auf die Einstufung in die Soldgruppe 3. Meine Dienststelle teilte mir mit, daß ich im Falle einer Genehmigung des Antrages die Erhöhung des Soldes ab dem 02.05.1990 rückwirkend erhalten werde. Der Antrag wurde von Ihnen genehmigt doch die Nachzahlung steht ja wohl in keinem Verhältnis zu den Bedingungen, die für eine Genehmigung des Antrages erfüllt sein müssen.

Ich frage mich, ob Sie sich eigentlich nicht lächerlich vorkommen, wenn Sie großzügig von einer Erhöhung des Soldes sprechen, die dann letztendlich nicht mehr als DM 1,50 pro Tag ausmacht.

Aber wie schon so oft, spart der Staat nach meiner Ansicht an der falschen Stelle. Denken Sie mal in Ruhe darüber nach!

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Geiger

### Betr.: Zivildienst in der ISB

#### Liebe wub-Redaktion,

Ich möchte im folgenden auf die Probleme eingehen, die mir als ZDL in der Individualen Schwerstbehinderten-Betreuung bei einem Kind (ISB-K) das Leben z.T. schwer gemacht haben und die mich letztlich die Stelle haben wechseln lassen.

Nachdem ich mich im Sommer '90 langsam auf die Suche nach einer Zivildienststelle gemacht habe, hörte ich von einem Bekannten, daß er eine Familie kenne, die für die Betreuung ihrer achtjährigen, geistig und körperlich behinderten Tochter einen Zivi suchte.

Nach einigen Gesprächen waren wir uns dann auch einig, daß ich diese Stelle antreten sollte und wollte.

Ich trat dann am 1. Aug. '90 meinen Dienst in der Erwartung an, eine für mich völlig neue Form des Arbeitens, nämlich nicht in einer Dienststelle o.ä., sondern in einer Familie, auszuprobieren und kennenzulernen. Nach einer relativ kurzen Phase des „Sich-Beschnupperns“ traten dann aber Probleme auf, die mir das Leben z.T. ganz schön schwer gemacht haben.

So war es einerseits objektiv ein reines Arbeitsverhältnis zwischen mir und „meiner“ Familie, andererseits bekam ich natürlich Einblicke in die Privatsphäre dieser Menschen, wie man sie sonst eigentlich nie bei „Nicht-Verwandten“ bekommt.

Hiervon abgesehen war die fehlende Gleichberechtigung meiner Person, die glaube ich in der Natur dieser Arbeit liegt, im Kreise dieser Familie für mich sehr belastend.

Neben dem von mir zu betreuenden Mädchen waren ihre zwei kleineren Brüder und natürlich die Eltern in ihrem Zuhause, wo sie sich selbstverständlich frei fühlen und bewegen konnten. Demgegenüber war ich bis heute immer ein bißchen fremd in diesem Haushalt.

Die größte Schwierigkeit lag aber darin begründet, daß ich keine Möglichkeit hatte, wie bei einer „normalen“ Arbeit, mal während einer kurzen Pause mit Kollegen zu sprechen, um zumindest kurzzeitig abschalten zu können, was meiner Ansicht nach sehr wichtig ist.

All dies führte zu einer so großen Belastung, daß mein Körper „Notsignale“ ausgesendet hatte, die ich wahrnehmen mußte, obwohl es mir schwerfiel, mir einzugestehen, daß ich für diese Form des Zivildienstes nicht geeignet bin. Es blieb kein anderer Ausweg, ich mußte die Stelle wechseln.

Ich möchte zwar keinem von dieser Form des ZDes abraten, aber es drängt sich mir die Frage auf, warum die psychologische Betreuung von Zivis in der ISB nicht verbessert wird, wenn so viele ZDL vor Ablauf

ihrer Dienstzeit aus der ISB-Tätigkeit ausscheiden (nach meinen Informationen sind es ca. 70 %).

Gerade die ISB ist sehr wichtig und notwendig, ermöglicht doch oftmals nur sie vielen Menschen ein menschenwürdiges, weitgehend autonomes Leben in ihrem Zuhause.

Aus diesem Grund halte ich es für dringend erforderlich, daß über Verbesserungen dieser Tätigkeit für Zivis nachgedacht wird.

Euer Christian Hardemann

### wub 4/90, KONTROVERS:

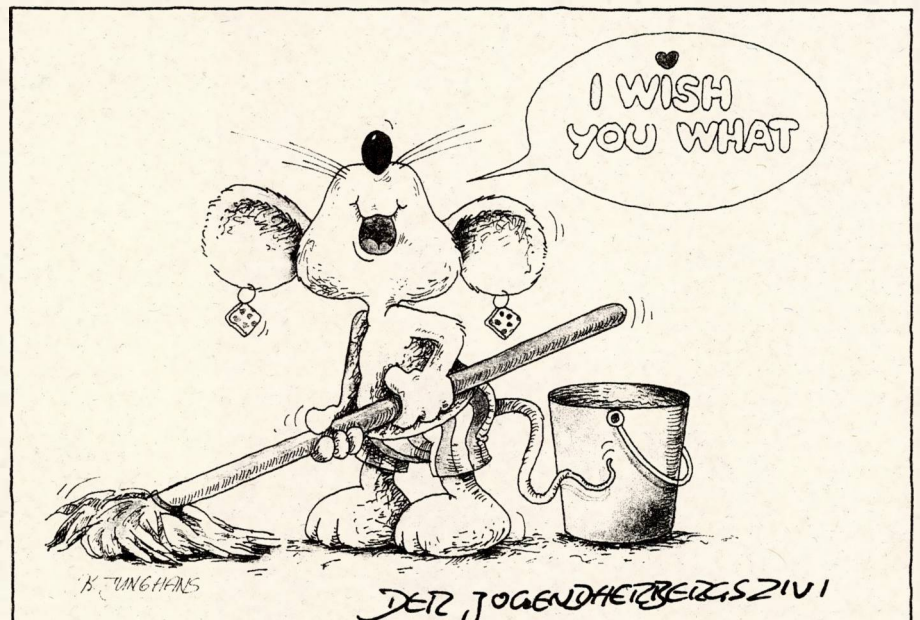
#### „Brauchen wir das soziale Pflichtjahr?“

Mit der Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes schrumpfte auch unser Zivi-Pflegestamm von 16 auf 5 ZDL in unserem Alten- und Pflegeheim, was eine gewisse Pflegerumstrukturierung innerhalb des Hauses notwendig machte.

Mit der Forderung, jetzt auch Frauen mit einem Zwangsdienst zu belegen, wird meiner Meinung nach nicht das Grundproblem in sozialen Einrichtungen gelöst. Denn hierbei geht es nicht allein um angelegte Pflegekräfte, Praktikanten oder Ferienjobber, sondern viel mehr um fachlich ausgebildetes Pflegepersonal, das innerhalb einer Schicht Eigenverantwortung übernehmen kann. Zustände, daß nur eine ausgebildete Fachkraft mit 4–5 angelegten Pfleger(innen), Praktikanten oder Ferienjobber eine Station mit 36 Pflegepersonen betreuen, sind nicht die Ausnahme und für die Heimbewohner unzumutbar.

Da sich viele soziale Einrichtungen vom Einsatz der ZDL abhängig gemacht haben und jetzt keine freiwilligen „Zwangsdienere“ bekommen, ist das Pflichtjahr für Frauen ein Schuß in die falsche Richtung.

Warum wird nicht im Radio und Fernsehen für einen sozialen Dienst geworben, wie es schon lange für die Bundeswehr praktiziert wird? Die Bevölkerung muß u.a. durch solche Aktionen motiviert werden.



Diese Postkarte, mit der passenden Unterzeile versehen, schickte uns ZDL H. Brüggemann aus Hennstedt (Zeichnung: K. Junghans)



die soziale und pflegerische Arbeit als verantwortungsvolle Arbeit mit Aufstiegsmöglichkeiten zu betrachten. Es darf nicht sein, daß diese Arbeit zu einem bloßen Dienstleistungssystem abgestempelt wird, in dem zwangsdienstleistende Männer und Frauen einen Dienst verrichten sollen, für den sie sich nicht freiwillig entschieden haben und für den sie auch nicht ausgebildet sind.

Pflegedienste in Heimen und sonstigen sozialen Einrichtungen sind eben nicht irgendwelche Arbeiten, die spurlos an einem vorüber gehen. Es sind immense Probleme, die auf einen zukommen, die verarbeitet werden müssen und die eben nicht jede Person bewältigen kann.

Meiner Meinung nach ist es nicht an der Zeit, über ein Pflichtjahr für Frauen zu diskutieren, da es noch genug Alternativen gibt, auf die wir zuerst zurückgreifen müssen, bevor wir einen generellen Zwangsdienst einführen.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß in unserer Gesellschaft die Herstellung eines Autos besser honoriert wird als die Pflege alter Menschen.

ZDL Andreas Mayer

#### wub 4/90, KONTROVERS

##### „Brauchen wir das soziale Pflichtjahr?“

Beim „Tag der Pflege“, am 7.11.90 in Wiesbaden, nahmen auch ZDL des sfd Frankfurt mit einem Stand teil. Dort veröffentlichte sie erstmals folgende Erklärung:

##### Zivildienstleistende sind nicht die Rettung!

In Italien sollte ein Krankenhauspatient am besten seine Pflegekraft selbst mitbringen. In der Bundesrepublik sind wir bei Schwerstkranken leider auch schon soweit. Aber wie wird es in Zukunft aussehen?

Die Verkürzung des Zivildienstes zum 30.09.1990 von 18 auf 15, evtl. sogar 13 oder 12 Monate in naher Zukunft, hat ein schon seit Jahren vorhandenes Problem stärker in die öffentliche Diskussion gerückt.

Mit der Verkürzung wurden Personalengpässe vor allem im Bereich der Pflege von alten, kranken und behinderten Men-

schen zu Tage gefördert. Gerade der Bereich der mobilen sozialen Arbeit mit seinen Diensten (MSHD) und die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung (ISB) sind betroffen.

Als direkt betroffen und in einem Gefühl der besonderen Verantwortung gegenüber den hilfebedürftigen und zu betreuenden Menschen sehen sich die ZDL des Sozialen Friedensdienstes (sfd) des Diakonischen Werkes in Frankfurt, denen die Verkürzung des Zivildienstes nicht nur Freude bereitet.

Trotz all unserer Bemühungen im einzelnen müssen wir feststellen, daß wir durch unseren Zivildienst eher dazu beitragen mußten, daß in manchen Bereichen nicht genügend qualifiziertes Personal ausgebildet und eingestellt worden ist. Zudem haben wir als „billige“ Arbeitskräfte (1 ZDL ca. 5-6000,- DM im Jahr) geholfen, daß ein der Situation entsprechender Ausbildungs- und Personalmarkt nicht entstehen konnte.

Als ZDL, die zu ca. 70 % aus dem Wirtschaftsleben kommen und auch dorthin wieder zurückkehren, können wir nur sagen, daß auch wir eine solch schwere und schlecht bezahlte Arbeit nicht gerne übernehmen wollten.

Um die angespannte Lage im Pflegebereich zu entschärfen, muß erkannt werden, daß die Hauptlast der Arbeit von den entsprechend ausgebildeten Mitarbeitern getragen werden muß. Alle anderen Gruppen, wie ZDL, Freiwillige im Sozialen Jahr oder Ehrenamtliche können nur „unterstützende“ Funktion haben. Die für diese Maßnahmen nötigen finanziellen Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

ZDL des sfd Frankfurt des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau fordern deshalb die Öffentlichkeit und die Politik auf:

*Die Zivildienstleistenden dürfen nur als „zusätzliche“ Mitarbeiter auf „Zeit“ eingesetzt werden!*

*Ein Soziales Pflichtjahr ist einfach keine Lösung!*

Soziale oder auch ökologische Probleme können nicht mit einem Heer zwangsdienstleistender Männer und Frauen gelöst werden, die keine freiwillige Entscheidung treffen konnten. Eine mangelnde ethische Motivation und eine nicht adäquate Ausbildung sind keine Perspektive, um Dienst an hilfebedürftigen Menschen zu leisten. Die Erfahrungen im Zivildienst haben dies überdeutlich gezeigt.

*Die Pflegeberufe müssen wieder attraktiver werden!*

Es geht in unserer Gesellschaft bei der Berufswahl nicht ohne konkrete Anreize. Berufsbilder, die viel Arbeit bei nicht sehr großzügiger Bezahlung versprechen, sind nicht attraktiv. Ein „Danke schön“ alleine reicht bei qualifizierter Arbeit nicht.

*Die Freiwilligkeit zum Helfen muß gefördert werden!*

Das **Freiwillige Soziale Jahr** ist zu fördern und attraktiver zu gestalten. Die Freiwilligen müssen auf ihren Dienst besser vorbereitet und begleitet werden. Es müssen Zielgruppen bestimmt werden, die für ehrenamtliche Mitarbeit direkt angesprochen und geworben werden können. Eine ent-

sprechende Begleitung dieser Arbeit ist als selbstverständlich anzusehen.

Die ZDL der Gruppe I  
des Sozialen Friedensdienstes  
Frankfurt

#### wub 4/90, KONTROVERS

##### „Brauchen wir das Soziale Pflichtjahr?“

Zum sozialen Pflichtjahr schreibe ich aus der Sicht von EIRENE, internationale Friedens- und Entwicklungsdienstorganisation. EIRENE bietet Kriegsdienstverweigerern die Möglichkeit, nach Paragraph 14 b, ZDG einen „anderen Dienst im Ausland“ zu absolvieren, was eine „realexistierende“ Alternative zu Kriegsdienst und teilweise auch zum Zivildienst in der BRD darstellt.

Die Kontroverse in wub ist gut dargestellt, jedoch gibt es bei beiden Beiträgen gewisse „Blindflecken“.

Bei Herrn Sauer vermisste ich eine differenzierte Sichtweise der „typisch weiblichen Karriere“. Daß die Bundeswehr die Lebenschancen zuungunsten der Männer verschiebt, liegt wohl an der Institution Bundeswehr selber, in deren Rahmen ein positives soziales Lernen fast unmöglich ist. Mit dem reinen Zeitverlust der Männer zu argumentieren ist etwas unbedacht, denn schließlich bekommen noch immer die Frauen die Kinder, steigen zeitweise aus der Karriere aus, arbeiten für niedrigere Löhne usw. Gegen Ende des Statements von Herrn Sauer wird es doch happig, wenn er gerade auch junge Frauen auffordert, sich für die Mitmenschen zu engagieren – wer engagiert sich denn vorrangig im sozialen Bereich, wenn nicht die Frauen?

Mit dem Artikel von W. Buff und G.A. Hoffmann stimme ich überein. Jedoch fehlt mir bei den Alternativen eine weitere Überlegung: die Einrichtung eines freiwilligen sozialen Dienstes für Mann und Frau. Es gibt bereits ein durch den Bundesjugendplan gefördertes Freiwilliges Soziales Jahr.

Natürlich ist es gut und richtig, sich gegen das soziale **Pflichtjahr** zu wehren; gleichzeitig finde ich es jedoch wichtig, für die Einrichtung von Freiwilligendiensten zu werben, die wir inner- und außerhalb unserer Gesellschaft so bitter benötigen. An diesem Punkt sind wir alle gefragt, die tendenziell die ehrenamtliche Tätigkeit abwerten, tendenziell einen freiwilligen sozialen Dienst als vertane Zeit abtun usw. Der freiwillige soziale Einsatz läuft eben in wesentlichen Punkten unserem gesellschaftlichen Wertgefüge „in die Quere“. Hand aufs Herz: wären alle vom Kriegsdienst befreiten Kriegsdienstverweigerer bereit, die gewonnene Freiheit für einen freiwilligen sozialen Dienst zu nützen?

Eine zivile Gesellschaft braucht – und wünscht – freiwillige soziale Dienste. Als Alternative fordern wir daher eine Erweiterung des Freiwilligen Sozialen Jahres, auch im Blick auf freiwillige soziale Dienste im Ausland, die soziales Lernen für den/die einzelne/n ermöglichen und völkerverständlich wirken. Ein Modellversuch läuft beim BDKJ.

Andrea Pfeiffer  
Öffentlichkeitsreferentin von EIRENE

# RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

Fortsetzung von Seite 27

## Dranbleiben! Mitreden!

Nach dem  
Zivildienst

wub

abonnieren!



Ein Jahr  
wub für DM 10.-

**Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.**

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. \_\_\_\_\_ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10.- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:  
Büro Pfarrer Helmut Schlüter  
Vertrieb „was uns betrifft“  
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben

### BRAUNSCHWEIG

17.06.-21.06.1991

Hohegeiß: Thema noch offen

**Anmeldeformulare:** Zentrale Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 3300 Braunschweig, Telefon (05 31) 4 25 39.

### HESSEN-NASSAU

8.04.-12.04.1991

Höchst/Odw.: Männerbilder

3.05.-12.05.1991

Majdanek/Polen: Lernen aus der Geschichte

17.06.-21.06.1991

Mauloff/Ts.: Einführung in Gewaltfreies Handeln

**Anmeldeformulare:** Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Telefon (0 61 51) 4 40 88 u. 4 40 89.

### KURHESSEN-WALDECK

18.03.-22.03.1991

Gersfeld-Dalberda: Soziale Verteidigung

**Anmeldeformulare** und weitere Termine: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Telefon (05 61) 6 2000

### NIEDERSACHSEN

25.03.-28.03.1991

Obernkirchen: „Meditation – bewußt gewaltfrei leben lernen“

8.04.-12.04.1991

Spiekeroog: „Begegnung mit Alter, Krankheit, Sterben“ (für ZDL aus pflegenden Bereichen)

15.04.-19.04.1991

Spiekeroog: „New Age – Neues Zeitalter“

22.04.-26.04.1991

Obernkirchen: „Konflikt als Chance“

10.06.-14.06.1991

Spiekeroog: „Von der Würde des Lebens“

**Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 12 41-468

### NORDELBIEN

15.04.-19.04.1991

Koppelsberg: „Ethik in der Wirtschaft“

13.05.-17.05.1991

Koppelsberg: „Vorzeichenwechsel?“ Gespräche von und mit Soldaten und Zivilisten

27.05.-31.05.1991

Koppelsberg: „Liebe“ eine Himmelsmacht oder mehr eine Frage der Chemie (mit Freundinnen?)

3.06.- 7.06.1991

Koppelsberg: „Die Reichen werden immer reicher“

10.06.-14.06.1991

Koppelsberg: „Urlaub“

17.06.-21.06.1991

Segelboot/Elbe: „Lebensraum Unterelbe“

**Anmeldeformulare:** Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (040) 25 88 81 und 2 50 89 90.

### PFALZ

13.05.-17.05.1991

Bad Dürkheim: 30 Jahre Zivildienst – bleibt der Friedensdienst auf der Strecke?

**Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Telefon (062 32) 7 82 38.

### RHEINLAND

15.04.-19.04.1991

Solingen/Ohligs: Meditation als Lebenshilfe

20.04.-30.04.1991

Polen: Versöhnung wagen

13.05.-17.05.1991

Niederhorbach: Meditation als Lebenshilfe

17.06.-21.06.1991

Altenkirchen: Ökologie und Frieden

24.06.-28.06.1991

Radevormwald: Männerrollen – Frauenrollen

**Anmeldeformulare:** Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossaplatz 4, Postfach 26 230, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 24 46 96.

### WESTFALEN

8.04.-12.04.1991

Frille, Petershagen: Soziale Verteidigung

8.04.-12.04.1991

Villigst: Antifaschismus

15.04.-19.04.1991

Bielefeld: Israel und Palästina

22.04.-26.04.1991

Villigst: Kirchentagsabrüstzeit

17.06.-23.06.1991

Weimar/Buchenwald: Geschichtswerkstatt

20.06.- 1.07.1991

Minsk: Begegnungsreise in die SU

**Anmeldeformulare:** Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Telefon (023 04) 755-230.

### WÜRTTEMBERG

17.04.-21.04.1991

Erfurt: „Einheit die wir meinen – Ökumenische Versammlung

22.04.-26.04.1991

Murrhardt: „Einfacher leben“

6.05.-10.05.1991

Freudental: „KDV international als Menschenrecht“

24.06.-28.06.1991

Beilstein: „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ – Begegnung mit engagierten Menschen.

24.06.-28.06.1991

Oberflingen: „Mit Konflikten leben“

**Anmeldeformulare:** Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 6 36 81 49.



## ... z. B. über Militärseelsorge

An diesem einen Punkt wenigstens verweigern sich die evangelischen Landeskirchen in der ehemaligen DDR hartnäckig einer Anpassung: sie wollen den im Bereich der bisherigen Bundesrepublik geltenden Militärseelsorgevertrag nicht übernehmen. Dieser Vertrag regelt seit 1957 die Kooperation zwischen Bundeswehr und evangelischer Kirche. Militärpfarrer bleiben angebunden an ihre Kirche, werden aber für die Zeit ihrer Tätigkeit bei der Truppe in den Staat übernommen. Der Militärbischof ist nebenamtlich tätig und steht in kirchlichen Diensten, während ein hauptamtlicher Generaldekan das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr leitet, das dem Verteidigungsministerium zugeordnet ist. Zwar sind Militärpfarrer, was ihre Verkündigung und Seelsorge betrifft, nicht an Weisungen gebunden, aber die Frage der Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber Bundeswehr stellt sich naturgemäß anders als bei Pastoren sonst, die frei sind von staatlicher Anbindung. Daher hört man es höchst selten, daß Militärpfarrer oder Militärdokane sich kritisch zur Institution Bundeswehr und ihrem Auftrag äußern. Wen wundert's! Veröffentlichungen der Militärseelsorge erwecken umgekehrt den Eindruck, daß man sich offenbar verpflichtet sieht, die militärischen Aufgaben moralisch und theologisch zu legitimieren.

Daran also wollen sich die evangelischen Kirchen in der früheren DDR nicht beteiligen. Ihre Gremien und Gruppen waren in den letzten zehn Jahren insgesamt militärkritischer als bei uns im Westen. Die ungebremste Aufrüstung wurde zunehmend öffentlich in Frage gestellt, nicht nur die im östlichen Lager. Die Redeweise von der Verweigerung als dem deutlicheren Zeugnis für den Frieden stammt von dort. Friedliches Verhalten wurde nachhaltig eingeübt: in regelmäßigen Friedenswochen, durch Proteste gegen Wehrkundeunterricht der Schulen oder bei großen ökumenischen Versammlungen. So wurde 1989 eine Revolution möglich, bei der kein Schuß gefallen ist. Diese neu erprobte Kultur der Friedfertigkeit, erwachsen

in bewußter Distanz zur Tradition militärischen Denkens, soll nach der Vereinigung Deutschlands nicht zu den Akten gelegt werden – das ist der Wunsch der evangelischen Kirchen im ehemaligen DDR-Gebiet. Wofür viele Christen in der DDR sich jahrelang unter größten Schwierigkeiten eingesetzt haben, das ist mit dem Zusammenbruch der Nationalen Volksarmee und des Warschauer Paktes eben keineswegs erledigt. Denn das Ziel muß es sein, den Primat des Militärischen, der auf Geist und Logik der Abschreckung beruht, ganz und gar zu überwinden, und da ist gerade auch für die Kirchen noch eine Menge zu tun.

Die Aufkündigung oder gründliche Änderung des Militärseelsorgevertrages wäre ein positives Signal dafür, daß kirchliche Dienste nicht länger verquickt bleiben sollen mit militärischen Strukturen und staatlichem Geld. Das wäre ein erstes Beispiel für praktiziertes neues Denken. Seelsorge an Soldaten ist unbestritten und soll nicht wegfallen. Aber sie läßt sich auch anders organisieren, wenn man es nur will. Im Zivildienst geht es ja auch anders. Maßgebliche Leute in der Kirche wollen freilich keine Änderung und äußern Befremden oder Arroganz, weil die „Brüder im Osten“ offenbar unaufgeklärt sind über das hier bestehende Verhältnis von Staat, Militär und Kirche, das sich doch so trefflich bewährt habe. Die viel tiefer ansetzende Frage nach dem Ausbau einer nichtmilitärischen Kultur in Fortführung kirchlicher DDR-Erfahrungen sieht man nicht oder will man nicht sehen. Der evangelischen Kirche kann man, damit sie an Klarheit und Profil gewinnt, nur wünschen, daß die Schwestern und Brüder im Osten in dieser Sache standhaft bleiben.

Wolf-Udo Smidt

Der Verfasser ist Gemeindepastor in Bremen und ehrenamtlich Bundesvorsitzender der Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK).

wub

was uns betrifft

# ART

Felix Nussbaum,  
»Selbstbildnis mit Skabiose«



Felix Nussbaum, »Selbstbildnis mit Skabiose«, 1939; Öl auf Sperrholz, 65,5 x 51 cm; Kulturgeschichtliches Museum, Osnabrück

»Wenn ich untergehe, laßt meine Bilder nicht sterben, zeigt sie den Menschen«, sagte der jüdische Maler Felix Nussbaum (geb. 1904), als er seine Bilder bei einem befreundeten Arzt und Kunstsammler vor dem Zugriff der Nazis versteckte. Er selbst und seine Frau wurden am 20. Juli 1944, nach einer Denunziation – auf Juden waren Kopfprämien gesetzt – in Belgien verhaftet und mit dem letzten Transport, bevor die Alliierten heranrückten, unter der Transportnummer XXV 1 - 284 + 285 nach Auschwitz verbracht. Dort endet ihre Spur. Felix Nussbaums Kunst galt als verfeimte Kunst. Viele seiner Werke entstanden als Widerstandskunst im Exil. Flucht von Ort zu Ort, von einem Land ins andere, auch Nussbaum teilte dieses Schicksal seiner jüdischen Glaubensgenossen. 1932 zündeten NS-Studenten sein Berliner Atelier an, 150 Gemälde wurden ein Raub der Flammen.

Bis heute ist Nussbaum ein nahezu unbekannter Künstler geblieben. Die Daten seines Lebens trug man hauptsächlich aus der Kartei der belgischen Fremdenpolizei zusammen. 1938 beteiligte sich Nussbaum an der Pariser Ausstellung »Freie deutsche Kunst«, eine Gegenveranstaltung zu der von den Nazis inszenierten Ausstellung »Entartete Kunst«.

Als sein Vater aus dem Osnabrücker Kriegerverein als Jude ausgeschlossen wurde, wandelte Felix Nussbaum ein von seinem Vater geschriebenes Gedicht um. Der Vater schrieb: »Und ruft man einst mich zu den Fahnen, so steh' ich da und bin bereit«. Nussbaum veränderte dies in: »dann hau' ich ab und zwar ganz weit«. Felix Nussbaum ist Pazifist. In seinem Bild »Selbstbildnis mit Skabiose« malt er ein Gegenbild zu den Helden- und Soldatenbildern seiner Zeit. Er »entrüstet« das Heldenbild. Die Pose des Mannes gleicht der militärischen Haltung des Soldaten, der sein Gewehr präsentiert. Doch dieser hier hält kein Gewehr in der Hand, sondern eine Skabiose, eine alte Heilpflanze, jene »blaue Blume der Romantik«. Der Wanderhut mit der Feder erinnert an die Form des deutschen Stahlhelms. Und auf der mit einem Handschuh bekleideten Faust sitzt eine Fliege: ein Bekenntnis des Malers, daß er gerne zu jenen gehört, von denen man sagt, daß sie »keiner Fliege etwas zuleide tun können«. Nussbaum malt sich als einen, der sich lieber am Wein, als am Nationalismus berauscht. Er stellt sich dar als Antitypus zum angriffslustigen germanischen Soldaten. Sein Bild ist ein Bild des pazifistischen Deutschen, der nicht die todbringende Waffe, sondern die lebendige Blume der Kunst und der Fantasie hochhält.

Harald Wagner